

Preußische Allgemeine



Nr. 42 · 21. September 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Preußen im Buch

Aktuelle Titel über große Geister, eine unvergessene Kulturlandschaft und die Wiederkehr des Berliner Schlosses. Lese-Empfehlungen aus Anlass der Buchmesse **Beilage**



Militär Die unheimliche Aufrüstung der polnischen Streitkräfte **Seite 2**



Geschichte Vor 75 Jahren begann der erste Krieg um Kaschmir **Seite 10**

FOTOS: SHUTTERSTOCK (2/MONTAGE), IMAGO/ZUMA WIRE, SUMBRIA/VIRAMADITYA

AUFGEFALLEN

Atomares Erwachen in Südböhmen

Die Aufregung ist groß im Land der Bayern. Seit Bekanntwerden der tschechischen Pläne, in der Region Südböhmen ein „Mini-AKW“ („Small Modular Reactor“) zu errichten, das Teil des neu gegründeten „Nuklearkopps Südböhmen“ werden soll, laufen Politiker des Freistaats dagegen Sturm: die einen, weil sie sich von den Partnern in Böhmen überrumpelt und sich als Teilnehmer eines deutsch-tschechisch-österreichischen Forums zur Entwicklung der Region, auf dem die Pläne verkündet wurden, missbraucht fühlen. Und die anderen, weil sie die Kernkraft grundsätzlich ablehnen, selbst wenn sie – wie künftig in Südböhmen – weniger gefährlich ist als früher.

Jenseits aller lokalen Befindlichkeiten erinnert die Affäre an eine in Deutschland gern verdrängte Entwicklung: dass nämlich überall um uns herum neue Atomkraftwerke (AKW) entstehen, und dass unsere Nachbarn, wenn Deutschland aus der Kernkraft aussteigt, dies keinesfalls zum Anlass nehmen, ebenfalls ihre AKW abzuschalten. Ganz im Gegenteil erhöhen sie ihre Atomkraftkapazitäten sogar noch – denn irgendwoher muss der Strom, den die Industrienation Deutschland braucht, ja kommen.

Wenn die Deutschen demnächst also keinen eigenen Strom mehr haben sollten, weil sie ganz auf Windkraft und Sonne setzen, die die meiste Zeit des Jahres über keine Energie liefern, werden die Nachbarn schon für sie sorgen. Nur sollten wir diese dann nicht auch noch dafür beschimpfen. *neh*

KOALITION

Mit dem „Machtwort“ in die Sackgasse

Warum Olaf Scholz' AKW-Entscheidung nur Symbolpolitik ist und in der Sache alles noch schlimmer werden dürfte

VON HANS HECKEL

Die deutsche Medienlandschaft ist voll des Lobes für den Bundeskanzler. Olaf Scholz habe endlich die lange vermisste Führungsstärke gezeigt, die man von einem Regierungschef erwarten könne, und ein „Machtwort“ im Atomstreit innerhalb der Ampel gesprochen. Damit habe der Sozialdemokrat klargemacht, wer „Koch“ und wer „Kellner“ sei im Kabinett.

Wie zur Bestätigung taten besonders fundamentalistische Grüne wie der einstige Umweltminister Jürgen Trittin oder die Grüne Jugend ihre Empörung kund, derweil die FDP Genugtuung äußerte. Damit wurde der Eindruck zementiert, was gesiegt habe: wirtschaftliche Vernunft über verbohnte Ideologie.

Bei all der Jubelei fiel weitgehend aus dem Blickfeld, was von Scholz tatsächlich verkündet wurde. Statt zwei gehen nun alle drei verbliebenen Meiler in den Streckbetrieb bis zum 15. April. Das heißt: Die alten Brennstäbe dürfen bei stetig fallender Energieleistung langsam ihr Leben aushauchen. Neue Brennelemente aber werden auf keinen Fall bestellt.

Wo der qualitative Unterschied zwischen dem Streckbetrieb von zwei oder drei Meilern bestehen soll, kann vermutlich nicht einmal ein verbissener Atomkraftgegner schlüssig darlegen. So entlarvt sich Scholz' Intervention als Sym-

bolpolitik, bei der allein die medial verbreitete Wirkung, nicht aber das faktische Ergebnis eines Beschlusses zählt.

Denn entscheidend ist, dass am 15. April wirklich Schluss sein soll mit der Energiegewinnung aus Kernkraft in Deutschland, da die Beschaffung neuer Brennelemente dann für den Winter 2023/24 wohl schon aus Zeitgründen nicht mehr möglich wäre. Das feiern Grüne wie die Parteichefin Ricarda Lang als Erfolg – und zwar leider völlig zu Recht.

2023/24 wird es erst richtig ernst

Wie es danach weitergehen soll, trat bei den Lobgesängen über Scholz' vermeintliche Führungsstärke völlig in den Hintergrund. Dass die Gaslager derzeit zu 95 Prozent gefüllt sind, geht auch darauf zurück, dass Russland bis Ende August dieses Jahres noch Gas geliefert hat. Das wird es 2023 nicht mehr tun.

Alle Bemühungen, Ersatz zu schaffen, konnten nicht im Ansatz jene Mengen sicherstellen, die nötig wären, um den Verlust des russischen Gases vollständig auszugleichen. Zudem sind die Ersatzquellen wie Flüssiggas um ein Vielfaches teurer als das Gas aus dem Osten. Somit wären die Atommeiler 2023/24 noch unverzichtbarer als im kommenden Winter.

Diese Gemengelage lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Mit seinem „Machtwort“ hat Scholz die Energielage für die kommenden Monate vielleicht ein wenig

entspannt. Auf mittlere Sicht aber hat er die Krise sogar noch weiter verschärft. Und zwar dramatisch!

Dies dürfte den Akteuren in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wahrscheinlich schon im Verlaufe des kommenden Winters auffallen, was unweigerlich zu einem Wiederaufflammen der Debatte um die weitere Nutzung der Kernenergie führen sollte.

Mit seinem Dekret aus der Machtfülle seiner Richtlinienkompetenz als Kanzler hat Scholz indes sein schärfstes Schwert bereits für den vorliegenden Scheinerfolg schwingen müssen. Beliebig oft wird er dieses Manöver nicht wiederholen können, ohne die Koalition zu gefährden, womit er Neuwahlen riskierte.

Die Würden nach den derzeitigen Umfragen aber nicht nur für die FDP, sondern auch die Sozialdemokraten niederschmetternd ausfallen. Aus diesem Grunde dürfte sich Scholz mit weiteren „Machtwörtern“ eher zurückhalten, denn die Wiedererlangung des Kanzleramts wäre für seine SPD, und damit für ihn selbst, nach solchen Neuwahlen nach Lange der Dinge unerreichbar.

Daher muss nun befürchtet werden, dass sich die quälenden und im Ergebnis völlig an der Dramatik der Situation vorbei zielenden Koalitionsquerelen fortsetzen werden. Für Deutschland – seine Bürger, seine Wirtschaft, seine Zukunft – ist das eine verheerende Nachricht.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Schon wieder wurden Akten zum NSU-Terror von Behörden geschreddert **Seite 4**

Kultur

Eine Kinodokumentation würdigt den „radikalen Träumer“ Werner Herzog **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Königsberg wird die einzige Moschee der Stadt abgerissen **Seite 13**

Lebensstil

Wie Raupen und Bakterien den Sondermüll der Menschen entsorgen **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303404 42
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Polens Aufrüstung Bereits vor dem Ukrainekrieg war das polnische Militär auf großer Einkaufstour durch die Welt. Die Folgen sind ein logistischer Albtraum, wachsende Verteidigungslasten – sowie die Frage nach Sinn und Zweck

Viel und vielfältig

Ähnlich wie Deutschland Gas scheint Polen Militärmaterial überall zu kaufen, wo es welches kriegen kann

NORMAN HANERT

Seit einiger Zeit schon gibt die polnische Regierung den Abschluss von Kaufverträgen über Rüstungsgüter bekannt. Vergangenen Monat verkündete der polnische Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak nach Gesprächen mit seinem US-Kollegen Lloyd J. Austin, vom US-Hersteller Boeing 96 Kampfhubschrauber vom Typ AH-64E „Apache Guardian“ kaufen zu wollen. Sollte das Geschäft zustande kommen, würden die polnischen Streitkräfte der zahlenmäßig größte Nutzer des Kampfhubschraubers außerhalb seines Herstellungslandes.

Nur kurz zuvor, im August, meldete Warschau ein noch größeres Waffengeschäft. Mit Südkorea vereinbarte die polnische Regierung die Lieferung von 48 leichten Kampfflugzeugen des Typs KAI FA-50 „Golden Eagle“, 648 Panzerhaubitzen des Typs K9 „Thunder“ und 1000 Kampfpanzern des Typs K2 „Black Panther“ in einer speziell für Polen entwickelten Version. Der „Black Panther“ ist ein hochmodernes Fahrzeug der Marke Hyundai, von dem die Streitkräfte seines Herstellerlandes seit 2014 etwa 260 Exemplare erhalten haben.

Mit einem Volumen von geschätzten 15 Milliarden US-Dollar stellt die polnisch-südkoreanische Liefervereinbarung eines der größten Rüstungsgeschäfte dar, das in Europa in den letzten Jahrzehnten abgeschlossen wurde. Schon in den Monaten davor hatte Warschau in den USA mehr als 300 Kampfpanzer vom Typ M1 „Abrams“ geordert. Sind diese Bestellungen abgearbeitet, hat Polen rein rechnerisch die drittstärkste Panzermacht der NATO. Zum Vergleich: Die Bundeswehr hat derzeit etwas mehr als 260 Kampfpanzer in ihrem Arsenal.

Fünf Panzertypen aus fünf Staaten

Rekordverdächtige Dimensionen haben auch die anderen Bestellungen für Polens Streitkräfte. Schon jetzt verfügt die polnische Armee über 80 Exemplare des leichten Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesystems HIMARS (High Mobility Artillery Rocket System). Im Mai wurde bekannt, dass Polen in den USA 500 Exemplare nachbestellen will. Wie „Europäische Sicherheit & Technik“ berichtet, wird Polen



Panzer des Typs K2 „Black Panther“ bei einer Übung: Das Panzermodell aus koreanischer Produktion ist eines neben vier weiteren, das die polnische Armee in ihrem Arsenal hat Foto: pa

damit noch vor den USA der zahlenmäßig größte Nutzer dieses Waffensystems.

„Die 500 Werfer sollen in Polen insgesamt 80 Batterien ausrüsten, was in sich bereits eine gewaltige Dimension darstellt“, so die in Bonn erscheinende

Zeitschrift für Sicherheitspolitik, Strategie, Wehrtechnik und Rüstung. Tatsächlich verfügen die Army und das Marine Corps der Vereinigten Staaten derzeit nur über gut 400 Exemplare. Der Umfang der polnischen Wünsche hat mittlerweile so-

gar zu der Frage geführt, ob der Hersteller die gewünschte Stückzahl überhaupt in überschaubarer Zeit liefern kann.

Im Juni gab Blaszczak nach einem Treffen mit dem polnischen Generalstab bekannt, dass Warschau 32 mittelgroße Hubschrauber vom Typ AgustaWestland AW149 beim italienischen Hersteller Leonardo bestellt hat. Northrop Grumman wird Polen bis 2028 insgesamt zehn Exemplare des bodengestützten Kurzstrecken-Flugabwehrraketen-Systems „Patriot“ liefern. Zusätzlich orderte Warschau auch noch Boden-Luft-Raketen-Systeme beim europäischen Konsortium MBDA.

Offiziell begründet die Regierung Polens die massiven Rüstungsbestellungen damit, dass das Land nach seinen umfangreichen Waffenlieferungen an die Ukraine die eigene Verteidigungsfähigkeit wiederherstellen müsse. In Wahrheit wurden die Weichen für die polnische Aufrüstung jedoch bereits vor dem Kriegsausbruch in der Ukraine gestellt (siehe Artikel rechts).

Stimmen zum Thema



Präsident **Andrzej Duda** will erreichen, dass die Vereinigten Staaten über das Programm der nuklearen Teilhabe Atomwaffen auf polnischem Boden stationieren.



Ende 2021, also bereits vor dem Ukrainekrieg, legte der PiS-Vorsitzende **Jaroslaw Kaczynski**, einen „Plan zur Verteidigung des Vaterlandes“ vor.



Aus Sicht von Polens Verteidigungsminister **Mariusz Blaszczak** bilden „Apache“-Kampfhubschrauber zusammen mit „Abrams“-Panzern „eine gewaltige Kraft“.

LOGISTIK

„Die Kampf- und Mobilisierungsbereitschaft ist nicht vorhanden“

Die Luftwaffe ist klein, die Marine hat wenig Schiffe, das Waffensortiment ist kunterbunt, und die Bevölkerung schrumpft

Mit seinem hohen Anteil der Verteidigungsausgaben an seinem Bruttoinlandsprodukt sieht sich Polen mittlerweile als Musterschüler innerhalb der NATO. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums unterhält das Land derzeit eine Armee mit 124.000 Soldaten, darunter 115.000 Berufssoldaten. Hinzu kommen noch 8000 Anwärter und 35.000 Angehörige der polnischen Territorialkräfte. Mit ihrer Truppenstärke zählt die Armee zumindest auf dem Papier zu den größten innerhalb der NATO.

Nur wenige Tage vor dem Ausbruch des Ukrainekrieges, am 10. Februar, haben allerdings ehemalige ranghohe Mitarbeiter des Warschauer Verteidigungsministe-

riums einen Bericht zum Zustand der Streitkräfte vorgelegt, der auf massive Defizite bei der Einsatzfähigkeit schließen lässt. Adressiert war das Schreiben an die Spitzengruppe der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Unter Berufung auf offen zugängliche wie geheime Untersuchungen schlussfolgerten die Ex-Militärs: „Die Kampf- und Mobilisierungsbereitschaft der polnischen Streitkräfte ist nicht vorhanden. Unsere Streitkräfte sind nicht einmal in der Lage, eine kleine Verteidigungsoperation durchzuführen.“

Der Militärexperte Marek Świerczyński vom Analysezentrum „Polityka Insight“ wies darauf hin, dass ein Großteil der Ausrüstung der polnischen Ar-

mee noch immer aus sowjetischer Produktion stammt und damit Jahrzehnte alt ist. Auch ist die Luftwaffe verhältnismäßig klein, und die polnische Marine wurde aus Kostengründen auf wenige Schiffe zusammengestrichen.

Polens Regierung hat bereits 2017 einen Modernisierungsplan vorgelegt, der mittlerweile mehrfach nachgebessert wurde. Einige Militärexperten sehen indes mit Skepsis, dass Polens Führung im Modernisierungseifer die verschiedensten Waffensysteme zusammenkauft, ohne dabei auf Folgeprobleme, etwa bei Logistik und Instandhaltung, zu achten. Polens Panzerflotte besteht beispielsweise teilweise noch aus alten sowjetischen T-72,

„Unsere Streitkräfte sind nicht einmal in der Lage, eine kleine Verteidigungsoperation durchzuführen“

Aus dem Bericht ehemaliger ranghoher Mitarbeiter des polnischen Verteidigungsministeriums zum Zustand der Streitkräfte

dem polnischen Modell PT-91 „Twardy“, aber auch aus deutschen Leopard-2- und US-amerikanischen „Abrams“-Panzern. Hinzu kommen bald 1000 südkoreanische „Black Panther“-Panzer. Alleine schon dieses Sammelsurium verschiedenster Modelle stellt aus Sicht von praxiserfahrenen Militärs einen logistischen Albtraum dar.

Abgesehen vom Material droht dem Land ein Mangel an Soldaten. Polen gehört zu den europäischen Ländern, in denen die Bevölkerungszahl besonders stark zurückgeht. Mit den niedrigen Geburtenraten und der Abwanderung schrumpft das Personalreservoir, aus dem die polnischen Streitkräfte schöpfen können. N.H.

FINANZIERUNG

Wo das viele Geld herkommt

Bereits 2017 hatte die polnische Regierung einen Modernisierungsplan für die Streitkräfte vorgelegt. Vergangenen Dezember wurde er modifiziert. Schon diese Planungen aus der Vor-Ukrainekriegs-Zeit sahen vor, die polnischen Streitkräfte bis 2035 für rund 115 Milliarden Euro zu modernisieren. Nach dem Beginn des Krieges hat Polens Führung beim Tempo der Aufrüstung nochmals nachgelegt. Im Juni aktualisierte die Regierung die Finanzplanung nochmals. Laut den neuen Planungen Warschaus soll der Anteil der Verteidigungskosten am Bruttoinlandsprodukt bereits im kommenden Jahr auf drei Prozent anwachsen.

Konkret sollen dem polnischen Militär bis Ende 2023 umgerechnet 15 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Ursprünglich hatte die Regierung einen Anteil von nur zweieinhalb Prozent vorgesehen, der auch erst 2026 erreicht werden sollte. Das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erfüllt das Land bereits jetzt schon.

Angesichts eines polnischen Bruttoinlandsprodukts, das 2020 nicht einmal 600 Milliarden US-Dollar erreichte, sind die Rüstungsanstrengungen eine hohe finanzielle Belastung für den polnischen Staat. Erschwerend kommt hinzu, dass im Streit mit der EU um die polnische Justizreform noch immer die Auszahlung von 35 Milliarden Euro aus dem Corona-Aufbaufonds der EU blockiert sind.

Die Geldmittel für den Fonds fließen aus mehreren Kanälen: direkt aus dem Staatshaushalt, aus Gewinnen der Polnischen Nationalbank (NPB), aus gesonderten Verteidigungsanleihen und aus Anleihen der staatlichen polnischen Förderbank BGK. Bei der polnischen Aufrüstung spielt auch ein Sonderfonds, der nicht der Kontrolle des Sejms unterliegt, eine wichtige Rolle. Mit alledem steigt die Verschuldung Polens. Bereits Ende Februar drängte Regierungschef Mateusz Morawiecki darauf, die Militärausgaben bei den Haushaltsregeln der Europäischen Union für die Staatsverschuldung auszuklammern. N.H.

Zukunft in düsterem Grün

Im Schatten der Krisen der Weltpolitik arbeiten Grünen-Politiker im Inneren an einer großen gesellschaftlichen Transformation. Widerstand aus dem bürgerlichen Lager haben sie dabei kaum zu befürchten

VON BIRGIT KELLE

S tellte man Kindern früher die Zukunftsfrage, was sie mal werden wollen, wenn sie groß sind, erfragte man, welchen Beruf sie anstreben. Heute meint man das Geschlecht. Gerade wird in Berlin stolz und mit Segen des Senates der erste schwul-lesbische Kindergarten vorbereitet. Der Aufschrei des längst LGBT-ermüdeten Publikums erfolgte nicht wegen der Frage, warum bereits Vierjährige sich mit der Sexualität von Erwachsenen auseinandersetzen sollen und ob eine Trans-Kindergarten-Tante wirklich sein muss, sondern weil sich im Vorstand des Berliner Vorzeigeparkes mit Rüdiger Lautmann ein bekannter Soziologe befindet, dem Kritiker seit Jahren die Förderung der Pädophilie vorwerfen. Das war dann manchen doch zu viel sexuelle Vielfalt, aber längst nicht allen Genossen der SPD oder Aktivistinnen der Grünen.

Seit Jahren treiben vor allem grüne Ideologen ein neues Menschen- und Gesellschaftsbild voran inklusive einer Pädagogik, die bereits in den Kindergärten und Grundschulen Fuß fasst und kein anderes Thema mehr kennt als wer mit wem, warum, mit wie vielen und mit welchen Geschlechtern so früh wie möglich Sex haben kann. Jeder Widerspruch gegen den gesellschaftlichen Umbau wird längst mit juristischen Mitteln und immer neuen Meldestellen auch gegen nicht strafbare Diskriminierungsvorfälle (NRW), mit Beauftragten gegen Diskriminierung jeder Art, sozialen Prangern im Internet und einer zunehmenden Ausweitung von Gesetzen gegen sogenannte „Hass-Rede“ oder auch „Hass-Delikte“ beantwortet, wobei kein Land dieser Erde eine juristische Definition von Hass bieten kann. Hass ist im Zweifel alles, was an Meinung nicht gelegen kommt.

Am besten gar nichts sagen

Eine zweite Meinung zu haben ist entsprechend nicht mehr Beweis gelebter Meinungs- vielfalt, sondern jetzt Indiz beginnender Radikalisierung. Regierungskritik, einst National- und Berufungsgrundlage jedes anständigen Journalisten, wird ausgerechnet von der Breite der Medienanstalten inzwischen als Sakrileg gehandelt. In der Folge entsteht ein Klima, bei dem man zu manchen Themenblöcken besser öffentlich den Mund hält, will man seinen Lehrstuhl, seinen Arbeitsplatz oder auch nur seinen Freundeskreis behalten. Gerade sind Kritik an Trans-Politik oder das Äußern der biologischen Binsenweisheit, dass es nur zwei Geschlechter gibt, die Themen, die einen am sichersten aus Hörsälen und Ämtern katapultieren. Aber auch Kritik an Zuwanderung aus dem islamischen Kulturkreis kann einem – selbst durch Regierungsmitglieder – schnell den Vorwurf des Rassismus einbringen. Merke: Der Islamismus hat nichts mit dem Islam zu tun und Claudia Roth reiste früher nur deswegen lachend und kopftuchbetucht in den Iran, weil das ein stiller Protest gegen jenes Mullah-Regime war, das heute Iranerinnen wegen desselben Kopftuches gerade verprügelt oder ins Gefängnis wirft. Gerade noch rausgerettet aus der Bredouille, dass man feministische Außenpolitik gerne nur im Inland macht, wo die Verteilung von Gender-Sternen ausreicht und Feminismus nichts kostet.

Die viel zitierte „Cancel-Culture“ funktioniert inzwischen mit einem selbstreferenziellen Mechanismus: Am besten gar nicht erst den Mund aufmachen, es könnte gefährlich werden. Wir brauchen keine Zensur-Gesetze, wir halten freiwillig den Mund. Menschen aus dem ehemaligen Ostblock kennen dieses Gefühl, es will aber nicht so recht passen zum „besten Deutschland, das es jemals gegeben hat“ (Steinmeier) und der vielzitierten freierlich-demokratischen Grundordnung.



Einer der zentralen Vorkämpfer für den Umbau der Gesellschaft im Sinne der LGBT-Lobby: Der „Queer“-Beauftragte der Bundesregierung, Sven Lehmann (Grüne)

Foto: action press

Um der Bevölkerung die langsame Seditierung in der „bunten“ Marinade schmackhaft zu machen, klingen Gesetzesvorhaben jetzt angenehm (das „Gute-Kita-Gesetz“, „Selbstbestimmungsgesetz“), darf in keiner Vorabendserie, Dating- oder Casting-Show der total mutige Transmensch fehlen, der sich outet und sein schweres Schicksal erzählt – und jeden Widerspruch zum Thema im Keim erstickt. Und schon die Kleinsten werden im Vorweihnachtskino mit der deutschen Komödie „Oscars Kleid“ eingestimmt, wie man noch vor der Einschulung zur Transfrau werden kann. Entsprechend fordert der erste Queer-Verband in Berlin, den Geschlechterwechsel bitte schon ab sieben Jahren möglich zu machen. Warum sollte Oscar erst mit 14 zu Lilly werden? Kommen die Kinderrechte – und damit auch das Recht auf sexuelle Entfaltung der Kinder – erst einmal wie von der Ampel-Regierung geplant ins Grundgesetz, steht Oscar gegen seinen renitenten und transphoben „Film“-Vater auch ein staatlich bezahlter Anwalt zur Seite, der im Zweifel das Sorgerecht prüft. Immer diese verstockt-konservativen Eltern!

Der verdeckte Umbau der Gesellschaft

Das schleichende Unheil einer rigorosen grünen Agenda ragt immer wieder wie die Spitzen von Eisbergen aus dem Meer tagespolitischer Krisen hervor, ohne dass die breite Masse der Bevölkerung – geschweige denn die der Abgeordneten in allen politischen Lagern – erkennt, dass der große Dampfer Deutschland im Unterdeck bereits dunkelgrün vollgelaufen ist.

Gerade diskutierten die Grünen auf ihrem Bundesparteitag erwartbare Themen wie Klimakrise, den Atomausstieg, Frieden schaffen mit oder ohne Waffen, Gaslieferung von Schurkenstaaten und Waffenlieferungen an dieselben, Tempolimit für Autobahnen, Menschenrechte in der Ukraine und Russland und natürlich die Flüchtlingspolitik in Deutschland als

auch die Frauenrechte im Iran, schließlich betreibt man nach eigener Aussage „feministische Außenpolitik“. Nicht auf die Agenda geschafft haben es jene Frauen der Grünen, die versucht hatten, parteiintern das geplante „Selbstbestimmungsgesetz“ als Angriff auf Frauen- und Kinderrechte zu stoppen.

Es ist naiv, nur die verfehlte Wirtschafts-, Außen-, Energie- oder Umweltpolitik der Grünen zu kritisieren, auch wenn es alleine schon dafür durchaus genug Anlässe gäbe, denn abseits der offensichtlichen grünen Themen wird der langfristige Umbau der Gesellschaft vorbereitet und viele machen aus Unwissen und Gleichgültigkeit mit. Schlimmer noch, manche halten es für modern und zukunftsweisend. So springt etwa die CDU auf der Suche nach jedem Strohalm angesichts sinkender Wahlergebnisse jetzt auch auf den LGBTQ-Frauen-Quoten-Zug auf und flaggt Regenbogenfahnen über dem Konrad-Adenauer-Haus in Anbiederung an Wählerkreise, die sie dafür sowieso nur verlachen.

Ein kleines Scharmützel im sozialen Netzwerk Twitter zwischen mehreren Abgeordneten der Grünen und dem grünen „Queer“-Beauftragten der Bundesregierung auf der einen Seite sowie der ehemaligen CDU-Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner auf der anderen bescherte vergangene Woche einen selten ehrlichen Einblick in das Drama der deutschen Gesellschaftspolitik, bei der die eine Seite seit Jahren unbeirrt ihre Agenda vorantreibt, während der bürgerliche Teil der Politik tatenlos wegschaute.

Das „Regenbogenportal“ der Regierung

Klöckner empörte sich wie viele andere CDU-Kollegen über das „Regenbogenportal“ der Bundesregierung, auf dem Kindern Pubertätsblocker empfohlen worden waren inklusive Ermunterung, sie könnten das nehmen, noch bevor sie in die Pubertät kämen, um dann in Ruhe nachdenken zu können, welches Geschlecht sie später haben wollten. Kein Wort

zu den Risiken, Nebenwirkungen und Langzeitschäden dieser Hormonbomben, die etwa in England inzwischen sogar vom Nationalen Gesundheitsdienst verboten wurden.

Das „Regenbogenportal“ und seine zahlreichen kritikwürdigen Inhalte stehen unter der Regie der grünen Familienministerin Lisa Paus, die Empörung aus den Unionskreisen war groß. Dumm nur, dass diese Internetseite bereits 2019, initiiert durch die damalige SPD-Familienministerin Franziska Giffey, ans Netz ging, damals noch unter tatkräftiger Kooperation einschlägiger LGBT-Lobbyverbände – und unter der Führung der CDU-Kanzlerin Angela Merkel und mit jener Julia Klöckner im Bundeskabinett. Genüsslich rieben die Grünen ihr nun unter die Nase, dass es damals die CDU doch auch nicht gestört habe.

Niemand interessierte sich eben für die Vielzahl an staatlich subventionierten Lobby-Projekten in der Sozial- und Bildungspolitik, die vom Koalitionspartner SPD und mit Applaus oder gar Kooperation der Grünen installiert wurden. Noch kurz vor dem Ende der Großen Koalition half man gar mit, eine neue Gender-Bundesstiftung zu genehmigen, die nun mit Millionenetats diese Politik vorantreiben darf. Seit Jahren wird über die Magnus-Hirschfeld-Bundesstiftung die Lobbyarbeit der LGBT-Community sichergestellt und über Querfinanzierungen in Akademien wie dem „Waldschlösschen“ Schul-Programme vorbereitet, um die Agenda in jenen Bundesländern voranzutreiben, wo man über die Schulministerien Segen, Stempel und Förderung dazu geben kann.

Verlorene Hauptstadt

Berlin ist schulpolitisch längst verloren. NRW ist seit Jahren überrannt, auch ein CDU-Ministerpräsident Laschet hat das weder gestoppt noch verändert, ganz im Gegenteil. Niedersachsen verleiht wie NRW ebenfalls das Label „Schule gegen Homophobie“, und in Hessen ist die Unterstützung beim „Coming-Out“ jetzt offiziell im Bildungsplan verankert. Wo Geld fehlt, findet sich im Etat „Demokratie leben“ des Familienministeriums immer noch eine Million, für Broschüren wie „Sexuelle Vielfalt im Kindergarten“. Und über die steuerliche Querfinanzierung sowie „Studien“ von Instituten wie „Pink Stinks“ oder der Amadeu-Antonio-Stiftung wird Unterstützung aus dem gesellschaftlichen Raum simuliert. Vermeintliche Seriosität sollen die Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung, der Antidiskriminierungsstelle des Bundes oder sonstige finanzielle Rastplätze für die Lobbyarbeit im vorparlamentarischen Raum bieten. Die Jugend des Landes wird mit über 200 Social-Media-Kanälen etwa des Jugendsenders „Funk“ mit Propaganda der linken, grünen und sexuell übergriffigen Agenda überspült. Kein Wunder, wenn der Etat dort Milliarden verschlingt. In allen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten warten „Moderator*innen“ in ihren gendergerechten Sprechpausen auf Stoff für unterstützende Sendungen.

Heute nun steht die CDU im Dilemma, in drei Bundesländern mit den grünen Ideologen zu regieren und sich 16 Jahre lang auch im Bund mitschuldig gemacht zu haben, indem sie alle gewähren ließ. Wie sich nun distanzieren von den Geistern, die man selbst rief und die man nun glaubt, als Koalitionspartner schonen zu müssen? Einziger Widerstand kommt parlamentarisch in der Regel von der AfD, und die wird als „rechtes Schmutzkind“ argumentativ im Aus gehalten. Beste Voraussetzungen, um eine ideologische Agenda widerspruchsfrei durchzusetzen.

● **Birgit Kelle** ist freie Publizistin. Zuletzt erschien „Noch Normal? Das lässt sich gendern! Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung“ (FinanzBuch Verlag 2020). www.birgit-kelle.de

—
Es ist naiv, nur die verfehlte Wirtschafts-, Außen-, Energie- oder Umweltpolitik der Grünen zu kritisieren, denn abseits der offensichtlichen grünen Themen wird der langfristige Umbau der Gesellschaft vorbereitet

● MELDUNGEN

AfD-Richterin bleibt im Amt

Berlin – Justizsenatorin Lena Kreck (Die Linke), erst unlängst in Bedrängnis wegen ihres Professorentitels, auf den sie schließlich verzichtete, hatte der Richterin am Berliner Landgericht Birgit Malsack-Winkemann nach deren Ausscheiden aus dem Bundestag die ihr zustehende Rückkehr in ihr Amt versagt. Die AfD-Politikerin sollte in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden. Das Richterdienstgericht wies dies zurück, „nicht ansatzweise“ habe dargelegt werden können, warum Malsack-Winkemann nicht auf dem Boden der Verfassung stehen solle. Vorgeworfen wurde ihr unter anderem, sie befürworte ein „kulturell homogenes Staatsvolk“. Das Gericht hielt fest, dass diese Äußerungen im Bundestag aufgrund des Schutzes durch Artikel 46 des Grundgesetzes ohnehin nicht verwertbar seien. Weitere Punkte, etwa, dass Malsack-Winkemann auf Fotos mit AfD-Vertretern zu sehen sei, die dem „Flügel“ zugeordnet werden, überzeugten ebenfalls nicht. Derartige Bilder gehörten zum politischen Tagesgeschäft. E.L.

Bahnhöfe als Tatorte

Berlin – Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion Zahlen zu Straftaten in Bahnhöfen und Zügen im ersten Halbjahr dieses Jahres veröffentlicht. In der Polizeilichen Eingangsstatistik (PES) wurden im Bezug auf Bahnhöfe und Züge demnach 10.681 Gewalt-, 689 Sexual-, 587 Waffen-, 19.226 Eigentums- und 9066 Betäubungsmitteldelikte registriert. Angaben nach der Staatsangehörigkeit der Täter beantwortete die Bundesregierung wie folgt: Bei den Gewaltdelikten hatten 4513 der Tatverdächtigen die deutsche und 3339 eine nichtdeutsche Staatsbürgerschaft, bei den Sexualdelikten überwiegt die Zahl der nichtdeutschen Verdächtigen mit 235 zu 159, bei Wafendelikten führen deutsche Staatsangehörige die Statistik mit 371 gegenüber 187 nichtdeutschen Tatverdächtigen an. Bei den Eigentumsdelikten war in den überwiegenden Fällen, nämlich bei 12.470, die Staatsbürgerschaft unbekannt. MRK

Ölleitungen blockiert

Schwedt – Zum wiederholten Male sind Extremisten der Gruppe „Die letzte Generation“ in eine Ölpumpstation in Mecklenburg-Vorpommern eingedrungen und haben den Ölfuss unterbrochen. Vergangenen Dienstag traf eine solche Aktion die Pumpstation Glantzhof. Kurz zuvor hatte das Landgericht Neubrandenburg Angehörige der militanten Gruppierung im Zusammenhang mit einer älteren solchen Aktion verurteilt. Die betroffenen Leitungen sind wesentlich für die Öl- und Benzinversorgung der neuen Bundesländer, erst recht, wenn ab 1. Januar kein Öl mehr durch die Druschba-Pipeline von Russland nach Schwedt fließt, weil ab da das EU-Öl-Embargo gegen Moskau greift. Die betroffene Infrastruktur soll dann die PCK-Raffinerie in Schwedt mit Öl beliefern, das über den Hafen Rostock ins Land kommt. H.H.

NSU-MORDE

Wichtige Akten wurden vernichtet

Nach Forderung von SPD und Grünen: Neuer Untersuchungsausschuss soll Ungereimtheiten aufklären

VON WOLFGANG KAUFMANN

Fünf der zehn Morde, die als das Werk der rechtsterroristischen Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) gelten, ereigneten sich in Bayern. In Nürnberg wurden zwischen September 2000 und Juni 2005 die türkischen Kleinunternehmer Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru und İsmail Yaşar erschossen, in München traf es im August 2001 beziehungsweise Juni 2005 den türkischen Gemüsehändler Habil Kılıç sowie den griechischstämmigen Inhaber eines Schlüsseldienstes Theodoros Boulgarides. Deshalb fand der NSU-Prozess, der vom 6. Mai 2013 bis zum 11. Juli 2018 dauerte, vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichtes München statt.

Im Laufe der 438 Verhandlungstage tauchten immer wieder Hinweise darauf auf, dass die aus Thüringen stammenden und am 4. November 2011 durch einen angeblichen gemeinsamen Suizid gestorbenen mutmaßlichen Haupttäter Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos Unterstützung von Angehörigen der bayerischen Neona-

zi-Szene erhalten hatten. Dadurch stellte sich die Frage, ob hierbei auch V-Männer des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz involviert waren. Allerdings lehnte das Gericht die überwiegende Mehrzahl der Beweisanträge mit Geheimdienstbezug ab, weil sie für das Verfahren gegen die fünf überlebenden Angeklagten „nicht schuld- und strafrelevant“ seien.

Unter anderem aus diesem Grund beantragten die Fraktionen der Grünen und der SPD im bayerischen Landtag am 14. März die „Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 25 der Verfassung des Freistaates Bayern – Zweiter Untersuchungsausschuss des Landtags zur weiteren Aufklärung des NSU-Komplexes“. Hierbei verwiesen sie zu Recht darauf, dass der erste bayerische NSU-Untersuchungsausschuss seine Tätigkeit bereits am 10. Juli 2013 beendet habe, als das Mammut-Verfahren gerade erst angelaufen sei. Die Aufgabe des neuen Gremiums mit der Kurzbezeichnung „UA NSU II“, dessen Einsetzung der Landtag dann tatsächlich am 19. Mai mehrheitlich billigte, soll nun nicht zuletzt darin bestehen, eine

sehr viel intensivere Aufklärung zu betreiben, was „die Rolle und das Wissen von V-Leuten, verdeckten Ermittlern und weiteren Informationsgebenden mit Bezug zu den bayerischen Sicherheitsbehörden im Umfeld des NSU“ betreffe.

Dabei interessierte sich der Untersuchungsausschuss NSU II beispielsweise

„Hier hat sich gezeigt, dass im Justizministerium doch zu sehr wichtigen Leuten aus dem NSU-Umfeld Löschungen stattgefunden haben“

Toni Schuberl
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

für den V-Mann Kai Dalek, der unter dem makabren Pseudonym „Undertaker“, zu Deutsch „Bestatter“ oder „Totengräber“, auftrat. Dalek war offenbar eher ein Geheimdienstprofi als ein klassisches Szenemitglied, denn bevor er 1987 als Spitzel des bayerischen Verfassungsschutzes Rechts-extreme auszuspionieren begann, galt seine Aufmerksamkeit Berliner Antifa-Aktivistinnen, die er für den Verfassungsschutz in der Bundeshauptstadt ausspähte. In Bayern operierte Dalek dann mindestens bis 1998, wobei er in den elf Jahren als V-Mann zu einer Schlüsselfigur der dortigen Neonazi-Szene avancierte. So verbreitete er unter anderem Steckbriefe von politischen Gegnern, was als Aufruf zur Gewalt gegen diese angesehen werden kann. Außerdem konkurrierte Dalek mit dem V-Mann „Otto“ alias Tino Brandt des Thüringer Verfassungsschutzes, der in seinem Revier zu „wildern“ begann. Aus all diesen Gründen wäre es höchst sinnvoll, größeres Augenmerk auf den „Undertaker“ zu richten, der möglicherweise noch eine wesentliche Rolle innerhalb der extremen Rechten spielte, als das Trio Böhnhardt/Mundlos/Zschäpe im Untergrund abtauchte.

Umso verwunderlicher ist der Umstand, dass das bayerische Justizministerium 20 Akten mit Bezug zum NSU gelöscht beziehungsweise geschreddert hat, in denen es nicht nur um den Kopf des Neonazi-Netzwerkes „Blood and Honour“ in Franken, sondern auch um Dalek ging. Das musste der NSU-II-Ausschuss auf seiner neunten Sitzung am 29. September feststellen, als er ebendiese Unterlagen sichten wollte.

Mehrere der nun nicht mehr zur Verfügung stehenden Akten hätten dabei zwingend archiviert werden müssen, wie Toni Schuberl von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der den Ausschuss leitet, gegenüber der Presse mitteilte. In anderen Fällen wiederum fielen die Dokumente ganz klar unter das seit Ende 2015 bestehende Löschmutoratorium für Polizeiliche Unterlagen. Dennoch sprach Schuberl nur von einem schlampigen Umgang mit den Daten und konstatierte eher zurückhaltend: „Hier hat sich gezeigt, dass im Justizministerium doch zu sehr wichtigen Leuten aus dem NSU-Umfeld Löschungen stattgefunden haben, auch Löschungen, die nicht rekonstruiert werden können. Das versuchen wir jetzt weiter aufzuklären.“



Nach dem Prozessende 2018: Angehörige protestieren mit den Bildern der Opfer gegen das Urteil

LINKSPARTEI

Zur Splittergruppe mutiert

Nach dem Wahldebakel in Niedersachsen: Die Parteispitze fürchtet die kommenden Wahlen

Selbst die kleinsten Hoffnungsschimmer zeigen, wie sehr die Linkspartei in der alten Bundesrepublik zur Splittergruppe mutiert ist. Die 2,7 Prozent bei der jüngsten Landtagswahl in Niedersachsen waren das beste Wahlergebnis der Post-Kommunisten im Jahr 2022.

„Wir werden Geschlossenheit brauchen und erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um in die Erfolgsspur zurückzukehren“, erklärte der neue Co-Vorsitzende Martin Schirdewan kürzlich. Er führt die Partei seit Juni gemeinsam mit Janine Wissler. Sorgenvoll blickt die Linke auf das anstehende Wahljahr. In Bremen wird im Frühjahr gewählt, in Hessen im Herbst. In beiden Bundesländern sitzen die SED-Nachfolger noch im Parlament, die Hansestadt gilt als letzte Hochburg in den alten Bundesländern. In Hessen, dem

Heimatland von Parteichefin Wissler, deutet sich bereits jetzt ein Kampf um die Fünf-Prozent-Hürde an.

Gewählt wird auch noch in Bayern, aber dort winken selbst die größten Optimisten ab. Und eine besonders große Sorge geistert durch die Partei. Bei den Wahlen 2021 zum Bundestag sowie dem Abgeordnetenhaus ist es in Berlin zu schweren Wahlpannen gekommen. Im November fällt die Entscheidung, wie es weitergeht. Eine Nachwahl in einigen Wahlkreisen gilt als sicher, selbst eine komplette Neuwahl ist nicht ausgeschlossen.

Teufelskreis ohne Ausweg

Derzeit verlieren die Linken vor allem zugunsten der Grünen. Zu einem grün-schwarzen Bündnis fehlen nur noch wenige Punkte, eine Jamaika-Koalition hätte

bereits jetzt eine deutliche Mehrheit. Der Super-Gau, wie es der Alt-Linke Gregor Gysi formuliert, wäre aber eine Wiederholung der Bundestagswahl. Drei Direktmandate, davon zwei in Berlin, sicherten der Partei trotz 4,9 Prozent den Einzug in Fraktionsstärke in den Reichstag. Eines davon gewann Gysi, das zweite Berliner Mandat ging an die frühere Parteichefin Gesine Lötzsch. Für die „Lebensversicherung“ sorgte der Leipziger Sören Pellmann mit dem dritten Mandat. Gysi, mittlerweile 74 Jahre, hatte angedeutet, es sei sein letzter Wahlkampf gewesen. Doch sollte es zu einer vorzeitigen Neuwahl kommen, wird er sich wohl erneut breitschlagen lassen.

Dass die Berliner Wahlkreise für die Linken kein Selbstläufer mehr sind, zeigt ein Blick auf das vergangene Jahr. Damals verlor Petra Pau nach fünf erfolgreichen

Kandidaturen ihren bis dato sicher geglaubten Wahlkreis. Parteichef Schirdewan räumte nach dem Niedersachsen-Debakel ein, dass die Partei „tiefgreifende Probleme“ habe: „Leider sind wir noch nicht an dem Punkt, an dem wir Einigkeit haben. Das Protestwählerpotential wird derzeit erfolgreich von der AfD abgegriffen.“ Der Dauerstreit um Sahra Wagenknecht und der uneinige Russland-Kurs verhindern, dass die Partei von der Energiekrise profitiert. „Die einen wählen uns nicht wegen Wagenknecht. Die anderen, weil wir nicht fair zu ihr seien. Dann gibt es welche, die wählen uns nicht, weil wir zu russlandfreundlich seien. Die nächsten kritisieren, dass wir die Sanktionen unterstützen“, seufzte die niedersächsische Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek. Es ist ein Teufelskreis, derzeit ohne Ausweg. Peter Entinger

RBB-SKANDAL

Parlamentarier fühlen sich umgangen

Scharfe Kritik an Ausschussvorsitzenden – Selbst die Staatsanwaltschaft gerät in die Schusslinie

VON NORMAN HANERT

Die Landesrechnungshöfe in Berlin und Potsdam haben Anfang September eine umfassende Prüfung des krisengeschüttelten Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) angekündigt. Nach dem Willen der beiden Rechnungshofchefs Karin Klingen und Christoph Weiser sollen die Prüfergebnisse „dazu dienen, bessere gesetzliche Rahmenbedingungen für den rbb, möglicherweise aber auch für andere Rundfunkanstalten in Deutschland zu schaffen“.

Noch bevor überhaupt erste Ergebnisse dieser Prüfung und Empfehlungen für die politisch Verantwortlichen vorliegen, scheint es in den beteiligten Landesparlamenten Akteure zu geben, die es bei der Novellierung des Medienstaatsvertrags Berlin-Brandenburg eilig haben. Am 17. Oktober haben sich der Hauptausschuss des Brandenburger Landtags und der Medienausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses zu einer gemeinsamen Sondersitzung getroffen, bei der ausgerechnet die „Novellen der Staatsverträge im Bereich der Medien in Berlin-Brandenburg“ auf der Tagesordnung standen. Ausdrücklich wollten die Abgeordneten dabei auch die „Vorkommnisse beim rbb“ berücksichtigen. Bereits eine Woche vor der gemeinsamen Sondersitzung signalisierte die amtierende rbb-Verwaltungsratschefin Dorette König, dass ein Zwischenbericht der Anwaltskanzlei Lutz Abel zu dieser Sondersitzung nicht vorliegen wird.

Intendantin blieb Sitzung fern

Die Kanzlei war damit beauftragt worden, die Vorwürfe von Vetternwirtschaft und Vorteilsnahme bei dem Sender zu prüfen. Wie die Verwaltungsratschefin dann in der fünfständigen Sondersitzung sagte, werde im Rundfunkrat ein erster Teilbericht der Anwaltskanzlei zum 20. Oktober erwartet.

Dennis Hohloch, der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion, kommentiert diesen Ablauf: „Wieder einmal werden die Parlamente umgangen und man wird unter fadenscheinigen Begründungen hingehalten, damit man die Ergebnisse dieser Prüfung erst intern beraten kann, anstatt sie gleich zu beraten, wenn beide Landtage am 17. Oktober zusammenkommen.“ In der Sondersitzung der Medienausschüsse



Chefetage durchsucht: rbb-Gebäude in Berlin

Foto: imago images/Shotshop

beider Landesparlamente kündigte Katrin Vernau, die Interimsintendantin des rbb, ein Ende des umstrittenen Bonussystems für die Führungskräfte des Senders an.

Laut Vernau haben sich bislang 20 von 25 außertariflich Beschäftigten zu einem freiwilligen Verzicht auf das Bonussystem bereit erklärt. Vernau erklärte zudem, überhaupt müsse geklärt werden, wer von der bisherigen Führungsmannschaft des rbb weiter an Bord bleiben könne. Klar sei auch, „dass jeder für sein Tun zur Rechenschaft gezogen“ werde.

Bereits einige Tage vor der Sondersitzung hatte die AfD-Fraktion im brandenburgischen Landtag angekündigt, sie werden juristische Schritte gegen die Berliner Generalstaatsanwaltschaft prüfen. Die Fraktion hatte am 19. Juli bei der Staatsanwaltschaft in Berlin Strafanzeigen gegen die damalige rbb-Intendantin Patricia Schlesinger, deren Ehemann Gerhard Spörl und den früheren Verwal-

tungsratschef des Senders, Wolf-Dieter Wolf, gestellt. Allerdings entschied die Staatsanwaltschaft, keine Ermittlungen aufzunehmen.

Vorwurf: Strafvereitelung im Amt

Die Behörde monierte dabei, die Strafanzeigen hätten sich im Wesentlichen auf die Mitteilung beschränkt, es gebe Presseberichterstattung über Vetternwirtschaft und Veruntreuung. Am 9. August leitete die Generalstaatsanwaltschaft dann doch selbst ein Ermittlungsverfahren ein. Bei den Ermittlungen gegen die fristlos entlassene Intendantin Schlesinger hat die Generalstaatsanwaltschaft allerdings erst sehr spät, nämlich Anfang September, eine Durchsuchung der rbb-Chefetage veranlasst.

Hausdurchsuchungen der Privatwohnungen hat es bislang jedoch nicht gegeben. Die AfD-Landtagsfraktion sah insgesamt so große Versäumnisse bei den Er-

mittlungen, dass sie gegen die Generalstaatsanwaltschaft eine Anzeige wegen Strafvereitelung in Amt stellte. Den Vorwurf wies die Generalstaatsanwaltschaft inzwischen zurück. In ihrer schriftlichen Begründung führte die Behörde an, dass zum „Zeitpunkt des Eingangs der Strafanzeige nicht zuletzt durch die darin wiedergegebenen Medienmeldungen für mögliche Maßnahmebetroffene evident war, dass auch mit behördlichen Schritten gegen sie zu rechnen war. Die Aus-sichten, belastendes Beweismittel aufzufinden, waren daher als übersichtlich einzuschätzen.“

In dem Schreiben räumt der Leitende Oberstaatsanwalt allerdings ein, dass „aufgrund des Verhaltens der zunächst ermittlungsführenden Staatsanwaltschaft Ermittlungserfolge ausgeblieben sind oder deren Verhalten das Risiko eines ausbleibenden Ermittlungserfolges erhöht hat“.

STADTREINIGUNG

Die Stadt als Müllkippe

Immer mehr Abfall wird in Berlin illegal entsorgt – Kosten steigen auf 5,2 Millionen Euro

Unter Berlin-Besuchern hat die deutsche Hauptstadt hartnäckig den Ruf, im Vergleich zu anderen Städten dreckig zu sein. Nun bekannt gewordene Zahlen zu den Mengen an Müll, die illegal auf Straßen und in Grünflächen entsorgt werden, bestätigen den unrühmlichen Ruf.

Wie auf eine Antwort des Senats auf eine Anfrage des Mitglieds des Abgeordnetenhauses Tommy Tabor (AfD) hervorgeht, fiel im vergangenen Jahr im öffentlichen Raum illegal entsorgter Müll an, der 500 Eisenbahnwaggons gefüllt hätte. Den zwölf Berliner Bezirken entstanden durch die Entsorgung insgesamt Kosten von 5,2 Millionen Euro.

An diesem gewaltigen Müllberg haben nicht nur die normalen Hauptstadtbe-

wohner ihren Anteil, die ihr ausrangiertes Sofa einfach an den Straßenrand stellen, anstatt es zum Recyclinghof der Berliner Stadtreinigung (BSR) zu bringen. Laut dem BSR-Sprecher Sebastian Harnisch wird „augenscheinlich ein großer Teil der illegalen Ablagerungen nicht durch Privatpersonen verursacht, sondern durch unseriöse Gewerbetreibende“. Nach Angaben des BSR-Sprechers kann es sich dabei „zum Beispiel um dubiose Entrümpler handeln, die ihren Sperrmüll in der Gegend verteilen“.

Offenbar haben aber auch dubiose Baufirmen erkannt, dass sie viel Geld sparen können, wenn sie ihren Bauschutt heimlich irgendwo abkippen. Und schon länger bekannt ist das Problem, dass Be-

treiber von Imbisswagen und Dönerbuden Abfälle einfach in Grünanlagen entsorgen. Laut Senatsangaben sind die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln unrühmliche Spitzenreiter bei den illegalen Müllentsorgungen.

Verdoppelt in nur drei Jahren

Allein im grün regierten Innenstadtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg fielen vergangenes Jahr mehr als 12.000 Kubikmeter Müll im Straßenraum oder in öffentlichen Grünflächen an. Neukölln lag mit mehr als 10.000 Kubikmetern nur knapp dahinter. Noch in den Jahren 2017 bis 2020 hatte nach Angaben von Harnisch Neukölln regelmäßig den traurigen Spitzenplatz illegaler Müllablagerungen ein-

genommen. Vergleichsweise sauber geht es in den Außenbezirken Steglitz-Zehlendorf mit 763 Kubikmetern illegaler Müllentsorgung und Marzahn-Hellersdorf mit 443 Kubikmetern zu. Allein in Friedrichshain-Kreuzberg haben sich nach Angaben des Bezirksamts die Kosten bei der Entsorgung von Bauschutt innerhalb von drei Jahren etwa verdoppelt.

Tabor reagierte auf die Senatsantwort auf seine Anfrage mit der Forderung nach einer engmaschigen Kontrolle zum Aufspüren der Umweltsünder. Der AfD-Politiker weiter: „Die Einnahmen müssen mit entsprechenden Kosten für die sachgerechte Entsorgung abgeglichen werden, damit solche Umweltstraftaten entdeckt werden.“
Hermann Müller

KOLUMNE

Die Politik lässt sie gewähren

VON THEO MAASS

Fast kein Tag vergeht, an dem die Extremisten einer Gruppe, die sich „Letzte Generation“ nennt, im Berufsverkehr die Autofahrer nicht schikanieren. Aufreizend lang dauert es, bis die Berliner Polizei sich bequemt, die „Aktivisten“, die sich mit Klebstoff auf der Fahrbahn festgeklebt haben, wegzuräumen.

Die von der Linkspartei gestellte Justizsenatorin Lena Kreck zweifelte eine Zeit lang gar daran, dass diese Aktivitäten überhaupt den Straftatbestand der Nötigung erfüllen. Die von der SPD gestellte Innensenatorin Iris Spranger hätte es in der Hand, die Blockaden im Vorfeld zu verhindern. Nachrichtendienstliche Möglichkeiten könnten die Verabredungen der Täter aufklären und sie unmittelbar vor ihrer Tat durch Platzverweise an den Blockaden hindern.

Dass die Polizei laut Presseberichten 90 Minuten oder gar zwei Stunden wartet, bevor sie einschreitet, liegt gewiss nicht an der Unwilligkeit der Beamten, sondern an der Zögerlichkeit der Einsatzleitung, und die bekommt ihre Weisungen von der Innensenatorin.

Nach der Räumung einer Blockade könnten die Täter beispielsweise einige Zeit in einer sogenannten Gefangensammelstelle festgesetzt werden. Das wäre schon deswegen angezeigt, weil Wiederholungsgefahr offensichtlich gegeben ist. Doch nichts davon: Wer zu dieser laschen Praxis ins Verhältnis setzt, mit welcher Brutalität die Polizei in Berlin gegen Corona-Spaziergänger vorgegangen ist, der fragt sich, welchen Stellenwert in Berlin rechtsstaatliche Standards haben. Politischer Wille vorausgesetzt, könnte dem Blockaderrorr sehr schnell ein Ende bereitet werden.

So werden nicht nur die blockierten Bürger im Stich gelassen. Auch ermutigt die Nachgiebigkeit die „Aktivisten“ offensichtlich zu immer weitergehender Radikalisierung.

MELDUNG

Ärzte gegen Lauterbach

Berlin – In einem offenen Brief an Wissenschafts- und Gesundheitsministerin Ulrike Gote (Grüne) haben Berliner Kinder- und Jugendärzte mehr Unterstützung gefordert. Zudem üben die Mediziner scharfe Kritik an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). In dem Schreiben heißt es: „Die niedergelassenen tätigen Kolleginnen und Kollegen sind mit ihren Kräften am Ende.“ Der Berliner Landesvorsitzende des Berufsverbandes, Reinhard Bartezky, und seine beiden Stellvertreter forderten Gote in dem Brief auf, dem Fachkräftemangel in den Arztpraxen entgegenzuwirken. Nach Angaben des Verbandes haben junge Eltern bereits jetzt Probleme, Ärzte für ihre Neugeborenen zu finden. Bundesgesundheitsminister Lauterbach habe sich in seinen eigenen Thesen verbohrt und sei unfähig, „die reale Versorgung von Kindern und Jugendlichen zu reflektieren“.
N.H.

● MELDUNGEN

Verdächtig
frühe Vorsorge

London – Die britische Wochenzeitung „The Telegraph“ hat aufgedeckt, dass die Volksrepublik China bereits im August 2019 und damit mehrere Monate vor dem offiziellen Ausbruch der Corona-Pandemie damit begann, Schutzkittel und -brillen, Gummihandschuhe sowie Masken zu horten. Das ist ein weiteres Indiz für einen vertuschten Laborunfall in Wuhan. Als Kronzeugen nennt das Blatt die beiden früheren US-Regierungsbeamten Tom McGinn, der als Senior Health Advisor beim Heimatschutzministerium (DHS) tätig war, und Colonel John Hoffman, zuletzt Senior Research Fellow am Institut für Lebensmittel-schutz und -verteidigung (FPDI) des DHS. Deren Nachforschungen zufolge gingen Chinas Exporte derartiger Schutzausrüstungen im Sommer 2019 schlagartig um die Hälfte zurück, während seine Importe massiv zunahmen. Entsprechende Warnhinweise ignorierte das Heimatschutzministerium seinerzeit. W.K.

Weiterer
BLM-Skandal

Washington – Nachdem bereits gegen Patrisse Cullors, eine der drei Gründerinnen von Black Lives Matter (BLM), wegen der Veruntreuung von Spendengeldern und massiver Vetternwirtschaft ermittelt wird, gibt es nun Hinweise auf weitere Unregelmäßigkeiten bei BLM. So reichte der Dachverband Black Lives Matter Grassroots kürzlich Klage gegen die Black Lives Matter Global Network Foundation ein. Denn Shalomyah Bowers, seit April 2022 Mitglied des Direktoriums dieses Zusammenschlusses aus 25 BLM-Teilorganisationen in den USA und Großbritannien, soll ebenfalls Spenden unterschlagen haben. Die Kläger bezeichneten Bowers als „illegalen Verwalter ... und Usurpator“, der „beschloss, ... dass er sein persönliches Sparschwein nicht loslassen konnte ... Stattdessen fuhr er fort, das öffentliche Vertrauen zu missbrauchen, indem er sich selbst verkaufte und seine treuhänderischen Pflichten verletzte.“ W.K.

Polen lässt
Bunker prüfen

Warschau – Die polnische Regierung will in den kommenden Wochen mehr als 62.000 Bunker und Schutzräume überprüfen lassen. Nach Angaben der Regierung ist die Aktion schon seit Längerem geplant und der zeitliche Zusammenhang mit den jüngsten russischen Bombardements auf ukrainische Städte zufällig. Vizeinnenminister Maciej Wasik (PiS) sagte mit Blick auf die geplante Überprüfung der Bunker und Schutzräume: „Wir sind in der NATO, wir sind Teil der EU. Wir sind nicht an diesem Krieg beteiligt, obwohl wir die Ukraine stark unterstützen, aber Polen ist ein sicheres Land.“ Angesichts des fortgesetzten Beschusses des von russischen Truppen besetzten Kernkraftwerks Saporischschja hat die polnische Regierung zudem beschlossen, Verteilungsstellen für kostenlose Jodtabletten einzurichten. Vizeinnenminister Blażej Poboży (PiS) bezeichnete diese Maßnahme als eine Vorbereitung für den Fall eines Unfalls in einem Kernkraftwerk. N.H.

BRASILIEN

Bolsonaro hat eine reelle Chance

Am 30. Oktober trifft der Präsident in der Stichwahl auf seinen Herausforderer und Vorgänger Lula da Silva

VON BODO BOST

Brasiliens amtierender Präsident Jair Messias Bolsonaro war in den Wahlumfragen in Brasilien bereits totgesagt. Sein Herausforderer Luiz Inácio Lula da Silva lag in allen Umfragen fast uneinholbar vorne. Dann staunten nicht wenige, als beim ersten Wahlgang der diesjährigen Präsidentschaftswahlen in den ersten Prognosen und Hochrechnungen plötzlich Bolsonaro vorne lag, und am Ende mit nur fünf Prozentpunkten Abstand zweiter wurde. Prognostiziert worden waren 15 Punkte.

Der Präsident hat es geschafft, mit einer begnadeten Rhetorik eine Massenbewegung hinter sich zu scharen. Die Verehrung für ihn hat fast religiöse Züge, immerhin trägt er den Vornamen Messias.

Früher konnte auch sein zehn Jahre älterer Herausforderer die Massen bewegen, diesmal schaffte es der 76-Jährige Lula mit seiner heiseren und verbrauchten Stimme das nicht mehr.

Bolsonaros Politik während der Pandemie, die Corona nicht ernst genug nahm, sein Raubbau am Regenwald und sein oft machohaftes Ton prädestinierten ihn nicht zum Gewinner. Viele fürchteten, Bolsonaro würde wie weiland Donald Trump das Ergebnis der Abstimmung, wenn sie gegen ihn ausfällt, nicht anerkennen.

Massenbewegung durch Rhetorik

Vor dem ersten Wahlgang glaubte selbst seine einstige Machtbasis, die Pfingstkirchen, die ihn 2018 mit fast 80 Prozent Zustimmung ins Amt gebracht hatten, an

eine Niederlage ihres Idols und begannen ihre Fühler wieder Richtung Lula auszustrecken, der bereits als Präsident zwischen 2002 und 2010 mit den Pfingstlern geliebäugelt hatte, um Mehrheiten im Parlament hinter sich zu bekommen. Wenn es Bolsonaro vor dem zweiten Wahlgang am 30. Oktober wieder schaffen sollte, seine Anhänger unter den Evangelikalen zurückzugewinnen, könnte es für eine zweite Amtszeit reichen.

Die katholische Kirche, die immer noch die stärkste Religionsgemeinschaft in Brasilien ist, konnte zwar – sieht man einmal von seinem strikten Anti-Abtreibungs-Kurs ab – mit Bolsonaro nicht viel anfangen, aber große Teile des Episkopats hatten sich auch von Lula entfremdet. Der deutschstämmige Kardinal von Rio, Eusebio Scheid, hatte ihn 2005 sogar wegen

seiner Korruptheit als Chaoten und „nicht katholisch“ bezeichnet. Wegen Korruption und Machtmissbrauch saß Lula auch vor einigen Jahren 18 Monate im Gefängnis. Vorzeitig entlassen wurde er nur, weil das Verfassungsgericht seinen Richter als befangen einstufte.

Der ehemalige brasilianische Richter Sergio Moro hat während seiner aktiven Zeit Lula da Silva verurteilt und diente später als Justizminister in der Regierung von Bolsonaro, bevor er sich mit ihm überwarf. Moro wurde danach zum Aushängeschild eines modernen Konservatismus und zur Alternative für Bolsonaro. Eigentlich wollte auch Moro für die Präsidentschaft kandidieren, ihm wurden bereits gute Chancen eingeräumt, als junge unverbrauchte Kraft. Aber seine Partei „União Brasileira“ zwang ihn zum Rückzug.

Unterstützung durch Sergio Moro

Am 2. Oktober gewann Moro mit 33,7 Prozent der Stimmen einen Sitz im Senat des Bundesstaates Paraná. Er war einer der ersten, die nach dem ersten Wahlgang für die Ende Oktober anberaumte Stichwahl seine Unterstützung für das derzeitige Staatsoberhaupt bekannt gaben. Lula da Silva, den er einst ins Gefängnis brachte, sei keine Option für die Wahlen, seine Regierung sei von Korruption geprägt gewesen, schrieb Moro auf „Twitter“. Moro, einst ein Symbol der brasilianischen Anti-Korruptions-Kampagne, hat im Volk immer noch viele Anhänger. Er könnte Bolsonaro die fehlenden Stimmen bringen.

Der Erfolg von Bolsonaro hat mit den Besonderheiten des Riesenlandes zu tun. Die erzkonservativen Pfingstkirchen werden immer stärker, Gewalt prägt immer mehr das Land, die soziale Schere geht immer weiter auseinander. Bolsonaro verfolgte eine Strategie der Volksnähe und Kritik am Establishment, die schon rechte Parteien in anderen Ländern erfolgreich angewandt hatten. Er will nicht nur eine Wahl gewinnen, er will die Gesellschaft nachhaltig verändern. Das scheint ihm schon im ersten Wahlgang gelungen zu sein, denn am 2. Oktober erzielten einige seiner engsten Mitstreiter auf regionaler und lokaler Ebene gute Ergebnisse. Bibeltreue Evangelikale, antikommunistische Militärs und Ex-Polizisten schafften es, in viele Parlamente einzuziehen.



Überraschte mit einem guten Wahlergebnis: Der amtierende Präsident Bolsonaro galt in Umfragen schon als totgesagt Foto: pa

„KOLLABORATION“

„Erschießen wie Schweine“

Wie die Ukraine mit denen umgeht, die nach der russischen Eroberung die Annäherung suchten

Per Videoansprache hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Anfang Oktober um das Vertrauen der Bevölkerung in den russisch besetzten Gebieten geworben. Selenskyj betonte dabei, es habe nur vereinzelt Unterstützung für die Besatzer gegeben. Wer sich den Russen nicht angedient habe, habe nichts zu befürchten, so der ukrainische Präsident. Nach den Rückeroberungen von Gebieten im Nordosten der Ukraine hat der Umgang mit ukrainischen Staatsangehörigen, die der „Kollaboration“ verdächtigt werden, neue Aktualität gewonnen.

Als eines der ersten westlichen Medien hat sich die „Daily Mail“ an das Thema herangewagt, wie die ukrainische Führung mit „Kollaborateuren“ umgeht. Gerade die britischen Medien sind bislang durch eine oftmals sehr pro-ukrainische Berichter-

stattung aufgefallen. Laut den Recherchen der britischen Zeitung haben die ukrainischen Behörden 1309 Verfahren gegen des Verrats beschuldigter Personen und 450 Strafverfahren wegen Kollaboration eingeleitet. Nach derzeit gültiger Rechtslage drohen ukrainischen Bürgern, die mit den russischen Truppen zusammengearbeitet haben, lange Haftstrafen bis hin zu lebenslanger Inhaftierung.

Unabhängig von diesen offiziell eingeleiteten Verfahren gibt es laut „Daily Mail“ aber auch vor Ort Racheaktionen. Dabei scheint es sich keineswegs um vereinzelt Fälle zu handeln. Auf einer Liste, die der Zeitung von einer Regierungsquelle in Kiew zugespielt wurde, sind immerhin 29 Vergeltungsmorde aufgeführt, dazu noch 13 weitere Mordversuche, bei denen einige der Opfer Verletzungen erlitten haben.

Das Verdächtige derzeit nicht mit einem rechtsstaatlichen Verfahren rechnen können, macht auch die Aussage eines Beraters des ukrainischen Innenministeriums deutlich, welche die „Daily Mail“ wiedergibt. Laut diesem Berater wurde eine Jagd auf Kollaborateure ausgerufen: „Ihr Leben ist nicht durch das Gesetz geschützt. Unsere Geheimdienste eliminieren sie und erschießen sie wie Schweine“. Laut einem Bericht der spanischen Tageszeitung „El Mundo“ sollen auch mehrere Anschläge auf hochrangige Russland-Unterstützer, etwa Lokalpolitiker in den Regionen Cherson, Saporischschja, Lugansk und Melitopol, zum Teil von Kiew aus koordiniert worden sein.

Einen größeren Rufschaden auf internationaler Ebene könnten Kreise in der Ukraine beim Umgang mit dem US-Multi-

milliardär Elon Musk angerichtet haben. Musk hatte vor Kurzem einen Vorschlag für einen Friedensplan vorgelegt, der in der Ukraine zumeist als „russenfreundlich“ aufgenommen wurde. Der scheidende ukrainische Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, reagierte auf den Vorschlag von Musk über Twitter mit einer rüden Beleidigung. Kurz darauf stellte Musk in Frage, dass er weiterhin sein Satelliteninternet „Starlink“ der Ukraine kostenlos zur Verfügung stellen kann. Für die Betreiber einer berüchtigten ukrainischen Todesliste namens „Myrotvorets“ (Friedensstifter) waren dies offenbar Gründe, auch den US-Amerikaner am 14. Oktober kurzzeitig als „Feind der Ukraine“ in ihre Liste aufzunehmen. Die Liste umfasst insgesamt 200.000 Personen, darunter auch 300 Minderjährige. Hermann Müller

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Hamburgs offener Tidehafen an der Unterelbe in 130 Kilometer Entfernung von der Nordsee ist mit Abstand Deutschlands größter Seehafen. In Europa werden nur in Rotterdam und Antwerpen mehr Schiffscontainer umgeschlagen als in der Freien und Hansestadt, in der jährlich rund 8,6 bis 8,8 Millionen Standardcontainer gelöscht und geladen werden. Etwa ein Drittel der angelieferten Container bleibt in der Metropolregion, der Rest wird mit der Bahn und Zubringerschiffen in die gesamte Bundesrepublik, nach Mittel- und Osteuropa sowie Skandinavien weitertransportiert. Insbesondere für den Asienhandel ist die Elbmétropole als Schnittstelle nicht nur von deutschlandweiter, sondern auch von europäischer Bedeutung.

Bei zunehmenden Schiffsgrößen und Tiefgängen spielt die nautische Erreichbarkeit des Hafens eine entscheidende Rolle. Um den Vorsprung vor den Häfen der sogenannten Nordrange von Le Havre bis Göteborg zu wahren, hatte die Hansestadt ab 2019 nach einem fünfjährigen Gerichtsprozess eine weitere, nun schon die neunte Elbvertiefung durchgeführt. Mit knapp 800 Millionen Euro war es das wohl aufwendigste Infrastrukturprojekt in der jüngeren Geschichte der Stadt. Nach Abschluss der Baggerarbeiten im Januar dieses Jahres sollten Containerschiffe mit einem Tiefgang von 13,50 Meter den Hamburger Hafen in tideunabhängiger und mit 14,50 Meter in tideabhängiger Fahrt erreichen können. Zuvor lag der maximale Tiefgang bei 12,50 Meter. Aufgrund der verstärkten Baggerarbeiten zur Erhaltung der Fahrrinntiefe hatten Beobachter bereits vermutet, dass dieses Ziel verfehlt würde. Im gesamten Einzugsbereich der Tideelbe setzt sich deutlich mehr Schlick ab als prognostiziert.

Außerdem wurde bekannt, dass die bei der Verbreiterung der Fahrrinne entstandenen Unterwasserböschungen instabil sind. Die Lotsen auf den großen Containerschiffen müssen nach Anweisung der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) immer mehr Mindertiefen mit stark reduzierter Geschwindigkeit und äußerster Vorsicht umfahren. Laut dem „Hamburger Abendblatt“ beschwerte sich darüber ein Lotse, der namentlich nicht genannt werden wollte: „Wir können aber nicht mit einem 400 Meter langen Schiff Slalom auf der Elbe fahren.“

Die Schiffe werden immer größer

Des Weiteren braucht die Hansestadt an der Elbe dringend eine weitere Verbringerstelle mit hoher Aufnahmekapazität für



Mehr Schlick in der Elbe als gedacht: Ein Bagger Schiff im Einsatz im Hafen vor der Hamburger Stadtkulisse

HANDELSCHIFFFAHRT

Hamburgs Hafen kämpft gegen den Schlick

Umweltverbände erschweren der Stadt den Kampf um Elbvertiefung zusätzlich mit der Androhung von Klagen

die Verklappung der nach offiziellen Angaben jährlich anfallenden 5,6 Millionen Tonnen Schlick allein aus dem Hamburger Hafen bis zur Stadtgrenze. Bereits seit einigen Jahren bezahlt die Stadt für die Unterhaltungsarbeiten jährlich 150 bis 200 Millionen Euro. Nun besteht die Befürchtung, dass diese laufenden Kosten ausufern könnten.

Am 7. Oktober fand aufgrund der Problemlage im Bundesverkehrsministerium ein Krisentreffen mit Vertretern der WSV und der Hamburg Port Authority (HPA), dem Hamburger Wirtschaftsminister Michael Westhagemann (parteilos) sowie Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) statt. Hamburg wünscht sich deutlich mehr Unterstützung vom Bund als bisher und kann dabei auf eine Studie aus dem Jahr 2019 mit dem Titel „Volkswirtschaftliche Bedeutung des Hamburger

Hafens“ verweisen. Zu den wichtigsten Erkenntnissen der Studie zählt, dass Hamburgs Hafen deutschlandweit insgesamt rund 607.000 Arbeitsplätze sichert, davon etwa 68.000 in Hamburg und weitere 56.000 in der Metropolregion, und damit weit mehr als bisher angenommen.

Wohin mit dem Schlick?

Monatelang befand sich der Hafen anscheinend auf einem guten Weg. Die Zahl der Anläufe von Großcontainerschiffen ab einer Kapazität von 18.000 Standardcontainern war seit Jahresbeginn um 9,3 Prozent gewachsen. In der Deutschen Bucht stauen sich seit dem Frühjahr wartende Containerschiffe. Auslöser der weltweiten Störungen im Lieferverkehr war die Corona-Pandemie. Zudem transportierten die Schiffe auch mehr Ladung nach Hamburg. Mittlerweile aber müssen

Frachter mit einem kritischen Tiefgang zuvor einen Teil der Ladung in anderen Häfen abgeben.

Gleichzeitig schlugen die Umweltverbände Alarm. Sie haben angekündigt, gegen die Fortsetzung der Baggerarbeiten im Hafen und auf der Unterelbe auf Kosten von Natur und Umwelt zu klagen. Durch die permanente Aufwirbelung bei der Absaugung von Sedimenten wird das Wasser dauerhaft getrübt. Ein spezielles Bagger Schiff wirbelt den Schlick in der Flusssohle lediglich auf, damit er vom Ebbstrom weggespült wird. In den Sommermonaten war das Fischsterben so dramatisch wie nie. „Es stirbt ein Ökosystem und ganze Jahrgänge von Jungfischen“, erklärte ein Vertreter des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Die Folgen seien nicht länger hinnehmbar.

ENERGIEPREISERHÖHUNGEN

„Ich befürchte hier eine Triage in der Forschung“

Die Max-Planck-Gesellschaft fordert eine „Befreiung von der Stromsteuer“ und weitere Entlastungen

Die steigenden Energiepreise stellen auch die naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Deutschland vor existentielle Probleme, denn diese benötigen vielfach erhebliche Mengen an Strom. So beispielsweise für den Betrieb von Versuchsanlagen oder Großrechnern.

Besonders betroffen ist das Deutsche Elektronen-Synchrotron DESY in der Helmholtz-Gemeinschaft in Hamburg-Bahrenfeld. Laut Auskunft des Vorsitzenden des DESY-Direktoriums, Helmut Dosch, wird der Stromverbrauch in diesem Jahr bei 152 Gigawattstunden liegen. Momentan läuft der Betrieb der verschiedenen Teilchenbeschleuniger zwar noch uneingeschränkt, weil es langfristige Lieferverträge zu günstigen Konditionen gibt, doch fallen die zumindest teilweise bereits nächstes Jahr weg.

Deshalb denkt man in Hamburg nun darüber nach, die Anlagen im nächsten Jahr für acht Wochen stillzulegen. Dies würde dann aber bedeuten, dass um die 250 geplante Experimente nicht stattfinden können. Angesichts dessen meinte Dosch: „Ich befürchte hier eine Triage in der Forschung.“ Er verband das mit einem Plädoyer, dem wissenschaftlichen Nachwuchs im Zweifelsfall den Vorrang zu lassen, doch viele arrivierte Wissenschaftler könnten auf ihren Projekten und Privilegien beharren. Die Politik warnte Dosch mit den Worten: „Man muss sich darüber im Klaren sein, welche Konsequenzen dies mittel- und langfristig für den Wissenschaftsstandort Deutschland und seine Innovationskraft haben kann.“

Ähnliche Warnungen kommen von der Allianz der deutschen Wissenschafts-

organisationen, die sich seit 2009 zu forschungspolitischen Themen äußert und zu der die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Alexander von Humboldt-Stiftung, der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft, die Hochschulrektorenkonferenz, die Leibniz-Gemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina sowie der Wissenschaftsrat gehören: „Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen ist sich der Komplexität der Herausforderungen bewusst. Sie sieht sich zugleich in der Verantwortung, rechtzeitig auf die bedrohlichen Folgen aufmerksam zu machen ... Ziel aller notwendigen und nun zügig und mit Nachdruck voranzutreibenden Überlegungen und Maßnahmen muss es ...

sein, relevante und von Zerstörung oder Verlust bedrohte Forschungsarbeiten und -ergebnisse in allen Wissenschaftsgebieten und an allen Wissenschaftsinstitutionen zu sichern.“

Welche Handlungsmaxime sich daraus aus Sicht der Max-Planck-Gesellschaft ergibt, formuliert deren Präsident Martin Stratmann so: „Um die enorm ansteigenden Energiekosten zu bewältigen, müssen auch die Forschungseinrichtungen in die jetzt beschlossene Deckelung der Energiepreise einbezogen werden. Wir benötigen eine Befreiung von der Stromsteuer.“ Außerdem „sollten die Wissenschaftseinrichtungen an der staatlichen Abschöpfung von Zufallsgewinnen partizipieren“, um „die Belastungen durch die ... Energiekosten abzuf puffern“.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

„Klimaschutz“ im Dilemma

Oslo – Wie aus einer Studie der norwegischen Forschungs- und Beratungsfirma Rystad Energy hervorgeht, geht die energieintensive Produktion von Solaranlagen in der EU wegen zu hoher Strompreise deutlich zurück. Das könnte mittelfristig zur Stornierung von Photovoltaik-Projekten führen, von denen man sich rund 35 Gigawatt elektrischen Strom erhofft hat. Ein Ausweg aus dieser Misere wäre laut Rystad Energie der Import von Solaranlagen aus China, denn dort liegen die Produktionskosten für die Herstellung sämtlicher Komponenten der Photovoltaik-Lieferkette durchschnittlich um ein Drittel unter denen in Europa. Allerdings setzen die dortigen Solaranlagenhersteller bei ihrer Stromversorgung stark auf nicht-CO₂-neutrale fossile Energieträger. W.K.

Zwei Zentren für Sachsen

Dresden/Magdeburg – Die sächsische Lausitz und das mitteldeutsche Braunkohlerevier sollen Großforschungszentren in den Bereichen Chemie und Astrophysik erhalten. Der Bund sowie die zwei mitteldeutschen Braunkohlereviere Sachsen und Sachsen-Anhalt wollen hierfür mehr als drei Milliarden Euro investieren. Laut den Ende September vorgestellten Planungen soll in der Großen Kreisstadt Delitzsch, einem Mittelzentrum im Nordwesten des Freistaates Sachsen, ein „Center for the Transformation of Chemistry“ (CTC) entstehen. In der Lausitz ist der Aufbau eines „Deutschen Forschungszentrums für Astrophysik“ (DZA) geplant. Beim DZA sollen unter anderem Datenströme aus diversen astronomischen Observatorien auf der Welt zusammenlaufen sowie neue Halbleiter-Sensoren und Silizium-Optiken für Observatorien entwickelt werden. Standorte des DZA sollen die Kreisstadt des gleichnamigen Kreises Görlitz und die Gemeinde Ralbitz-Rosenthal im Landkreis Bautzen werden. N.H.

Kritik an Gaspreisbremse

Magdeburg – Die Handwerkskammer Magdeburg hat die Vorschläge zur Umsetzung der Gaspreisbremse kritisiert. Laut Kammerpräsident Hagen Mauer gehen die empfohlenen Schritte zwar in die richtige Richtung, allerdings würden die Entlastungen viel zu spät greifen. Nach Angaben des Kammerchefs stellt die Einmalzahlung im Dezember für viele energieintensive Handwerksbetriebe nur „einen Tropfen auf den heißen Stein“ dar und reichen keinesfalls aus, um die Existenz zu sichern. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) in Sachsen-Anhalt bezeichnete die Vorschläge zur Gaspreisbremse als „völlig realitätsfern“. Laut ihrem Landesvorsitzenden Detlef Gürth hat man durch die Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung ein halbes Jahr verloren. „Eine Gaspreisbremse im Frühjahr werden viele Unternehmen nicht mehr erleben, da sie abgewickelt werden oder in Insolvenz sind“, so der 60-jährige Christdemokrat, der seit 1990 dem Landtag angehört und von 2011 bis 2015 dessen Präsident war. N.H.

KOMMENTARE

Jetzt fehlt nur noch Malu

RENÉ NEHRING

Nun also doch. Am vergangenen Mittwoch trat der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD) von seinem Amt zurück. Damit übernahm er nach eigenen Worten „die politische Verantwortung“ für in seinem Verantwortungsbereich während der Hochwasserflut an der Ahr im Sommer 2021 gemachte Fehler. Damals starben allein in seinem Bundesland 134 Menschen.

Lange hatte Lewentz versucht, sich mit der Behauptung zu retten, in der verhängnisvollen Flutnacht vom 14. zum 15. Juli kein genaues Bild von der Lage gehabt zu haben. Dann kam jedoch heraus, dass dem Innenministerium sehr wohl schon früh Aufnahmen aus Polizeihubschraubern vorlagen, unter anderem von Menschen auf unter Wasser stehenden Häusern, die den Ernst der Lage klar verdeutlichten. Und es kam heraus, dass Lewentz sich lieber schlafen legte als in das Katastrophengebiet zu eilen.

Nach dem Rücktritt des Innenministers richtet sich der Fokus nun auf die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin

Malu Dreyer (SPD). Und dies nicht nur, weil parallel zur Enthüllung über die Polizeiaufnahmen auch ein SMS-Verlauf zwischen Dreyer und Lewentz aus der Flutnacht bekannt wurde, in dem Ersterer lapidar feststellte, dass die Lage „wirklich schlimm“ und die damalige grüne Umweltministerin Anne Spiegel „ein bisschen nervös“ sei – um sich dann ebenfalls schlafen zu legen.

Nein: Die Personalie Malu Dreyer hätte von Beginn in den Kontext der Konsequenzen aus der Flut gehört. Da sterben in einer einzigen Nacht in einem hochentwickelten Land wie Deutschland 180 Menschen – und die politisch Verantwortliche für dasjenige Bundesland, in dem die mit Abstand meisten Opfer zu beklagen sind, tut so, als ginge sie die ganze Sache – sowohl während der Katastrophe als auch danach – nichts an? Unglaublich!

Bislang kostete die Flut einigen Beamten, Landesministern und nicht zuletzt dem NRW-Ministerpräsidenten Armin Laschet die Karriere. Nach Lewentz' Rücktritt fehlt nur noch Malu Dreyer. Auch ihr Abgang ist überfällig.

Grüne Befindlichkeiten

HANS HECKEL

Worum geht es eigentlich? Bei der Debatte um den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke wurde die gesamte Nation mit den „Befindlichkeiten“ und anderen Aspekten des Seelenlebens der Grünen dermaßen behelligt, als gehe es darum, ein ungezogenes Riesenbaby nicht über Gebühr zu reizen. Und Vertreter der Grünen rühmen sich für jedes noch so kleine Zugeständnis an die Wirklichkeit, als handele es sich dabei um eine selbstlose Heldentat, Motto: Mehr könnt ihr uns nun wirklich nicht zumuten.

Hinter diesen teils aggressiven, teils weinerlichen Ausfällen lugt eine eitle Selbstbezogenheit hervor, die abstößt. Das Land, das ihnen als Regierungspartei anvertraut wurde, scheint bei den Grünen kaum eine Rolle zu spielen. Höchstens darf Deutschland als Werkzeug erhalten, mit dessen Potential sich grüne Weltenträume verwirklichen lassen sollen.

Diese Selbstbezogenheit ist nicht nur die Frucht einer Weltsicht, in der das eigene Volk keinen schützenswerten Charakter besitzt, ja sogar mit Misstrauen betrachtet wird. Hinzu kommt, dass man Fakten und Wahrheiten nicht mehr an sich gelten lassen will, sondern – wenn überhaupt – nur noch im Bezug zur eigenen Ideologie. Vom Geschlecht bis zur Physik der Energieversorgung wird alles zum Konstrukt erklärt, das man sich nach Belieben zurechtschneidern kann. Da zählt dann nur noch das richtige Wollen und das gute Gefühl.

„Ich mach' mir die Welt, wie sie mir gefällt“ ist vom Kinderlied zur Losung einer Bewegung aufgestiegen, die es geschafft hat, ein ganzes Land mehr oder weniger auf ihre Linie zu zwingen. Das ist das Geheimnis hinter der bizarren deutschen Wirklichkeitsverachtung, die sich in immer mehr Bereiche von Politik und Gesellschaft gefressen hat. Aber die Wirklichkeit wird sich zurückmelden. Und das wird schmerzhaft.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehlmarmstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Bote einer Zeitenwende? Der Muezzin von Köln

Foto: pa

KOLUMNE

Wenn der Muezzin ruft

FLORIAN STUMFALL

Seit vergangener Woche erklingt über der Domstadt Köln der Ruf des Muezzins. Doch halt! Schon diese Feststellung ist geeignet, Verdacht dahingehend zu erregen, derjenige, der sie äußert, lasse ein geheimes Bedauern mitschwingen. Daher kommt es darauf an: Hat jener die korrekte Einstellung zum Islam, oder hat er sie nicht? Damit ist indes der Sprengstoff, welcher der einführenden Mitteilung innewohnt, noch nicht erschöpfend beschrieben. Denn der Ausdruck „Domstadt“ stellt ein böses Beispiel von Exklusion, Diffamierung und Rassismus dar. Was der politisch korrekte Zeitgenosse zumindest fordern muss, ist eine Formulierung, die angelehnt an die Üblichkeiten der Gender-Ideologie, etwa folgendermaßen aussehen könnte: Dom-/Moschee-Stadt, oder besser: Moschee*/Domstadt, wobei die Präferenz für die Moschee allein schon dadurch gegeben ist, dass sie einen weiblichen Artikel trägt, der Dom hingegen einen männlichen.

Wie man es richtig macht, hat kürzlich der soeben im Amt bestätigte, früher auch äußerlich, heute nur noch innerlich grüne Bundespräsident Österreichs, Alexander Van der Bellen, anlässlich eines Interviews dargelegt: „Wenn es so weitergeht, ... wird der Tag kommen, an dem wir alle Frauen bitten müssen, ein Kopftuch zu tragen – alle – aus Solidarität mit den Frauen, die es aus religiöser Überzeugung tun.“ Lassen wir einmal das „bitten müssen“ beiseite. In Wirklichkeit drückt das natürlich einen Befehl aus. Entscheidend aber ist, dass hier das Oberhaupt eines mitteleuropäischen Staates der traditionellen Üblichkeit einer fremden Kultur den Vorrang gegenüber der eigenen einräumt. Und lassen wir uns nicht auf geschmäckerliche Einzelheiten ein: Wenn auch dieses Beispiel aus Österreich kommt, bedeutet es nicht, dass es uns nichts angeht, es ist nur der Umstand, dass Van der Bellen in Sachen Kopftuch schneller war als unsere Grünen.

Kopftuchgebot aus Österreich

Wie glatt das Eis ist, auf dem sich die Politik bewegt, so sie korrekt sein will, zeigt ein anderes, herzerwärmendes Exempel politisch-menschlichen Mitempfindens im Verlauf einer Plenarsitzung in der Bremischen Bürgerschaft. Die Vizepräsidentin Sülmez Dogan von den Grünen fühlte sich zu folgender Rüge bemüßigt: Der Ausdruck „schwarze Schafe“ sei „höchstgradig

rassistisch“, und der solchermaßen zu rechtgewiesene Sprecher möge hinfort von derlei Äußerungen Abstand nehmen. So die Grenzen der Redefreiheit sogar für Parlamentarier in Deutschland. Nun weiß man leider nicht: Was wäre gewesen, wenn er von weißen Schafen gesprochen hätte?

Der Eindruck drängt sich auf, dass die seit Urzeiten in Deutschland ansässige, fleißige und erfolgreiche, darüber hinaus kulturell prägende Bevölkerung Ansprüche und Rechte zurücknehmen und Zuwanderern eine bevorzugte Stellung einräumen sollte. Befremdlicherweise spie-

zug aus Ländern, in denen es dem Vernehmen nach viel schlechter zugeht, eine entscheidende Bereicherung darstellt. Dazu aber sagt der grüne Abgeordnete im Bundestag Andreas Audretsch rühmend, man habe durch ein neues Gesetz den „ganz direkten Zugang in unsere Sozialsysteme“ ermöglicht.

Bevorzugte Stellung für Zuwanderer

Doch es handelt sich nicht um soziale Wärme, nicht um kulturelle Vielfalt oder strukturelle Ertüchtigung. Die Wahrheit ist: Wir erleben zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Deutschland einen Kulturkampf in historischem Ausmaß. Und gerade wenn man die Sache geschichtlich betrachtet, so folgt: Völkerwanderungen hat es immer gegeben, tatsächlich auch mit unterschiedlicher, teils sogar befruchtender Wirkung. Nur drei Dinge sind in Deutschland neu. Zum Ersten wurde in der Geschichte niemals von einem autochthonen Volk eine Zuwanderung kulturfremder Menschen herausgefordert. Und zum Zweiten: Noch nie gab es diese prokinetische Selbstentäußerung, diesen kulturellen grünen Selbsthass, der die Politik zugunsten der Minderheit ausrichtet, die sie selbst durch ihre Gesetzgebung herbeigelockt hat. Wie sagte jener grüne Abgeordnete: Man habe den „direkten Zugang in unsere Sozialsysteme“ ermöglicht. Das dritte aber: Noch nie hat die Vertretung der Mehrheitsgesellschaft das Geschäft der Zuwanderer betrieben. Bislang hat man sich auf das Volk besonnen, dem man seinen Amtseid abgelegt hat. Doch das ist offenbar nicht mehr der Fall.

Mit Blick auf den Muezzin auf der Kölner Moschee, die von der DITIB geführt wird, einer Organisation, die dem türkischen Staat untersteht und sich streng an die Regel des Propheten Mohammed hält, gemäß welcher der Islam alles umfasst, nicht nur die Religion, die Kultur, die Gesellschaft, sondern auch die Politik, mit Blick auf jenen Muezzin also muss man die weitere Entwicklung bedenken. Und die könnte durchaus so aussehen, dass zur gegebenen Zeit im Verwaltungsgericht zu Köln (Moschee*/Domstadt) eine Klage erhoben wird dahingehend, dass das Läuten der Glocken des Domes die Muslime beleidige, ihr Gebet behindere und daher abzustellen sei.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Völkerwanderungen hat es immer gegeben. Nur drei Dinge sind in Deutschland neu

gelt sich das bereits in der Justiz wider. So wurde im Mai 2019 ein Brandanschlag auf die Moschee in Hagen verübt. Die Polizei fasste den Täter, der dann zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt wurde. Der Brandanschlag auf ein AfD-Büro wurde kürzlich mit einer Bewährungsstrafe quittiert.

Im Jahre 2020 gab es in Berlin offiziell erfasste 125 Tötungsdelikte. Die Anzahl der gefassten deutschen Mörder und Totschläger betrug 67, der Beitrag der ausländischen Täter belief sich auf 58. Allerdings ist zu bedenken, dass – angesichts der nahe beieinanderliegenden Fallzahlen – der Anteil an Ausländern in Berlin noch immer nicht gegen die 50 Prozent geht, und, zweitens, dass sich unter den als „deutsch“ registrierten Tätern zahlreiche erst seit Kurzem eingebürgerte Personen befinden. Das bedeutet, dass die Kriminalität der Nicht- oder nur formal Deutschen enorm überproportional ist.

Zu diesen Verhältnissen haben die Grünen erst kürzlich festgestellt: „Deutschland ist ein Einwanderungsland. Und Deutschland ist auf Einwanderung angewiesen.“ Mag ja sein. Aber aus Deutschland wandern jährlich 200.000 höchstqualifizierte Fachleute aus, in die USA oder sonst wohin. Da kann man doch nicht annehmen, dass der Zu-

Kauziger Außenseiter

Ein 80-jähriges Regie-Phänomen – Eine Kinodokumentation erklärt den Autorenfilmer und „radikalen Träumer“ Werner Herzog

VON HARALD TEWS

Das Propheten im eigenen Land nichts gelten, muss den Regisseur Werner Herzog Ende der 1990er Jahre dazu bewegen haben, in die USA auszuwandern. Seit er in Hollywood lebt, blüht er förmlich auf. Abgesehen davon, dass er mit Stars wie Nicole Kidman, Willem Defoe und Nicolas Cage gedreht hat, ist er dort selbst zu einer omnipräsenten, landesweit bekannten Persönlichkeit geworden. Seine sonore Stimme, die im Englischen den deutschen Akzent hegt und pflegt, hat ihm seinerseits Filmrollen eingebracht, so in dem Actionkracher „Jack Reacher“, in dem „Star Wars“-Ableger „The Mandalorian“ oder mit Sprechrollen in vier Episoden der Trickserie „Die Simpsons“.

Von dieser zweiten Karriere des Werner Herzog hat man in Deutschland bislang kaum Notiz genommen. Hierzulande gilt er als Bändiger von Klaus Kinski, dessen streitlustiges Temperament er in den 70er und 80er Jahren für fünf Filme nutzte, darunter seine wegweisenden dokumentarischen Abenteuerstreifen „Aguirre, der Zorn Gottes“ und „Fitzcarraldo“. Kinskis legendäre Zornesausbrüche an den Drehorten im lateinamerikanischen Urwald hat Herzog 1999 in „Mein liebster Feind“ filmisch dokumentiert. Aus Anlass seines 80. Geburtstag, den der Regisseur am 5. September gefeiert hat, ist Herzog nun selbst zum Mittelpunkt einer Kinodokumentation geworden.

Mit etwas Verspätung zum runden Jubiläum erreicht am 27. Oktober Thomas von Steinaeckers Film „Werner Herzog – Radical Dreamer“ die deutschen Kinos. Der Titel „radikaler Träumer“ ist programmatisch und irreführend zugleich. Denn in der Traumfabrik Hollywoods überrascht Herzog mit der Aussage, dass er niemals träumt, auch nicht im Schlaf. Andererseits werden bei ihm Träume



Was ein Kiesel am Strand alles erzählen kann: Werner Herzog findet Stoff für seine Filme in den kleinsten Dingen

Foto: 3B Produktion

wahr, etwa wenn er in „Fitzcarraldo“ ein tonnenschweres Schiff von Indios über den Hügel eines Isthmus schleppen lässt. Nichts ist unmöglich in Herzogs Welt.

Mit Luftgewehr angeschossen

Darin geht er auch persönlich bis an seine Grenzen. Andere fressen einen Besen, Herzog einen Schuh. Die Dokumentation erinnert an eine Wetteinlösung, die mit dazu beigetragen hat, dass Herzog selbst zu einer kuriosen Marke geworden ist, nachdem er ähnlich wie Charlie Chaplin in „Goldrausch“ einen seiner Lederschuhe gewürzt, gekocht und verzehrt hat.

Und sie zeigt jenen Moment, als der Regisseur auf den Hügeln Hollywoods während eines Interviews von der Kugel eines Luftgewehrs angeschossen wurde, um danach unbekümmert das Gespräch fortzusetzen. War ja alles halb so schlimm.

Auch darin ist er radikal, dass er eigene Opfer in Kauf nimmt, um ans Ziel zu gelangen, um – bildlich gesehen – das Schiff über den Berg zu ziehen. Körperliche Strapazen, die er seinen Akteuren abverlangt, erleidet er selbst mit. Ein Abenteuer war er schon immer. Das zeigt sich auch bei seinem radikalen Neuanfang in den USA, in die er nur mit einer Zahn-

bürste in der Jackentasche gereist ist, als er in Deutschland ohne Kinski keinen erfolgreichen Film mehr zustande brachte und es durch die bürokratisch verfilzte Filmförderung immer schwieriger wurde, einen Film so finanziert zu bekommen, dass Herzog das alleinige Sagen hatte.

Der Filmer und Buchautor von Steinaecker macht sich in seiner Herzog-Doku auf die Suche nach dieser Radikalität. Dabei reist er mit Herzog bis an die Grenze zu Tirol, wo der Regisseur mit Mutter und Brüdern in den Kriegsjahren Zuflucht aus dem ausgebombten München fanden. Vor einem Wasserfall, bei dem er als Kind

spielte, überrascht er mit dem Bekenntnis: „Dieser Wasserfall, das bin ich.“ Hier begann sein Erzählfluss als einer der erfolgreichsten deutschen Autorenfilmer.

Von Steinaecker führt uns in der Doku zu vielen Orten, die dieser Fluss berührte: zur Vulkaninsel Lanzarote, nach Alaska oder Japan, wo Herzog eigene, in den USA äußerst populäre Dokus über forschende Grenzgänger drehte. Angereichert mit Material aus Herzog-Filmen kommt man so einem kauzigen Außenseiter näher, den es so schnell nicht wieder geben wird. Einem, der Yoda aus „Star Wars“ an Ruhe und Weisheit glatt aussticht.

TV-KRITIK

Wenn die Angst durch den Gartenzaun kriecht

Der ZDF-Film „Die Bürgermeisterin“ thematisiert die Bedrohung ehrenamtlicher Politiker durch Radikale

Wenn die ehrenamtliche Bürgermeisterin des fiktiven Orts Neustadt-Linden zur Bürgersprechstunde lädt, kommen scheinbare Bagatellen auf den Tisch: wucherndes Unkraut auf dem Friedhof, fehlende Parkmöglichkeiten für den Bücherbus, Kunstrasen für die Fußball-Kicker. Als allerdings ein Flüchtlingsheim gebaut werden soll, ist es mit der Beschaulichkeit vorbei.

Der ZDF-Film „Die Bürgermeisterin“ (24. Oktober um 20.15 Uhr) beschreibt so glaubhaft wie unaufgeregt die verschiedenen Stufen einer Eskalation. Claudia Voss (Anna Schudt) reagiert auf die Bau-Vorgabe des Kreises zunächst gelassen. Die Ankündigung allein löst in der Stadt allerdings heftige Widerstände aus. Anwohner fürchten um ihre Sicherheit und die Grundstückspreise.

Die Stimmung wird vom politischen Gegenspieler genutzt, um Proteste loszutreten: „Nein zum Heim!“ Als die „Spaziergänge“ des Widersachers und seiner Anhänger zunehmend gewaltbereite Krawalltouristen anlocken, erhält die Familie der Bürgermeisterin Polizeischutz. Von nun an steht Tag und Nacht ein Streifenwagen vor dem Einfamilienhaus, die Post

wird an eine Polizistin übergeben, was nicht verhindert, dass Tochter Leonie (Jule Hermann) eines Tages einen an sie adressierten Brief mit Fäkalien aufreißt.

Voss und Ehemann Peter (Felix Klare) wird dringend geraten, ihr Haus nachts

nicht mehr zu verlassen und vor dem Starten des Autos die Radmuttern zu überprüfen. Angst schleicht sich ein. Als Mutter und Tochter einen Tag am See verbringen, lässt eine Horde jugendlicher Padelboote zu Wasser und nimmt Kurs

auf die beiden Frauen. Die geraten in Panik und flüchten Hals über Kopf. In den folgenden Wochen brechen dem Ehemann Aufträge weg – nun ist es auch mit der ehelichen Solidarität vorbei.

Das geplante Flüchtlingsheim ist nur der Aufhänger für ein gesellschaftliches Phänomen, das durch das Internet befeuert wird. Immer mehr Politiker werden schikaniert und bedroht. Dem ZDF-Film ist dabei zugutezuhalten, dass die Brandstifter nicht nur in der rechten Szene verortet werden. Der Gegenspieler, den die entnervte Claudia Voss in dessen Büro aufsucht, berichtet von einem Brandanschlag der Antifa auf sein Haus, wo er sich seinerzeit genauso alleingelassen fühlte wie die Bürgermeisterin jetzt.

Die folgende Dokumentation „Engagiert und attackiert – wenn Politiker zur Zielscheibe werden“ stellt die zunehmende Bedrohung besonders Ehrenamtlicher in den Mittelpunkt. Blaupause für Film wie Doku ist der Mord an dem hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der 2019 auf der Terrasse seines Hauses von einem Rechtsextremisten erschossen wurde.

Anne Martin



Schaut hilflos zu: Claudia Voss (Anna Schudt) realisiert, dass sie nichts gegen die Demonstration in ihrer Stadt ausrichten kann

Foto: ZDF/Martin Rottenkolber

● MELDUNGEN

Schadows Prinzessinnen

Berlin – „Johann Gottfried Schadow. Berührende Formen“ heißt die neue Ausstellung in der Alten Nationalgalerie auf der Berliner Museumsinsel, die vom 21. Oktober bis 19. Februar Schadows bildhauerische, graphische und kunsttheoretische Hauptwerke vorstellt. Nach umfangreicher Restaurierung wird erstmals überhaupt das Originalgipsmodell (1795) der Prinzessinnengruppe gemeinsam mit dem Marmorstandbild (1797) ausgestellt. *tws*

Mozarteum wiedereröffnet

Salzburg – Das „Mozart+Fest“ feiert die Wiedereröffnung des Mozarteum-Konzertgebäudes bis Sonntag mit einem Starreigen. Angeführt vom künstlerischen Leiter der Salzburger Mozartwoche, dem Tenor Rolando Villazón, spielen das Mahler Chamber Orchestra und Mitglieder der Wiener Philharmoniker. www.mozarteum.at *tws*

VON WOLFGANG KAUFMANN

JAMMU UND KASCHMIR

Eine „Krieg-in-Sicht-Krise“ ohne Aussicht auf eine endgültige Beilegung

Schon drei Kriege haben die beiden Atommächte Indien und Pakistan wegen des ehemaligen Fürstenstaates gegeneinander geführt. Der erste von ihnen begann vor 75 Jahren

Kaschmir liegt im Nordwesten des indischen Subkontinents am Übergang von den Bergketten des Himalaya zum Karakorum. Die von wichtigen Handelswegen durchzogene Region war seit alters her ein Schmelztiegel der Religionen und Völker, geriet dann aber 1339 unter islamische Vorherrschaft. 1819 unterwarf der als „Löwe vom Punjab“ gefeierte Sikh-Maharadscha Ranjit Singh Kaschmir und vereinigte es mit dem bereits 1808 eroberten hinduistischen Fürstentum Jammu. Das Ergebnis war ein rund 220.000 Quadratkilometer großer Staat, der nach dem Sieg der Briten im Ersten Sikh-Krieg von 1845/46 zu einem Protektorat des Vereinigten Königreichs wurde.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Unabhängigkeit und Aufteilung Britisch-Indiens in die Dominions Indien und Pakistan anstand, verlieh der Indian Independence Act vom 18. Juli 1947 den pro forma unabhängigen sogenannten Fürstenstaaten, wie Jammu und Kaschmir einer war, das Recht, einem der beiden Dominions beizutreten oder unabhängig zu bleiben. Letzteres strebte Hari Singh an. Der seit 1925 regierende Maharadscha, zu dessen Fürstenstaat außer Jammu und Kaschmir auch noch die Regionen Gilgit-Baltistan, Ladakh, Aksai Chin sowie das Shaksgam-Tal gehörten, war Hindu. Hingegen waren zwei Drittel der Einwohner seines Staates Muslime. Von denen strebten vor allem die in Jammu statt der Unabhängigkeit eine Zugehörigkeit zu Pakistan an.

Deshalb begann die Armeeführung in Pakistan nur sechs Tage nach der Entlassung in die Unabhängigkeit am 14. August 1947 mit den Vorbereitungen zur Operation Gulmarg. In deren Verlauf sollten 20.000 paschtunische Stammeskrieger in Jammu und Kaschmir einfallen und zusammen mit den dortigen Rebellen islamischen Glaubens Hari Singh stürzen. Währenddessen appellierte die All Jammu and Kashmir Muslim Conference an den pakistanischen Premierminister Liaquat Ali Khan, dass dessen Regierung handeln müsse, da die Region sonst „für sie verloren sein könnte“. Daraufhin verhängte Liaquat Ali Khan einen Wirtschaftsboykott gegen Jammu und Kaschmir, während die Muslime in den Distrikten Poonch und Mirpur zum Aufstand bliesen. Und dann kamen auch die Paschtunen. Am 22. Oktober 1947 überschritten sie in großer Zahl die pakistanisch-kaschmirische Grenze bei Muzaffarabad und Domel, wobei sich viele reguläre pakistanische Soldaten unter die Stammeskrieger gemischt hatten. Dem konnte der Maharadscha nur wenig entgegenzusetzen. Es drohte der Fall seiner Hauptstadt Srinagar.

Erster Kaschmirkrieg (1947-49)

In dieser Situation sah Hari Singh nur noch einen Ausweg: den schnellstmöglichen Anschluss an Indien. Am 26. Oktober erklärte er ihm, am Folgetag wurde er wirksam. Das erkannte Pakistan allerdings nicht an. Am 27. Oktober griffen indische Truppen in den Konflikt ein.

So begann der erste der indisch-pakistanischen Kriege um Kaschmir. In dem Konflikt erzielten zunächst die Inder größere Geländegewinne, bevor Pakistan im Mai 1948 offen reguläre Armeeeinheiten nach Kaschmir entsandte, die zur Gegenoffensive schritten. Allerdings wendete sich das Blatt im November wieder zugunsten der indischen Armee, die mehrere strategisch wichtige Punkte erobern konnte. Dazu gehörte der 3528 Meter hohe Zoji-La-Pass, der das Kaschmirtal mit Ladakh verbindet. Dort hinauf brachten die Inder sogar einige Exemplare des leichten US-amerikanischen Panzers M5.

Am 1. Januar 1949 endete der Erste Kaschmirkrieg mit einem von den Vereinten Nationen vermittelten Waffenstillstand. Dem folgte am 27. Juli 1949 das Karachi Agreement. Nach der Teilung des

indischen Subkontinents in die Republik Indien und die Islamische Republik Pakistan wurde nun auch der Fürstenstaat geteilt. Das zentrale Kaschmirtal, Jammu und der größte Teil des buddhistischen Ladakh verblieben bei Indien, während Pakistan rund ein Drittel des ehemaligen Fürstentums mit Gilgit-Baltistan und dem schmalen Landstreifen von Azad Kashmir im Westen erhielt.

Zweiter und dritter (1965, 1999)

Wie beim ersten war auch beim Zweiten Kaschmirkrieg zwischen der Republik Indien und der Islamischen Republik Pakis-

tan letztere der Aggressor. Dessen Präsident Muhammed Ayub Khan glaubte nach dem Tod von dessen ersten Ministerpräsidenten Jawaharlal Nehru Indien derart geschwächt, dass er im Sommer 1965 die Operation Gibraltar in Gang setzte. In deren Verlauf sickerten wieder Stammeskrieger und als solche getarnte reguläre pakistanische Soldaten über die Waffenstillstandslinie in das Kaschmirtal ein mit dem Auftrag, dort einen Aufstand der muslimischen Bevölkerung auszulösen. Allerdings reagierten die indischen Sicherheitskräfte umgehend auf den Infiltrationsversuch. Am 5. August kam es zu

ersten Gefechten. Obwohl das mit dem Westen verbündete Pakistan inzwischen über moderne US-amerikanische Waffen verfügte, gewann das demgegenüber blockfreie Indien schnell die Oberhand. Nach seiner offiziellen Kriegserklärung an den Nachbarn vom 6. September marschierte Indien in die pakistanische Provinz Punjab ein. Acht Tage später begann bei Chawinda eine sechstägige Panzerschlacht. Mit jeweils über zweihundert Panzern auf beiden Seiten gilt sie als bislang größte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Verluste auf beiden Seiten waren hoch, eine klare Entscheidung blieb aus, und so schlossen die beiden Konfliktparteien auf Vermittlung der Vereinten Nationen und der beiden Supermächte einen neuerlichen Waffenstillstand, der am 23. September in Kraft trat. Dem folgte im Januar 1966 die Konferenz von Taschkent, in deren Verlauf sich Ayub Khan und der indische Premierminister Lal Bahadur Shastri auf die Wiederherstellung des Vorkriegszustandes einigten.

In den 1980er Jahren eskalierte die Situation erneut. Diesmal waren Pogrome islamischer Fanatiker an Hindus die Ursache. Aufgrunddessen wurde der 1954 geschaffene indische Bundesstaat Jammu und Kaschmir 1986 unter vorläufige Kontrolle der Unionsregierung gestellt. Die Polizei griff immer härter gegen die religiösen Extremisten durch, worauf diese

mit zunehmendem Terror reagierten. Ab Mitte der 90er Jahre kam es zwar zu einer Beruhigung, doch schon am Ende des Jahrzehnts brach der Kargil- oder Dritte Kaschmirkrieg zwischen Indien und Pakistan, die zu dem Zeitpunkt bereits Atommächte waren, aus. Während der indische Premier Inder Kumar Gujral und dessen pakistanischer Amtskollege Nawaz Sharif im Februar 1999 die Deklaration von Lahore unterzeichneten, in der beide Länder zusicherten, die Kaschmirfrage friedlich regeln zu wollen, besetzten mehrere hundert Pakistanner die Stellungen der indischen Armee im Grenzdistrikt Kargil, die aufgrund ihrer Lage in mehr als 5000 Metern Höhe wie immer zu Beginn des Winters geräumt worden waren. Das Eindringen bemerkte die indische Seite erst im Mai des Jahres, startete dann aber sofort eine Offensive zur Rückeroberung. Die endete am 11. Juli, nachdem sich der US-Präsident Bill Clinton eingeschaltet und Sharif zum Nachgeben gezwungen hatte.

Die Kämpfe in den eisigen steilen Bergen des 160 Kilometer langen Kargil-Streifens kosteten rund 600 indischen Soldaten das Leben. Insgesamt hatte Indien damit nun schon um die 8000 Militärangehörige im Kampf um Jammu und Kaschmir verloren, während Pakistan sogar um die 10.000 Tote zu beklagen hatte.

Kalter Krieg bis heute

Zwanzig Jahre nach dem Dritten wäre es beinahe zu einem vierten Kaschmirkrieg gekommen. Am 14. Februar 2019 verübte die islamische Terrorgruppe Jaish-e Mohammed im indischen Teil Kaschmirs einen blutigen Selbstmordanschlag, bei dem 44 Bundespolizisten starben. Daraufhin bombardierte die indische Luftwaffe Ausbildungslager der Organisation in Pakistan, dessen Armee zwei indische Flugzeuge abschoß. Wenige Monate darauf, am 5. August 2019, wurde aus der indischen Verfassung der Passus gestrichen, welcher Jammu und Kaschmir eine Sonderstellung unter den Bundesstaaten und weitreichende Autonomierechte garantierte. Am 31. Oktober wurde Jammu und Kaschmir auch noch der Bundesstaatsstatus genommen. So wurden aus dem Bundesstaat zwei Unionsterritorien mit den Namen „Jammu und Kashmir“ sowie „Ladakh“. Im Unterschied zu den Bundesstaaten mit eigener örtlicher Regierung unterstehen die Unionsterritorien der Zentralregierung in der Hauptstadt Neu-Delhi.

Seitdem herrscht relative Ruhe in dem Konfliktgebiet. Einen vierten Kaschmirkrieg hat es bislang nicht gegeben. Von den kleineren Scharmützeln, zu denen es an der Demarkationslinie immer wieder kommt, ist bislang keines eskaliert. Das mag auch ein Verdienst der Militärbeobachtergruppe der Vereinten Nationen in Indien und Pakistan (UNMOGIP) sein, die seit 1951 existiert.

Wenn es denn auch derzeit keinen offenen Krieg gibt, so wechseln doch aus Pakistan radikalislamische Attentäter nach Indien, um dort Terroranschläge zu verüben, nach denen die Regierung in Islamabad jedes Mal die angeblich legitimen Aktionen der „Freiheitskämpfer“ preist.

Angesichts dieses kalten Krieges zwischen Pakistan und Indien um Kaschmir sprechen Beobachter von einer anhaltenden „Krieg-in-Sicht-Krise“ zwischen den beiden Atommächten, deren endgültige Beilegung in den Sternen steht.

Staats- und Regierungschefs Pakistans



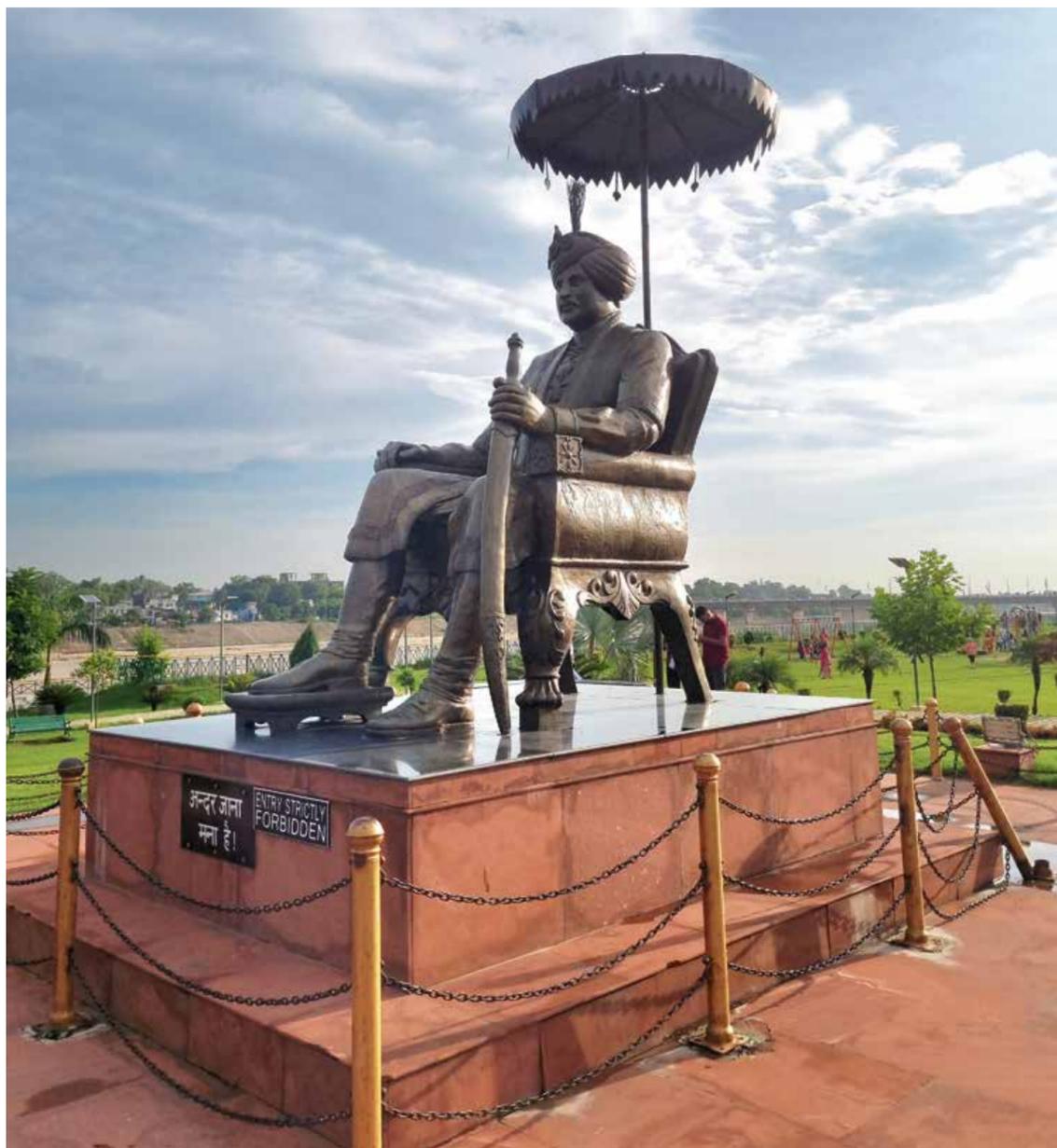
Liaquat Ali Khan war Pakistans erster Premierminister. Im Amt fiel er 1951 in Rawalpindi einem Attentat zum Opfer. Das Motiv des Täters wurde nie geklärt.



Muhammed Ayub Khan zettelte als Präsident Pakistans den Zweiten Kaschmirkrieg an, der sein Regime nachhaltig destabilisierte. 1969 trat er zurück.



Nawaz Sharif war ab 1990 mehrmals Pakistans Premier. Seine zweite Amtszeit endete wenige Monate nach dem Kargil-Krieg durch einen unblutigen Militärputsch.



In Indien wird der Hindu, der seinen mehrheitlich von Moslems bewohnten Fürstenstaat nicht Pakistan anschließen wollte, verehrt: Statue für Maharadscha Hari Singh in dem nach ihm benannten Park in seiner heute zu Indien gehörenden Geburtsstadt Jammu

FOTO: SHIBRAJ/ANALITYA



Mit Traktoren gegen das GATT: Deutsche Bauern während der Uruguay-Runde 1992 auf der Autobahn

Foto: imago/bonn-sequenz

VON ERIK LOMMATZSCH

GLOBALISIERUNG

Vom GATT zur WTO – und weiter?

Vor 75 Jahren wurde das Abkommen zur Regulierung des Welthandels unterzeichnet. Die Zukunft der daraus entstandenen Welthandelsorganisation scheint fraglich

Am 30. Oktober 1947 wurde das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade, GATT) in Genf von 23 Staaten unterzeichnet, im darauffolgenden Jahr trat es in Kraft. Grundsätze des GATT – bessere Handelsbedingungen und leichter Zugang zu Rohstoffen – waren in der Atlantik-Charta von 1941 verankert.

Ursprünglich waren die Pläne umfassender gewesen. Als Sonderorganisation der Vereinten Nationen sollte die bereits auf der Bretton-Woods-Konferenz von 1944 konzipierte Internationale Handelsorganisation (ITO) etabliert werden. Während zwei andere wirtschaftspolitische Vorhaben, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, realisiert werden konnten, scheiterte die ITO an den Vereinigten Staaten, die nicht bereit waren, die vor allem von den Entwicklungsländern geforderten Ausnahmen zu akzeptieren. Da allerdings schon eine Reihe von Zollregelungen ausgehandelt war, hielt man diese im GATT fest. Hierbei handelte es sich jedoch nicht um eine Organisation, sondern lediglich um ein Vertragswerk, das auch die USA ratifizierten. Die Bundesrepublik trat dem Ganzen 1951 bei.

Insgesamt acht im Rahmen des GATT stattfindende Welthandelsrunden hatten insbesondere die Senkung der Zölle zum Gegenstand, um selbstdefinierte hochgesteckte Ziele wie Erhöhung des Lebensstandards, Vollbeschäftigung, steigende Realeinkommen, Erschließung aller Hilfsquellen sowie Steigerung von Produktion und Warenaustausch zu erreichen. Die Verhandlungen erstreckten sich zunehmend über Zeiträume von mehreren Jahren. Benannt waren die Runden nach dem Initiator oder dem Ort der Zusammenkünfte.

Insgesamt acht Welthandelsrunden

Tatsächlich wurden im Laufe der Jahre Zölle von durchschnittlich etwa 40 Prozent auf Prozentsätze im unteren einstelligen Bereich gesenkt. Nachdem in einigen Verhandlungsrunden, etwa in Torquay 1950/51 oder in Genf 1955/56, nur geringe Fortschritte erzielt worden waren, da die Positionen einzeln ausgehandelt werden mussten, wurde seit der „Kennedy-Runde“, die von 1964 bis 1967 stattfand, auf eine „lineare“ Zollsenkung

gesetzt, was die Reduzierung aller Zölle um den jeweils gleichen Prozentanteil bedeutete. An der Tokio-Runde von 1973 bis 1979 konnten sich auch Nichtmitglieder beteiligen.

Zwei wesentliche Prinzipien wurden grundlegend für das GATT. Zum einen handelt es sich um die Meistbegünstigung. Dies bedeutet, dass die GATT-Partner die günstigsten Bedingungen, die sie einem der Partner gewähren, allen anderen ebenfalls gewähren müssen. Festgelegt wurde, dass Waren nach der Einfuhr aus anderen GATT-Ländern jeweils wie inländische Waren zu behandeln sind. Der Grundsatz der Nichtdiskriminierung besagt, dass keine Sonderzölle, etwa aus politischen Gründen, auferlegt werden dürfen.

Als zweites Prinzip gilt die Liberalisierung. So wurde der Schutz der einheimischen Produktion durch Mengengrenzung oder die Erschwerung von Ein- und Ausfuhr untersagt, ebenso Exporthilfen oder Subventionen. Lediglich das Auferlegen der vereinbarten Zölle sollte erlaubt sein.

Die Vereinbarungen waren jedoch von Anfang an von zahlreichen Ausnahmen geprägt. So etwa war die Meistbegünstigungsklausel nicht auf Zollunionen und Freihandelszonen anwendbar. Für Entwicklungsländer galt seit 1965 das Allgemeine Präferenzsystem (GSP), in dessen Rahmen Handelsvorteile gestattet waren. Derartiges sollte sich als dauerhafte Hypothek für das GATT erweisen. Auch das Prinzip der Liberalisierung wurde mittels auslegbarer Klauseln und Sonderregelungen für bestimmte Fälle durchbrochen, etwa bei Schwierigkeiten hinsichtlich der Lebensmittelversorgung.

Das seit dem 1. Januar 1948 in Kraft befindliche GATT, von Anfang an ein Provisorium, ging nach einer Neuaushandlung als wesentlicher Bestandteil in die Welthandelsorganisation (WTO) ein, die am 1. Januar 1995 ihre Arbeit aufgenommen hat. Unterzeichnet wurde das auch „GATT 1994“ genannte neue GATT-Abkommen im April 1994 in Marrakesch von 124 Staaten. Es gilt als Ergebnis der achten und letzten Runde des nunmehr als „GATT 1947“ bezeichneten alten Vertragswerkes. Die Verhandlungen, die schließlich zum GATT 1994 führten, waren von zahlreichen Differenzen gekennzeichnet, in erster Linie vom Agrarstreit zwischen der EG und den USA. Getagt wurde von 1986 bis 1994 in Uruguay.

GATT 1947 und GATT 1994

Die Bilanz zum Ende von GATT 1947 fiel gemischt aus. Der Beseitigung der handelshemmenden Zölle stand das Bestreben entgegen, protektionistische Ausnahmeregelungen zu erreichen. Auch waren die USA, ursprünglich starker Anwalt für den Freihandel, aufgrund eigener Handelsbilanzdefizite zunehmend stärker an Schutz-

mechanismen interessiert. Das 1994 abgeschlossene Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA), das unter anderem Namen bis heute existiert, stand den GATT-Bestimmungen dezidiert entgegen.

Unter dem Dach der WTO sind – neben dem GATT 1994 als Handelsabkommen – Fragen der Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services, GATS) und des Patentschutzes (Trade-Related Intellectual Property Rights, TRIPS) geregelt. Erstmals trat eine Weltagrarrordnung in Kraft. Zudem wurde der Streitschlichtungsausschuss (DSB) geschaffen. Für Entscheidungen ist ein Gremium von mindestens drei der auf vier Jahre gewählten Experten notwendig.

Von der Globalisierungseuphorie der GATT-Initiatoren ist wenig geblieben. Die erste und bisher einzige Welthandelsrunde nach Gründung der WTO, zugleich die neunte Welthandelsrunde insgesamt, die Doha-Runde, begann 2001 und gilt spätestens seit 2016 als gescheitert. Aufgrund einer Blockade der USA erfolgten zudem keine Nachbesetzungen im DSB, sodass das Streitschlichtungsgremium seit Dezember 2019 nicht mehr beschlussfähig ist. US-Präsident Donald Trump begründete die Blockade seinerzeit auch mit dem Argument, dass China nach WTO-Maßstäben als Entwicklungsland zähle und damit trotz seiner tatsächlichen wirtschaftlichen Stärke die entsprechenden Vorteile in Anspruch nehmen könne. Seit März 2021 steht die nigerianische Politikerin Ngozi Okonjo-Iweala als Generaldirektorin an der Spitze der WTO mit gegenwärtig 164 Mitgliedsstaaten. Dass die WTO als regulierende Weltorganisation eine Zukunft hat, scheint fraglich. Die gegenwärtige Tendenz zu Abkommen in kleinerem Rahmen ist unverkennbar.

In den Industriestaaten ist es traditionell die Landwirtschaft, die den weltweiten Freihandel zu verhindern sucht

WILHELM I.

Vermittler zwischen Angelsachsen

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es üblich, dass die verbündeten siegreichen US-Amerikaner und Briten im geschlagenen Deutschland Recht setzten und Recht sprachen. Da ist es bemerkenswert, dass es auch einmal Zeiten gab, in denen sich die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich freiwillig dem Urteilsspruch eines deutschen Staatsoberhauptes unterwarfen.

Zur Beseitigung von Grenzstreitigkeiten westlich der Rocky Mountains schlossen die beiden angelsächsischen Staaten 1846 den Oregon-Kompromiss. Dieses Oregon Treaty beinhaltete indes Ungenauigkeiten bezüglich des äußersten Westens der gemeinsamen Staatsgrenze. So sollte die Grenze unter anderem in der Mitte des Kanals zwischen dem britischen Vancouver Island und der US-amerikanischen Festlandküste verlaufen. In der Mitte dieses Kanals liegen die San Juan Islands. Nun gibt es zwei Wasserstraßen, die durch den Kanal führen, die Haro Strait westlich und die Rosario Strait östlich dieser Inselgruppe. Im Ergebnis beanspruchten sowohl Großbritannien als auch die USA die San Juan Islands.

Es lebten denn auch Briten wie US-Amerikaner auf San Juan Island. Dazu gehörten auch der Amerikaner Lyman Cutlar und der Ire Charles J. Griffin. Cutlar hatte sich vorher bereits über Griffins freilaufende Schweine beschwert, allerdings erfolglos. Als am 15. Juni 1859 erneut ein Schwein Griffins in seinem Garten herumließ, griff er zur Waffe und erschoss es. Cutlar war bereit, Griffin mit zehn US-Dollar zu entschädigen, aber Griffin forderte das Zehnfache.

Als Cutlar das ablehnte, drohte die britische Obrigkeit, ihn ins Gefängnis



Der Wasserkanal zwischen dem britischen Vancouver Island und der US-amerikanischen Festlandküste mit der (blauen) Haro Strait im Westen und der (roten) Rosario Strait im Osten
Karte: Pfly/Wikimedia

zu stecken und seine Landsleute auf der Insel zu vertreiben. Hieraufhin riefen nun die US-Siedler nach Unterstützung ihrer Obrigkeit, die sie auch in Form von 66 auf die Insel entsandten Soldaten bekamen. Es begann eine Aufrüstungsspirale, an deren Ende 461 US-Amerikaner mit 14 Feldkanonen und acht 32-Pfünder-Marinegeschützen drei britischen Kriegsschiffen mit 70 Geschützen und 2140 Soldaten gegenüberstanden.

Beide Staaten einigten sich dann zwar auf eine Abrüstung, aber eine Einigung, wem die San Juan Islands gehören, blieb vorerst aus. Nach einem Dutzend Jahren wurde der deutsche Kaiser schließlich um eine Vermittlung im sogenannten Schweinekrieg gebeten. Eine von Wilhelm I. gebildete Kommission schlug die Inselgruppe vor 150 Jahren, am 21. Oktober 1872, den USA zu, zu denen sie noch heute gehören.
Manuel Ruoff

VON ANSGAR LANGE

Immer mehr Menschen haben die Lust auf Nachrichten verloren. Einer aktuellen Studie zufolge, die auf einer repräsentativen Umfrage unter 93.000 Nachrichtenkonsumenten in 46 Ländern beruht, ignorieren 38 Prozent der Befragten manchmal oder häufig bewusst Nachrichten. Vor fünf Jahren lag der Wert noch bei 29 Prozent. Der Journalist Adrian Lobe sieht diese Verweigerungshaltung kritisch. In einem Artikel für die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) warnt er davor, dass diese „news avoidance“ – also der bewusste Verzicht auf Nachrichten – Folgen für die Demokratie zeitigen könnte.

Andere Experten dürften die Befunde des „Digital News Report“ des Reuters Institute mit mehr Gelassenheit, vielleicht sogar Freude zur Kenntnis nehmen. Der Schweizer Unternehmer, Buchautor und Publizist Rolf Dobelli hält Nachrichten nämlich schlicht für „Massenvernichtungswaffen“. In seinem Buch „Die Kunst des digitalen Lebens“ plädiert er für einen radikalen Verzicht auf den Konsum von Nachrichten. Der Konsum von Nachrichten via Fernsehen, Internet oder Tageszeitung sei sinnlos, schädlich und mache unglücklich: „Durch die Digitalisierung haben sich News von einem harmlosen Unterhaltungsmedium in eine Massenvernichtungswaffe gegen den gesunden Menschenverstand verwandelt.“ Die Wahrheit dürfte – wie so häufig – in der Mitte liegen.

Was sind die Gründe für die Nachrichtenmüdigkeit? „Die“ Medien dürften hieran nicht ganz unschuldig sein. Während der Corona-Zeit haben es vor allem die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit ihrer monothematischen Berichterstattung übertrieben. Die Menschen wurden nicht informiert, sondern vor allem belehrt und in Panik versetzt. Selbstverständlich gilt dies nicht für alle Medien. Doch viele Bürger hatten den Eindruck, dass sich manche Kommentatoren, Moderatoren oder Redakteure in Hörfunk und Fernsehen eher wie Regierungssprecher denn wie unabhängige Journalisten verhielten.

Einseitige, unglaubliche Sender

Dies ist kein neues Phänomen. Eine monothematische, häufig nicht um Sachlichkeit bemühte Berichterstattung zu Corona, zum Klimawandel, zur Asylkrise oder auch jüngst zum Krieg gegen die Ukraine führt bei vielen zum Verdruss und zur Nachrichtenmüdigkeit. Dann doch lieber eine Serie bei einem Streamingdienst anschauen, sagen sich manche, vor allem jüngere Zuhörer und Zuschauer.

Lobe hält es für ein Problem, wenn sich immer mehr Menschen vom öffentlichen Diskurs abwenden, „weil ihnen die Bilder von Leichen in der Ukraine oder hungernden Menschen in Afrika als Zu-



Einfach abschalten: Der Nachrichtenkonsum geht seit Jahren zurück

Foto: action press

MEDIENKONSUM

Immer mehr Menschen haben von Nachrichten die Nase voll

Die „News-Abstinenz“ greift um sich: Ist das eine Gefahr für die Demokratie oder einfach nur gut für einen gesunden Blutdruck – Die Wissenschaft streitet

mutung erscheinen“. Dann drohe Demokratie zu einer „elitären Veranstaltung“ zu werden. Aber trifft Lobe hier den Kern? Können oder wollen viele einfach keine schrecklichen Bilder mehr ertragen? Hier ist Skepsis angebracht. Vielleicht stören sie sich vielmehr daran, dass Journalisten häufig so einseitig Partei für bestimmte Positionen ergreifen, die eher im linken Spektrum zu verordnen sind.

„Ein Großteil der Deutschen traut sich nicht mehr, seine Meinung frei zu äußern. Die überbordende politische Korrektheit untergräbt zusehends die Demokratie. Medien erleiden eine Glaubwürdigkeitskrise. Vor allem die Öffentlich-Rechtlichen sind einfach zu staatsnah“, schreibt der Publizist Wolfram Weimer. Während der Euro-, Syrien- oder Ukraine-Krise sei der „Mainstream unserer Medien (...) blind der Berliner Regierungsperspektive bei diesen Konflikten“ gefolgt. Der Journalist Christoph Schwennicke spricht von einer grünen Gewogenheit bei vielen Journalisten.

Dobelli hält auch aus anderen Gründen den Nachrichtenkonsum für verzichtbar. Er ist der Auffassung, dass Nachrichten irrelevant seien für das, was im Leben der meisten Menschen wirklich zähle. „Sie dürften in den letzten zwölf Monaten etwa 10.000 Kurznachrichten verschlungen haben – zirka 30 Meldungen pro Tag. Seien Sie ganz ehrlich: Nennen Sie eine davon, die es Ihnen erlaubt hat, eine bessere Entscheidung (für Ihr Leben, Ihre Karriere, Ihr Geschäft) zu treffen, als wenn Sie diese News nicht gehabt hätten“, so der Autor im Debattenmagazin „Schweizer Monat“. Er hatte sein Damaskuserlebnis und wurde vom News-Junkie zum Abstinenzler. Statt Nachrichtenhäppchen zu verzehren, sollten wir lieber lange Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Essays, Features, Reportagen, Dokumentarsendungen und Bücher lesen und schauen.

Anders als Dobelli, der für einen Radikalverzicht eintritt, könnte man sagen: Die Dosis macht das Gift. Es wirkt etwas zwanghaft, wenn jeglicher Nachrichten-

konsum „des Teufels“ sein soll. Wahrscheinlich verkauft sich ein Buch mit einer steilen These einfach besser. Doch in einem hat der Autor absolut recht: Das ständige Starren auf unser Smartphone, das eitle Geplapper mancher sich wichtig nehmender Journalisten in Radio und Fernsehen und die Lohnschreiberei mancher Printjournalisten, die keine Zeit mehr haben für Recherche, sondern nur noch abschreiben, lässt unser Hirn verkümmern. Wir verlieren so die Gabe, lange Texte zu lesen.

Licht am Ende des Tunnels?

Daher ist Dobellis Streitschrift auch ein Plädoyer dafür, mehr und bewusster zu lesen. Internet, Fernsehen, Radio, lokales Käseblatt: Das ist allzu oft nur Weißbrot und schädlich für den Organismus. Lange Artikel in „NZZ“, PAZ und in Fachzeitschriften und „gute“ Bücher sind das Schwarzbrot, das uns gesund erhält. Um es mit Dobelli zu formulieren: „In Bezug auf News sind wir heute an dem Punkt,

wo wir in Bezug auf Zucker und Fast Food vor zwanzig Jahren standen, denn: News sind für den Geist, was Zucker für den Körper ist. News sind appetitlich, leicht verdaulich und gleichzeitig höchst schädlich.“

Dobelli ist Stoiker. Wer Wert auf einen gesunden Blutdruck, Seelenfrieden und Gleichmut legt, sollte sich vom hektischen Nachrichtenkonsum verabschieden. Hat der Journalismus also überhaupt keine Zukunft? Der derzeitige Krawalljournalismus oder auch der hochmütige Haltungs- und moralische Journalismus sind das Geld nicht wert, das wir täglich in sie investieren. Einem investigativen und erklärenden Journalismus, der komplex und teuer ist, gehört laut Dobelli die Zukunft. Vielleicht werden dann einige Bürger auch wieder „nachrichtenwacher“.

Rolf Dobelli: „Die Kunst des digitalen Lebens. Wie Sie auf News verzichten und die Informationsflut meistern“, Piper Verlag, München 2019, 256 Seiten, 20 Euro

WELTPOLITIK

Krisenvorhersage aus dem Computer

Mithilfe von Künstlicher Intelligenz wollen deutsche Bundesministerien in die Zukunft blicken

Die Welt sieht sich – wie lange nicht – einer Vielzahl von Krisen gegenüber, von denen einige das Zeug für eine globale Katastrophe in sich tragen. Die systematische Analyse beziehungsweise Früherkennung von Entwicklungen rund um den Globus, welche möglicherweise zu Krisen oder Konflikten führen können, wird daher immer wichtiger.

Da will auch die Bundesregierung nicht zurückstehen: Ihren eigenen Aussagen zufolge hat sie das Prinzip „early warning, early action“ bereits ab 2017 zu einem festen Bestandteil der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik gemacht. Dabei gibt es drei wesentliche Akteure hierzulande, die sich

bei ihren Prognosen nunmehr allesamt auf Künstliche Intelligenz stützen, nämlich das Bundesministerium der Verteidigung, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Auf Initiative des Verteidigungsministeriums wurde im Oktober 2020 ein Pilotprojekt an der Universität der Bundeswehr in München gestartet. Dort entstand das Kompetenzzentrum Krisenfrüherkennung (KFE) unter der Leitung des Politikwissenschaftlers Carlo Masala. Das Zentrum sammelt allerlei Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen, die das Lambrecht-Ministerium dann gegebenenfalls um vertrauliche Informationen er-

gänzt. Im Anschluss sollen Computeralgorithmen das Ganze auswerten und nach Hinweisen suchen, die auf die Entstehung von Konflikten oder Krisen hindeuten.

Trefferquote angeblich 80 Prozent

Das Auswärtige Amt wiederum benutzt das Vorhersagemodell PREVIEW, wobei die Abkürzung für Prediction, Visualization und Early Warning, also Prognose, Sichtbarmachung und Frühwarnung steht. Ein wichtiger Bestandteil des Modells ist eine Software für das sogenannte „Text Mining“, das heißt „Schürfen“ nach Informationen. Hier steht das Durchkämmen von UN-Resolutionen im Mittelpunkt, um das Abstimmungsverhalten

von Ländern nachzuvollziehen und somit im Idealfall auch vorhersagen zu können.

Und dann wäre da noch das BMZ. Das greift ebenfalls auf Künstliche Intelligenz zurück, um „jährliche länderbezogene qualitative Eskalationspotentialanalysen“ sowie „politökonomische Kurzanalysen“ zu erstellen und „die Situation in Partnerstaaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu beobachten und zu bewerten“.

Bei alledem geraten jedoch vier wichtige Dinge in den Hintergrund: Zum Ersten sind die Prognosen vielfach deutlich weniger genau als erhofft, obwohl die Trefferwahrscheinlichkeit angeblich bei 80 Prozent liegt. So betont KFE-Chef Ma-

sala ganz ausdrücklich: „Ich wehre mich gegen die Formulierung, wir könnten Kriege vorhersagen.“ Zum Zweiten reichen die Prognoseprognosen außerdem nur sechs bis 18 Monate in die Zukunft. Zum Dritten zeigen die Auftraggeber in der Politik vor allem an solchen Regionen Interesse, in denen es bereits brennt, obwohl es oft sinnvoller wäre, dort zu intervenieren, wo eine rechtzeitige Konflikt- und Krisenprävention noch echte Wunder bewirken könnte. Und zum Vierten sollte die deutsche Regierung natürlich neben der globalen Lage auch die Entwicklung im eigenen Lande im Auge behalten, weil es dort nun ebenfalls an allen Ecken und Enden kriselt. *Wolfgang Kaufmann*

KÖNIGSBERG

Moschee-Abriss empört Muslime

Vorwurf der Islamophobie in Russland – Auch anderen Religionsgemeinschaften droht Ungemach

VON BODO BOST

Nachdem zwei Moscheeprojekte im Südpark und im Dorf Jänischken in den letzten drei Jahren kurz vor ihrer Vollendung abgerissen wurden, sprechen viele von Islamophobie

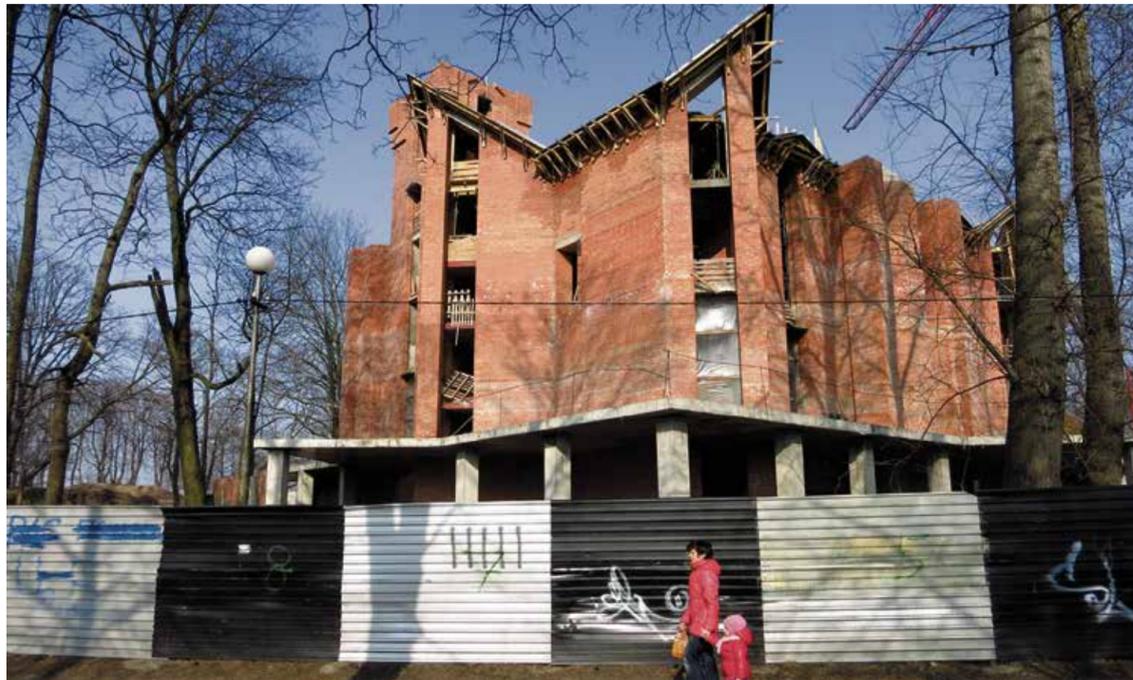
Im Südpark [Juschnkj-Park] von Königsberg wurden Ende September die letzten Ruinen der unvollendeten Moschee abgerissen. Mit dem Bau der Moschee im Südpark war Ende 2010 begonnen worden. Im Dezember 2013 wurden die Arbeiten bereits aufgrund einer Klage des Museums Friedländer Tor eingestellt.

Vorher hatten mehrmals Menschen in Königsberg gegen den Bau einer Moschee im Südpark demonstriert. Diese zerstörte das historisch gewachsene Landschaftsbild des Parks am Friedländer Tor, meinten sie. Die Gegner der Moschee brachten auch eine Reihe anderer Argumente vor: Die Abholzung der Bäume im Park führe zur Verschlechterung der Ökologie in der Stadt.

Furcht vor Kriminalität

Die Anwohner fürchteten auch das Ansteigen der Kriminalität in einem beliebten Spaziergänger-Gebiet. Zudem beeinträchtigte der Bau auch das architektonische Ensemble rund um das unter Denkmalschutz stehende Friedländer Tor, hieß es. Das 1860 im Stil der Neogotik errichtete Tor würde zum „Eingangstor in die Moschee“ umfunktionierte. Das Objekt passe nicht in die architektonische Landschaft und trage nicht zur Erhaltung des Denkmals bei. Ein Gericht erklärte bereits 2014 die Errichtung des religiösen Gebäudes für ungültig und entschied, dass der Erlass zur Vergabe von Grundstücken im Südpark rechtswidrig war. Das Gericht verurteilte das Büro des Bürgermeisters zu einer Entschädigungszahlung in Höhe von umgerechnet gut einer Million Euro an die Moschee-Gemeinde.

Am 22. Mai 2019 trafen Polizei, Sondereinheiten und Beamte in dem Dorf Jänischken im Stadtbezirk Insterburg (etwa



Abgerissen, bevor sie fertiggestellt wurde: Rohbau der Moschee im Südpark

Foto: J.T.

90 Kilometer von Königsberg entfernt) ein. Mit ihnen kam ein Bagger und die Abrissbirne, um das dortige Gebetshaus der Muslime ohne vorherige Ankündigung abzureißen. Ein Gericht hatte entschieden, dass ein muslimisches Gebetshaus illegal auf einem Privatgrundstück errichtet worden sei. Der Besitzer des Gebäudes, Artur Rusijew, ein vor Jahren zum Islam konvertierter Russe, hatte es an eine muslimische Organisation vermietet.

In dem Gebetshaus versammelten sich Muslime aus der ganzen Region. Daraufhin interessierten sich die Behörden für das Gebäude. Es war der einzige Ort, an dem sich Muslime zum Gebet versammeln konnten – eine andere Moschee gibt es in Königsberg nicht, obwohl sich eine regionale muslimische Organisation seit fast 15 Jahren vergeblich um eine Baugenehmigung bemüht. Heute leben in der Region Königsberg etwa 100.000 Muslime (die Gesamtbevölkerung des Königsberger Ge-

biets beträgt knapp über eine Million Menschen). Für diese gibt es keine Moschee.

Bei den muslimischen Bürgern Russlands handelt es sich überwiegend um auf russischem Gebiet lebende Völker wie Tataren, Baschkiren, Tschetschenen, Dagestaner, Karatschaier oder Tscherkessen, und nicht um Zugewanderte wie in der Bundesrepublik. Für diese gibt es im Gebiet jedoch keinen einzigen Platz für eine Moschee. Viele Muslime glauben, dass in Russland mit zweierlei Maß gemessen wird.

Keine Kirchen in Tschetschenien

Bischof Serafim (Melkunjan) von Königsberg hat einmal in den Medien gesagt, dass Moscheen nur an Orten gebaut werden sollten, an denen Muslime kompakt wohnen. Solche Orte gibt es jedoch nicht im Königsberger Gebiet. Andererseits gibt es auch im russischen Tschetschenien keine Kirchen mehr, nachdem der Islam unter

Ramsan Kadyrow dort Staatsreligion geworden ist.

Vielen Religionsgemeinschaften außer der russisch-orthodoxen droht in Russland der Verlust ihrer Gottesdienststätten wegen angeblicher Verletzungen der Planungsvorschriften. Da Gemeinde- und Stadtverwaltungen oft nicht bereit sind, den Neubau von Kirchen und Moscheen zu genehmigen, sind die Religionsgemeinschaften oft gezwungen, sich in Wohn- oder Geschäftsgebäuden oder landwirtschaftlichen Gebäuden zu versammeln. Das macht sie verwundbar durch die widersprüchlichen Bestimmungen für die Nutzung von Gebäuden und Grundstücken.

Gleichzeitig steigt für Einzelpersonen, die sich zu religiösen Zwecken in Privatwohnungen oder anderen nicht speziell gewidmeten Gebäuden zu Gottesdiensten versammeln, das Risiko der Bestrafung. Es werden mehr und höhere Geldstrafen verhängt als in der Vergangenheit.

● MELDUNGEN

Wandmalerei entdeckt

Insterburg – In der ehemaligen Stadthalle von Insterburg, in der heute das Stadttheater beheimatet ist, wurden Wandmalereien von Eduard Bischoff (25.1.1890–1.4.1974) entdeckt. Der Professor an der Kunstakademie in Königsberg gilt als vielseitiger Vertreter der Kultur Ostpreußens. Sein künstlerisches Schaffen umfasste ebenso Malerei und Grafik wie auch Bildhauerei, Glasmalerei und Gebrauchsgraphik. Der Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen von 1959 fertigte für die Stadt Insterburg auch Wandmalereien zu Themen der Stadtgeschichte an. Dem Historiker und Stadtführer Wladimir Wlasow ist es zu verdanken, dass die nun entdeckten Fragmente von Wandmalereien, die sich im Bereich der Wanddecken befinden, einer eingehenden Untersuchung durch St. Petersburger Experten unterzogen werden. Diese werden die Malereien, die von Gipskartonplatten verdeckt waren, zunächst von alten Farbschichten, Tapeten und Resten von Spachtelmassen freilegen, bevor die Gemälde umfangreich sichtbar und für die Nachwelt erhalten werden. MRK

Neues Museum Tannenberg

Tannenberg – In Tannenberg wurde der neue Sitz des Museums der Schlacht bei Tannenberg/Grunwald eröffnet. Die modern gestaltete Einrichtung wird für Besucher das ganze Jahr über geöffnet sein. Außer den Ausstellungsräumen beherbergt sie einen Rittersaal für die Organisation von Turnieren und Kämpfen, einen Konferenzraum für bis zu 100 Personen sowie die Büros der Verwaltung. Neben hohen Vertretern der polnischen und litauischen Politik war zur Eröffnung auch der Hochmeister des Deutschen Ordens Frank Bayard gekommen. U.H.

ALLENSTEIN

Über Hügel und Kurven mit dem Rad

Im Stadtteil Jomendorf wurde ein neuer Skatepark mit einem sogenannten Pumptruck eröffnet

Trotz vereinzelter Regenfälle ist das Herbstwetter in Allenstein schön und die sonnigen Nachmittage laden zu Aktivitäten im Freien ein. Vor allem jüngere Extremsportler können sich nun freuen, denn in der Siedlung Jomendorf wurde ein neuer, lang erwarteter „Pumptruck“ eröffnet.

Der Skatepark im Kusociński-Park dagegen wurde im September wegen seines schlechten technischen Zustands geschlossen und abgerissen. Es war ein beliebter Platz, der Skateboarder, Rollschuhfahrer, Radfahrer und wettkampforientierte Tretrollerliebhaber anzog. Jetzt können junge Menschen ihre Hobbys in Jomendorf entwickeln, wo seit Anfang Oktober in der Nähe einer der Grundschulen ein Fahrradspielplatz mit Pumptrucks zur Verfügung steht. Die Einrichtung wurde im Rahmen des sogenannten Allensteiner Bürgerhaushalts geschaffen.

Ein Pumptruck ist eine speziell geschaffene Radstrecke, deren Ziel es ist, ohne in die Pedale zu treten, durch Hochdrücken des Körpers aus der Tiefe am Rad

Geschwindigkeit aufzubauen. Der Radler steht dabei auf den Beinen und sitzt nur

kurz zum Starten im Sattel. Der Fahrradspielplatz ermöglicht es kleinen Kindern und Jugendlichen, ihre motorische Koordination perfekt zu entwickeln, und fordert auch Erwachsene heraus. Aufgrund des breiten Spektrums an Nutzern, ihren Fähigkeiten und ihrem Alter kann es als Route für alle genutzt oder an ein bestimmtes Publikum angepasst werden.

Sportliche Herausforderung für alle

Das Fahren auf einem Pumptruck ist eine hervorragende Möglichkeit, Körper und Geist zu trainieren, und es ist ein beliebter Sport bei jungen Menschen. Die Anlage kann zum Radfahren, Skateboarden, Inlineskaten oder Tretrollerfahren verwendet werden. Das Profil der Strecke macht das Fahren sicher und erfordert eine gewisse Geschwindigkeit. Die Bahn kann sowohl von Familien mit Kindern als auch von Enthusiasten und sogar Profis



Ein ungewöhnlicher Parkours: Der neu eingerichtete Pumptruck in Jomendorf

FOTO: PRIVAT

genutzt werden. Die untypische Einrichtung erfreut das Auge mit ihrer schönen Landschaft mit vielen Hügeln und Tälern. Die rund 280 Meter lange Radstrecke ist asphaltiert und verfügt über Abschnitte mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden und Sprungelementen.

Zur öffentlich zugänglichen Anlage gehören auch Bänke und Fahrradständer. Der Platz befindet sich in unmittelbarer Nähe eines großen Skateparks und eines Spielplatzes, wodurch ein attraktiver Treffpunkt in einer typischen Wohnsiedlung geschaffen wurde, der die Gemeinschaft und die körperliche Betätigung fördert. Es ist erwähnenswert, dass Pumptrucks und Skateparks bei den jungen Einwohnern der Stadt immer beliebter werden. Einer der größten Parks mit einer sehr modernen Infrastruktur für Skater befindet sich auf dem Gelände des Erholungs- und Sportzentrums am Okullsee. Dawid Kazwiński

Wir gratulieren...



ZUM 104. GEBURTSTAG

Naruhn, Frau geb. **Salomon**, aus Wehlau, am 26. Oktober
Wiedenhöft, Frieda, geb. **Strauß**, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober

ZUM 102. GEBURTSTAG

Kock, Elsbeth, geb. **Kinski**, aus Lyck, am 24. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Herrmann, Martha, geb. **Krapa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kalkowski, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Weber, Irma, geb. **Twardy**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 117, am 21. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Klein, Gisela, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Packhäuser, Hertha, geb. **Kuberk**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Rußland, Gerda, geb. **Adam**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Soth, Irmgard, geb. **Kukowski**, aus Lyck, Bismarckstraße 57, am 23. Oktober
Storck, Leni, aus Walden, Kreis Lyck, am 21. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Pankuweit, Heinrich, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 23. Oktober
Peter, Herta, aus Lyck, am 26. Oktober
Seifert, Elfriede, geb. **Kledtke**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Szwilius, Martin, aus Pachollen, Kreis Mohrunen, am 25. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bohnert, Fritz, aus Groß Ladteim, Kreis Fischhausen, am 22. Oktober
Bondzio, Dr. Wilhelm, aus Lyck, am 22. Oktober
Brandt, Waldemar, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 26. Oktober
Frommberg, Gerhard, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Heinemann, Annemarie, geb. **Moselewski**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober

Rosenbusch, Erika, geb. **Lendzi**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 26. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bergmann, Ursula, geb. **Monsehr**, aus Treuburg, am 23. Oktober
Koyro, Friedhelm, aus Liskan, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Luft, Volker, aus Lötzen, am 22. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Albin, Kurt, aus Treuburg, am 26. Oktober
Albrecht, Arno, aus Wehlau, am 22. Oktober
Palfner, Werner, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Plewka, Willy, aus Eichenstein, Kreis Insterburg, am 1. Oktober
Putzler, Irmgard, geb. **Hahn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Rodenhorst, Gisela, geb. **Janzen**, aus Popitten, Kreis Mohrunen, am 26. Oktober
Rothkamm, Hans, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. Oktober

Scherwinski, Otto, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 26. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hinze, Lydia, geb. **Preuß**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Oktober
Karkowski, Erika, aus Peitschendorf, Kreis Sensburg, am 22. Oktober
Struppek, Horst, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 21. Oktober
Werlich, Irmgard, geb. **Bolk**, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 26. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Grambrow, Lisa, geb. **Kerschowski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. Oktober
Himmel, Liesbeth, geb. **Klingschat**, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 26. Oktober
Hofmann, Helene, geb. **Scherello**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Höltke, Manfred Rudi, aus Tilsit, am 21. Oktober
Plöhn, Margarete, geb. **Krebsties**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Schäfer, Elfriede, geb. **Poel**, aus Großelbrechtort, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Trzaska, Max, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 26. Oktober
Windhofer, Ursula, geb. **Fox**, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 22. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brandstädter, Prof. Dr. Walter, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 4, am 21. Oktober
Dude, Hildegard, geb. **Wenk**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Flegel, Anneliese, geb. **Piwek**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 24. Oktober
Gusek, Horst, aus Treuburg, am 23. Oktober
Jorgowski, Hildegard, geb. **Czierlinski**, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Kalina, Waldemar, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Kuczewski, Reinhard, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Marks, Hans-Siegfried, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober
Pohl, Margot, geb. **Kruczynna**, aus Lyck, am 27. Oktober
Promnitz, Ilse, geb. **Bolz**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Schlünzen, Edith, geb. **Ottenberg**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Zuch, Käthe, geb. **Trussat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Begunk, Waltraut, geb. **Niedzwetzk**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 22. Oktober
Bretthorst, Gertrud, geb. **Allary**, aus Neidenburg, am 25. Oktober
Heimann, Elli, geb. **Stern**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 25. Oktober
Heins, Elfriede, geb. **Griggel**, aus Fischhausen, am 23. Oktober
Kowalewski, Irmgard, geb. **Naujuks**, aus Sensburg, am 24. Oktober
Kudzus, Horst, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Ludwig, Helmut, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Schulz, Werner, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 22. Oktober
Thun, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Waldhecker, Gisela, aus Lyck, am 22. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

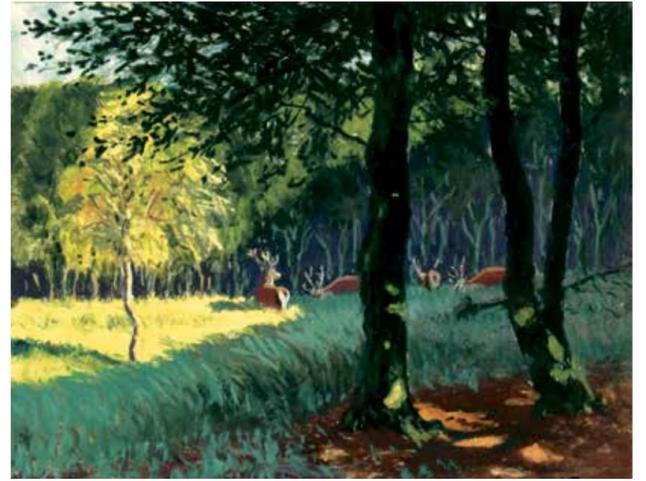
Bienk, Waltraud, geb. **Manegel**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober
Bromberg, Ursula, geb. **Kiemann**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 23. Oktober
Burtscheidt, Barbara, geb. **Grübler**, aus Kirchspiel Weidenau, Kreis Elchniederung, am 21. Oktober
Franke, Christel, geb. **Zimmerling**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober

Franken, Sigrid, geb. **Rokoss**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 27. Oktober

Gehring, Hans-Georg, aus Gouarten, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Joswig, Eitel, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 22. Oktober
Mai, Irma, geb. **Seiffert**, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Reczio, Erika, geb. **Tillner**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Sacher, Helene, geb. **Naujokat**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 27. Oktober
Schäpler, Brigitte, geb. **Sendtko**, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 25. Oktober
Schubert, Hans, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Tornow, Helgard, geb. **Pogodda**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 25. Oktober
Wilke, Renate, geb. **Dronz**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 22. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bomhauer-Beins, Hermann, aus Groß Wilmsdorf, Kreis Mohrunen, am 24. Oktober
Brandt, Gerhard, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 22. Oktober
Claussen, Christa, geb. **Petrowitz**, aus Pollwitten, Kreis Mohrunen, am 25. Oktober
Henning, Irmgard, geb. **Nasner**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. Oktober



Starke Farben – Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2023“ Der Kalender mit Bildern wie dieses von Reinhold Feussner, Rotirsche auf einer Lichtung. Gouache, um 1950, kostet 22,- Euro, einschließlich Portokosten und kann bestellt werden bei: typeart satz&grafik GmbH, Südstrandweg 15, 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231)557378-0, per Telefax unter (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

Klein, Manfred, aus Preußisch Eylau, am 27. Oktober
Nadowski, Fritz, aus Seedanitz, Kreis Ortelsburg, am 26. Oktober
Ploetner, Hans Alfred, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober
Schubert, Helga, aus Memel, am 22. Oktober
Ulrich, Anneliese, geb. **Jackstadt**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Wenessz, Marianne, geb. **Brasat**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 21. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Alexander, Bernhard, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. Oktober
Jung, Hannelore, geb. **Jendrny**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Oktober
Klostereit, Karin, geb. **Mürkens**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 23. Oktober

PAZ wirkt!

Kulturhistorisches Seminar über Ost- und Westpreußen

Ost- und Westpreußen – Land, Geschichte, Kultur lautet das Thema des diesjährigen Kulturhistorischen Seminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 5. bis zum 8. November in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt.

Auf dem Programm des Seminars stehen Vorträge über die ehemalige Reichsstraße 1, über die deutsche Bevölkerung in der Zweiten Polnischen Republik, über Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der Freien

Stadt Danzig, über den Verein zur Erhaltung und Förderung der Zucht des Trakehner Pferdes, über symbolische Ereignisse am Königsberger Dom, über Immanuel Kant, über die Ostseehäfen Danzig und Gdingen in der Zwischenkriegszeit und über die Jagd in Ostpreußen.

Referenten sind Jörn Pekrul, Dr. Beata Dorota Lakeberg, Dr. Bennet Brämer, Dr. Martin Mehrrens, Lars Fernkorn, Dr. Tim Kunze, Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke und Horst Buschalsky.

Die Seminargebühr beträgt 150,- EUR bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Für Einzelzimmer ist ein Zuschlag von 10,- EUR pro Nacht zu entrichten.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Peter Wenzel, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg oder unter Telefon (040) 414008-25; Fax (040) 414008-19; oder per E-Mail: wenzel@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 44/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 44/2022 (Erstverkaufstag 4. November) **bis spätestens Dienstag, den 25. Oktober**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de,
 Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe,
Ringstraße 51a, App. 315, 85540
Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@
low-bayern.de, www.low-bayern.de

Tag der Heimat 2022

Hof – Unter dem Leitwort „Vertriebene und Spätaussiedler: Brückenbauer in Europa“ veranstaltete der BdV am vergangenen Samstag eine Feierstunde zum Tag der Heimat 2022.

Am Mahnmal in der Blücherstraße versammelten sich aus diesem Anlass Politiker aus Stadt und Landkreis Hof, Vertriebene und Einheimische. Der Vorsitzende Christian Joachim begrüßte die Anwesenden. Bürgermeisterin Angela Bier als Vertreterin der Stadt wusste in ihrem Grußwort den Bogen von der alten zur neuen Heimat zu spannen und konnte dies mit Erlebnissen aus der eigenen Familie untermauern. Landrat Bär nahm die Europahymne, die zum Auftakt erklang, als Symbol der Hoffnung für das Gestern – Heute – Morgen und würdigte die Verdienste der Vertriebenen, die einen wichtigen Part beim Aufbau Deutschlands nach dem Krieg geleistet haben.

Die wichtigsten Städte der Vertriebungsgebiete, die auf dem Wegweiser neben dem Mahnmal zu finden sind, stellten Mitglieder der Volkstanzgruppe im BdV vor. Joachim hob in seiner Ansprache den verständigungspolitischen Einsatz des BdV und seiner Landsmannschaften hervor, der in einer Zeit, in der in Europa Sorgen und Nöte wachsen, besonders wichtig sei. Diesen aktuellen Problemen setzt der BdV seinen Ansatz entgegen, der vom Glauben an das Miteinander der Völker geprägt ist – und von der Überzeugung, dass Frieden nur durch Verständigung und gegenseitige Empathie gelingen und gesichert werden kann. Vertriebene und Spätaussiedler sind Experten der Verständigungspolitik. Sie haben am eigenen Leib viel Leid er-



Begingen den Tag der Heimat in Hof: 1. BdV-Vorsitzender Christian Joachim, 2. BdV-Vorsitzender Jochen Ulsöfer, Alina Dittmer, Michael Jänsch, Sigrig Dittmer von der Volkstanzgruppe, Adalbert Schiller, Vorsitzender Kreisgruppe Hof der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Jutta Starosta BdV Hof + Volkstanzgruppe, Landrat Oliver Bär, Bürgermeisterin Angela Bier, Adolf Markus, Sudetendeutsche Landsmannschaft Naila, Tatjana Dittmann, Bürgermeister Frank Stumpf aus Naila, Bürgermeister Kristan von Waldenfels aus Lichtenberg (v.l.)

fahren müssen. Deshalb handeln und wirken sie aus einer Position personifizierter Glaubwürdigkeit heraus, wenn sie Frieden anmahnen und Kriege als die Wurzel allen Übels benennen.

Mit der Verabschiedung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vor 72 Jahren in Stuttgart versprochen die Vertriebenen sowohl sich selbst, mehr aber noch Deutschland und dessen Nachbarländern im Osten, dass „aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle eine bessere Zukunft gefunden wird“.

Die Charta legt Zeugnis ab vom Integrationswillen der Vertriebenen und von ihrer Bereitschaft zur Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn Deutschlands. Sie zählt mittlerweile zu den „Gründungsdocumenten der Bundesrepublik“, so der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert. Über die Jahre ist dieser Leitsatz zu einem Grundstein der Verständigung geworden und kann beispielgebend

sein für Konfliktlösungen in naher und ferner Zukunft.

Der menschen- und völkerrechtliche Einsatz dafür, Vertriebenen und ethnische Säuberungen international nicht nur zu ächten, sondern auch strafbewehrt zu verbieten, ist für den BdV auch ein Baustein dafür, die Erinnerung an die Millionen von Flucht und Vertriebung betroffenen Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg am Leben zu erhalten. So wird auch das Schicksal hunderttausender Deutscher aus Russland sichtbar gemacht, die in die Zwangsarbeit, in die Verbannung und oft in den Tod deportiert wurden. Mit dem Blick auf die aktuellen Flüchtlingszahlen weltweit zeigt sich, dass dieses Thema noch immer brandaktuell ist. Daher bleibt die grenzüberschreitende Verständigung für alle eine Daueraufgabe: Wir strecken die Hand so lange aus, bis sie ergriffen wird.

Das Totengedenken, vorgetragen vom zweiten Vorsitzenden des

BdV Jochen Ulsöfer und die anschließende Kranzniederlegung im Gedenken an die Millionen Opfer der Weltkriege rundeten die Veranstaltung ab. Für die passenden Rahmen sorgten die Mitglieder der Volkstanzgruppe im BdV Hof und der Posaunenchor der Lutherkirche.

Kreisgruppe Hof

Stark vertreten war die Kreisgruppe Hof, bei der Veranstaltung zum Tag der Heimat 2022 in Hof am Mahnmal der Vertriebenen. Zu dem Leitwort „Vertriebene und Spätaussiedler: Brückenbauer in Europa“ äußerten sich Politiker aus Stadt und Landkreis Hof, Vertriebene und Einheimische. Christian Joachim, Vorsitzender beim Bund der Vertriebenen und bei der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Hof betonte in seiner Ansprache den Versöhnungswillen der Vertriebenen und Spätaussiedler und meinte zum Schluss: Wir strecken die Hand so lange aus, bis sie ergriffen wird.



Neben dem Mahnmal: Ein Wegweiser nennt Städtenamen aus den deutschen Vertriebungsgebieten und deren Entfernung von Hof aus

Die Mitglieder der Volkstanzgruppe unter der Leitung von Jutta Starosta stellte Städte aus den Vertriebungsgebieten vor. An dem Wegweiser neben dem Mahnmal sind neben den Städtenamen auch deren Entfernung von Hof aus zu sehen: Stettin in Pommern 472 Kilometer; Königsberg in Ostpreußen 750 Kilometer; Danzig 636 Kilometer und Marienburg 636 Kilometer, beide in Westpreußen; Breslau in Niederschlesien 365 Kilometer; Reichenberg im Sudetenland 230 Kilometer; Oppeln in Oberschlesien 420 Kilometer; Troppau in Mähren 425 Kilometer und Eger im Egerland 50 Kilometer. Mit der Deutschlandhymne endete die feierliche Veranstaltung. Anschließend setzte man sich im Vereinsheim noch zusammen und ließ den Tag mit lebhaften Gesprächen und leckerem Essen ausklingen.

Das nächste Treffen findet am 12. November statt. Dieses Mal steht das gemeinsame Essen der

„Martinsgans“ auf dem Programm. Deshalb beginnt das Treffen im Jahnheim bereits um 13 Uhr. Um Anmeldung wird gebeten!
Jutta Starosta

Nürnberg – Dienstag, 25. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser. Ende der U1 gegenüber: Die Landsmannschaft Ost und Westpreußen sowie Pommern feiert Erntedank.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel,
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Herbstfest

Hamburg – Die Stadtgemeinschaft Königsberg in der Landsmannschaft Ostpreußen, Gruppe Hamburg veranstaltet am Sonnabend, 22. Oktober, von 12 bis 17 Uhr ein Herbstfest im Restaurant Luisenhof & Dubrovnik am U-Bahnhof „Farmen“. Anmeldungen und Informationen bei Christel Neumann unter Teleron (040) 6720489.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Zeitzeugen berichten

Kassel – Donnerstag, 3. November, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140, Kassel-Wolfsanger: „Daß ich das noch erleben darf“.

Fortsetzung auf Seite 17

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN E.V.

Wer weiß? Wer hat? Wer kann?

Die Werkwoche lehrt zum 68. Mal ostpreußische Handarbeitstechniken unter dem Motto „erhalten und gestalten“

Bei der Werkwoche können sehr viele etwas, und nach der Werkwoche können alle noch viel mehr. Dabei ist die ostpreußische Tradition der eigentliche Grund, weshalb die Teilnehmer den Weg nach Helmstedt zur Werkwoche antreten. Das Hören des breiten ostpreußischen Dialekts, der von der ein oder anderen Teilnehmerin gesprochen wird, das Singen der ostpreußischen Volkslieder und vor allem das Anwenden der vielen Handarbeitsformen wie das Weben der Jostenbänder, das Weißsticken, das Muster- und Doppelstricken und natürlich das Nähen des Ostpreußenkleids, all das schafft ein ostpreußisches Rundumpaket, in dem man gerne dazulernt.



Die Werkwoche ist bunt: Oben links wird gestrickt, Muster werden nachgearbeitet und alte Muster neu erfunden, unten links werken die Weber, rechts oben dominiert die Farbe Weiß bei den Stickerinnen und unten rechts werden Blusen und Jacken abgesteckt

Fotos: Christiane Rinser-Schrut

Wer weiß?

Doch was ist, wenn die Grundlagen nicht mehr vorhanden sind? Wenn die dreifädige Wolle für die Musterhandschuhe nicht mehr zu beziehen ist? Da werden die Werklehrerinnen kreativ und entwickeln die Muster mit vierfädiger Wolle neu. Groß ist der Wunsch des Erhaltens, um gestalten zu können. Aber nicht nur bei der Wolle gibt es Herausforderungen bezüglich des Materials, auch die Trachtenschneiderinnen sehen sich bereits jetzt um, wie bezahlbarer Stoff für die Ostpreußenkleider zu beschaffen ist, der den Ansprüchen eines Trachtenkleides entspricht.

Hannelore Mosbacher leitet zum ersten Mal die Werkwoche

der Landsmannschaft Ostpreußen, die jedes Jahr im Herbst stattfindet, um ostpreußische Handarbeit zu lehren. Sie hat das Amt von Uta Lütlich, Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, übernommen und füllt es mit großer Hingabe sehr herzlich aus, was die Teilnehmer schon anhand der liebevoll gebastelten Willkommenskarten ersehen konnten. „Es ist wie eine Familie, in der jeder willkommen ist“, sagt die älteste Teilnehmerin Eva-Marianne Reinhardt. Die

Werkwochenleiterin ergänzt: „Es fehlen die Jüngeren.“

Wer aber nicht fehlt, sind die aus Ostpreußen angereisten Teilnehmerinnen, die für die Werkarbeiten brennen. Renate Sliwka wird in Allenstein die Webraben reaktivieren und ihr erworbenes Wissen an die Deutsche Minderheit weitergeben. So entstehen Tischen, Schals und Vorhänge, Mützen und sogar Pullover. Janina Manka versucht sich an einem Sternmuster für ihre Handschuhe und erhält viel Unterstützung von

Edith Werner, welche die Gruppe der Strickerinnen leitet. Sie probiert mit aus, wie mit der dickeren Wolle das Muster hervorzuheben ist, hat aber auch alle anderen Teilnehmerinnen im Blick, die warme Schlaufenhandschuhe oder Socken und Topflappen mit der Technik des Doppelstrickens fertigen. Sehr angetan zeigt Werner die Handschuhe im Bestand, noch mit dreifädiger Wolle gestrickt und mit sichtbaren Gebrauchsspuren. „Man müsste diese Stücke unbedingt wissenschaftlich begutach-

ten. Wo kommen sie her? Woher stammen die Muster? Gibt es historische Fotos oder gar noch weitere Handarbeiten, die in Ostpreußen gefertigt wurden?“ In diesem Bestand befindet sich auch ein Staucher aus schwarzer Wolle, mit Glas- und Metallperlen gestrickt. Hierzu werden die Perlen in der Reihenfolge des Musters auf den Wollfaden gefädelt und dann mit eingestrickt. Allerdings ist das Angebot an diesen Perlen sehr spärlich, Plastikperlen sind leichter zu beschaffen, haben weniger Gewicht und sind regelmäßig gearbeitet, aber die anderen sind schöner.

„Diese Staucher“, weiß Werner, „wurden im Haus getragen, denn da zog es oft. Die dünne Wolle war dafür hervorragend geeignet.“ Heute werde lieber mit dicker Wolle gestrickt, da auf diese Weise ein schnelleres Ergebnis entsteht, doch seien die Handschuhe oder Pulswärmer oft viel zu warm – zumindest fürs Haus. Werner lacht beim Hinweis auf das von der Bundesregierung empfohlene Heizverhalten: „So aktuell ist unsere Tradition.“

Wer hat?

Beim Trachtenschneiden entsteht bei dieser Werkwoche eine Jacke und eine Bluse. Marianne Kopp und Daniela Graulich sorgen im Keller des Haupthauses der Politischen Bildungsstätte in Helmstedt dafür, dass die Teilnehmerinnen

die teuren Stoffe in passgenaue Kunstwerke verwandeln. Eine Teilnehmerin hat ein altes Ostpreußenkleid geschenkt bekommen und es im vorherigen Jahr umgearbeitet, sodass es ihr nun ausgezeichnet passt. So gibt es seitens der Näherinnen den großen Wunsch, dass alte Kleider nicht in die Kleidersammlung, sondern für die Werkwoche an die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen geschickt werden, um bei der nächsten Werkwoche neue Träger für sie zu finden. So wird getreu dem Motto „erhalten und gestalten“ gehandelt.

Wer kann?

Liesa Rudel reist mit ihrem Mann Klaus jedes Jahr aus der Schweiz an, um das Weben am Rahmen und das Jostenbandweben zu lehren. Klaus kümmert sich derweil um die Webstühle, damit bald auch das Doppelweben wieder gelehrt werden kann.

Die Weißstickerinnen haben unter der Weisung von Heidi Friedrich bereits am ersten Abend ein Lavendelkissen gefertigt. Sie sind froh um die vielen Sonnenstunden, denn Weißsticken erfordert viel Geduld, eine ruhige Hand und wache Augen; bei Tageslicht fällt das Sticken um so leichter.

Gefördert wird die Werkwoche, die im nächsten Jahr vom 9. bis zum 15. Oktober stattfinden wird, aus Mitteln der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ CRS

Rätsel

A large grid puzzle with various clues in German. The clues include: Monatsname, Stadt im Mittelitalien, franz. Schauspieler (Alain), wohl, allerdings, Fluss zur Aller (Oberharz), englischer Artikel, Ausflug zu Pferde, Lochvorstecher, Priem, jedes Mal, immer, wertloses Zeug, persönl. Fürwort (zweite Person), Künstlerwerkstatt, Mostert, Mostrich, Bewohner eines Schweizer Kantons, Nordseebucht an der Emsmündung, Staats im Süden Mitteleuropas, Handelsbrauch, unsichtbare Wärmestrahlen, Nachweis für Immunisierung, sich abmühen (ugs.), kleiner Rhododendron, Nähmaterial, aus gerberter Tierhaut, großes Greifvogelnest, gälischer Name Irlands, Dynastie im alten Peru, Arbeitsentgelt, früherer dt. Städtebund, gemeinshaftsfördernd, Tapferkeit, poetisch: Insel, ein Nordeuropäer, anerkannt, geschätzt, Party, Festlichkeit, Mangel; Fehlbetrag, Zuckerrohrbranntwein, Schlimmes, Urteil in Streitfragen, Kanton der Schweiz, Hasenlager (Jägersprache), frühere Narkosemittel, ein Würfel, enge Straße, Gefäß mit Henkel, ein Würfelspiel, Erdloch, Strom in Ostasien, Kriechtier, brit. Rocksänger (Joe), griechischer Liebesgott, chem. Element, Seltenmetall, Stillstand, unermesslich, Kernfrucht, Liebenswürdigkeit; Anmut, die Ackerkrume lockern, Abendmahlsbrot, norddeutsch für Ried, Schilf, beharrlich, ausdauernd, Vulkan in der östlichen Türkei, eine Zahl, enges Spiel, geistig beweglich, geschickt, baschkirische Hauptstadt, Seemannsruf, jeder ohne Ausnahme, Berührungsverbot, Titel arabischer Fürsten, vorüber, zu Ende, Tiefkühlfach.

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled. The numbers are: Row 1: 2, 9, 6, 3; Row 2: 3, 6, 1, 2, 9; Row 3: 7, 8; Row 4: 7, 6; Row 5: 5, 2, 7, 8, 3; Row 6: 7; Row 7: 8, 5; Row 8: 5, 3, 6, 2, 7; Row 9: 4, 1, 2, 8.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

A 6x6 grid puzzle with numbers 1-6 and arrows indicating the direction of words. The numbers are: Row 1: 1; Row 2: 2; Row 3: 3; Row 4: 4; Row 5: 5; Row 6: 6.

Diagonalrätsel

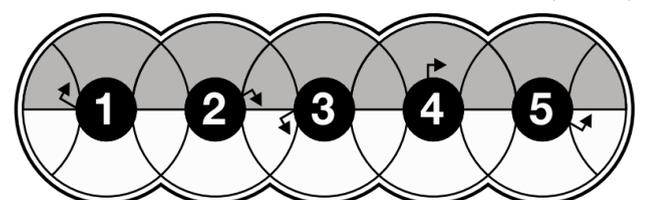
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Reptilien.

- 1 eintönig reden
2 Großbuchstabe
3 früher: Amtsbezirk
4 religiöser Brauch; Zeremoniell
5 Göttertrank; Blütensaft
6 Peddigrohr

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen anderen Namen für die Blaue Lobelie.

- 1 langes, wallendes Haar, 2 Handarbeitstechnik, 3 Inselgruppe im Atlantischen Ozean, 4 Geldschrank; Bankfach, 5 dt. Maler und Grafiker (Albrecht)



Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Zeitzeugen der Wendezeit 1989 äußern sich.

Tag der Heimat 2022

Wetzlar – Vertriebene begehnen den „Tag der Heimat“.

Mit einem „Tag der Heimat“, der bundesweit regional begangen wird, haben die im Raum Mittelhessen lebenden Mitglieder des Bundes der Vertriebenen (BdV) an das Schicksal von 14 Millionen Menschen aus den Ostgebieten erinnert. Festredner war der ehemalige Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes im Kabinett von Angela Merkel, Helge Braun (Gießen). Seit Dezember 2021 ist der CDU-Politiker Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag.

Braun hob die Rolle der Vertriebenen als Brückenbauer in Europa hervor. Dabei spielte er auf die Charta der Vertriebenen von 1950 an, in der die deutschen Heimatvertriebenen zum Verzicht auf Rache und Gewalt trotz des eigenen gerade erlittenen Unrechts aufrufen. Zudem geben sie darin ein klares Bekenntnis zur Schaffung eines einigen Europas, zur Verständigung zwischen den Staaten und den Völkern ab.

Flucht und Vertreibung hätten eine massenhafte Verschiebung der Bevölkerung im 20. Jahrhundert gebracht. Insgesamt 60 Millionen Menschen hatten ihre Heimat verloren. Auch seine Großeltern seien aus dem Sudetenland vertrieben worden. Zu ihrem 50. Hochzeitstag waren sie mit weiteren Verwandten in der alten Heimat. „Doch an ihrem Elternhaus wurden von den heutigen Bewohnern die Vorhänge zugezogen“, schilderte Braun. Noch immer sei Versöhnung eine aktuelle Aufgabe. Es gelte für Kinder und Enkelkinder das Anliegen fortzuführen. Dazu müsse die Kultur der alten Heimat bewahrt werden. „Unrecht muss als Unrecht anerkannt werden“, sagte Braun. Die Nachteile aus der Vertreibung dürften nicht fortgeschrieben werden. Zudem sprach sich der CDU-Politiker dafür aus, die Vertreibungsgeschichte lebendig zu halten.

Kritik äußerte er an den Plänen Deutschlands und Polens. Die Mittel für den Härtefallfonds zur Aussiedler- und Spätaussiedlerrente

und die Kulturförderung nach dem Bundesvertriebenenengesetz sollen gekürzt werden.

Polen will die Mittel für den Deutschunterricht für 50.000 Schulkinder der Deutschen Minderheit in seinem Land empfindlich kürzen. Braun erinnerte daran, dass die Brücke von Russland zur Krim in den letzten Tagen gebrannt hat. „Es ist wieder Krieg in Europa“, stellte er fest. Die einstige Hauptstadt Schlesiens, Breslau, habe eine 100-prozentige Vertreibung erfahren. Die dort angesiedelten Polen wurden ebenfalls aus anderen Gebieten vertrieben. Heute lebten 300.000 Flüchtlinge aus der Ukraine in Breslau. Das mache deutlich, wie viel Leid es in dem aktuellen Krieg Russlands gegen die Ukraine gebe. „Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen ist deshalb aktuell wie nie zuvor“, schloss Braun seinen Vortrag.

Der Vorsitzende des BdV-Ortsverbandes Wetzlar Kuno Kutz gab bekannt, dass sich angesichts der geringer werdenden Zahl der Er-

sitzende des VdK-Orts- und Kreisverbandes Wetzlar, Bärbel Keiner, Heike Ahrens-Dietz, Lisa Schäfer und Martin Dietz (alle Solms) begrüßen.

Der Landtagsabgeordnete Frank Steinrath (CDU) erzählte, dass seine Großeltern aus Giersdorf in Niederschlesien geflohen sind. Nachdem der Eiserner Vorhang gefallen ist, seien Angehörige ins heutige Polen gefahren. Dort wurden sie an ihrem ehemaligen Haus von den heutigen Bewohnern willkommen geheißen.

Der FDP-Landtagsabgeordnete Matthias Büger sagte, er habe nicht gedacht, dass man in Europa nochmals Krieg erleben müsse. Als Ursache machte er eine gewisse Blauäugigkeit in den vergangenen Jahren aus. Die Opfererfahrung der deutschen Heimatvertriebenen helfe, den heutigen Flüchtlingen zur Seite zu stehen. Diese Haltung sei wichtig und deshalb auch der „Tag der Heimat“ aktueller denn je. Dies bestärke auch der SPD-Landtagsabgeordnete Stephan Gröger. „Ich bin hier, um ihnen als Verband und ihre Arbeit die Ehre zu erweisen. Brücken bauen ist heute wichtiger denn je“, sagte Gröger.

Der Kreistagsvorsitzende Johannes Volkmann bedauerte, dass ein Viertel der Zivilbevölkerung in der Ukraine auf der Flucht sei. Ihre Rechte würden mit Füßen getreten. „Heimat ist ein Menschenrecht“, so Volkmann. Deshalb müsse man die Menschen in der Ukraine befähigen, ihre Heimat zu verteidigen. Volkmann sagte weiter: Bei mir wachsen Respekt und Anerkennung für die Leistungen der Heimatvertriebenen angesichts des russischen Krieges in der Ukraine.

Bürgermeister Andreas Viertelhaus sagte, dass wieder Krieg in Europa ist und dieser so nahe heranrücke, habe er nicht gedacht. „Ukrainer flüchten zu uns und seit wenigen Tagen auch Menschen aus Russland“, benannte er einige Folgen. Die Stadt richte Wärmeinseln für den Winter ein. Die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges seien Experten der Friedenspolitik und der Verständigung. Die Erfahrungen vor über 70 Jahren seien nun eine Blaupause, wenn die Flüchtlinge kommen. „Wenn jetzt neue Kriege entfacht werden, darf die Empathie nicht verloren gehen“, mahnte Viertelhaus.

Es brauche Erinnerungs- und Kulturarbeit mit den europäischen

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

lebensgeneration die beiden Kreisverbände Gießen und Wetzlar zusammengeschlossen haben.

Trafen sich in der Vergangenheit zum Tag der Heimat noch viele hundert Menschen aus Schlesien, Ost- und Westpreußen, dem Sudetenland, Pommern und Böhmen, so fanden sich in diesem Jahr nur knapp 100 Personen in der Stadthalle ein. Michael Hundertmark, Stellvertretender BdV-Kreisverbandsvorsitzender, begrüßte deshalb besonders herzlich den 17-jährigen Carsten Noah Ludwig als jüngstes Mitglied im Ortsverband.

Unter den Teilnehmern konnte Hundertmark auch den hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand (SPD) sowie die Vor-

Ostpreußisches Landesmuseum

Arno Surminski liest „An der Haltestelle“ oder „Die Freuden des Alters“
Mittwoch, 26. Oktober, 18.30 Uhr
Eintritt: 6,00 Euro



Hannes und Walter haben ihren Lieblingsplatz gefunden. An der Haltestelle im Garten des Seniorenheims Him-

melschlösschen machen die älteren Herren sich einen Spaß daraus, mit einem Bus zu fahren, den es gar nicht gibt. Für die beiden hält dieser Bus gerne auch auf Helgoland und auf Sylt, wo sie in den Dünen Heinz Rühmann sehen und in einer Hafenkneipe Lieder mit Hans Albers singen. An

anderen Tagen fahren sie ins Wankdorfstadion, um noch einmal das Wunder von Bern zu erleben, machen eine Rheintour zur Loreley, besuchen Karl May oder das Oktoberfest. Am Abendstisch warten schon die übrigen Bewohner des Seniorenheims auf die Busgeschichten, bei denen auch viel gesungen wird. Dass sie ausgedacht sind, spielt keine Rolle – wichtig ist die Erinnerung.

Arno Surminski, 1934 in Jäglack/Ostpreußen geboren, wuchs als Flüchtlingskind im schleswig-holsteinischen Trittau auf. Bekannt wurde Surminski mit vielen Erzählungen und Romanen, die sich meist mit dem Schicksal der Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten und ihren Bemühungen, im Nachkriegsdeutschland Fuß zu fassen, auseinandersetzen. Der Schriftsteller lebt in Hamburg.

Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder info@ol-ig.de

Nachbarn sowie den Einsatz für Integration. In seinem Schlusswort wünschte Roland Jankofsky, Stellvertretender BdV-Kreisverbandsvorsitzender, dem Vorsitzenden Manfred Hüber gute Genesung.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Treffen der Gruppe

Braunschweig-Stadt – Wegen Pächterwechsels war ein Treffen von Juni bis August 2022 nicht möglich. Mit Rundschreiben vom 14. September konnten wir unsere Mitglieder davon informieren, dass unsere nächste Versammlung am 28. September zur gleichen Zeit und am gleichen Ort wieder stattfinden kann. Die Beteiligung war zufriedenstellend, obwohl wegen der kurzfristigen Ankündigung einige Mitglieder verhindert waren. Nach der langen Pause gab es viel zu erzählen, deshalb wurde auf ein besonderes Programm verzichtet.

Folgende Versammlungstermine stehen fest:

26. Oktober 2022, um 15 Uhr
23. November 2022, um 15 Uhr
7. Dezember 2022, um 12 Uhr mit Mittagessen und Adventsfeier.

Wir bitten um Vormerkung und um rege Beteiligung.

Fritz Folger



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Treffen im September

Bad Oldesloe/Tremsbüttel – Bei dem Treffen im September kam

das Gespräch auf die Mennoniten. So wurde „Menno Simons und seine Mennoniten“ im Oktober das Thema unseres Treffens. Ihr Gründer war Menno Simons, geboren 1496 in Witmarsum in den Niederlanden, verstorben am 31.01.1561 in Wüstenfelde bei Fresenburg/Oldesloe.

Er war Theologe und wurde auch zum Priester geweiht. Seine Religionsgemeinschaft, aus Täufergruppen entstanden, war eine Bewegung gegen die katholische Kirche, und zwar mit folgenden Grundsätzen: Ablehnung der Kindtaufe und Einführung der Glaubensstaufe, Trennung von Staat und Kirche, Ablehnung von Gewalt, Wehrdienst und Eidesleistung, Ehescheidung. Die Gemeinschaft wird von Glaubensbrüdern geführt, nicht von studierten Theologen.

Menno Simons und seine Getreuen wurden überall verfolgt, sie waren ständig auf der Flucht, viele wanderten aus. So wurde Menno Simons mit seiner Familie und einigen Getreuen vom Gutsherrn des Gutes Fresenburg bei Oldesloe aufgenommen. In dem Bereich wurden fünf Mennonitendörfer gegründet, die im Dreißigjährigen Krieg untergingen. In der heute noch vorhandenen Mennokate befand sich die Druckerei für seine Schriften.

Mennoniten wurden aus den Niederlanden in unsere Heimat geholt als kundige Wasserbauer. Die angesiedelten Familien schufen stattliche Dörfer, besonders im späteren Bereich Tiegenhof/Neuteich, auch weiter in der Weichselniederung.

Auf unserer Amerika-Reise 1985 besuchten wir ein Mennonitendorf in Pennsylvania. Dort sind es die Amischen. Sie pflegten dort ihre Religion, ihre Sitten und Bräuche. Da sie die technischen Errungenschaften wie elektrischen Strom, Kühl- und Gefrierschränke ablehnten, hatten sie Schwierigkeiten, ihre Lebensmittel, wie Milch und Milchprodukte frisch zu halten und zu verkaufen. Heute sollen noch 800.000 Mitglieder weltweit in der 1925 gegründeten Weltkonferenz leben, rund 12.000 Mitglieder davon in Deutschland.

Menno Simons wurde in Wüstenfelde in seinem Krautgärtlein begraben. Ein Gedenkstein, der lange in der Feldmark stand, befindet sich jetzt in der Nähe der Mennokate. In der Mennokate be-

findet sich ein Museum, das nach Anmeldung besucht werden kann. Vor über 50 Jahren gründeten die Mennoniten hier ein Seniorenheim für ihre Mitglieder. Es wurden auch Angehörige der christlichen Kirchen aufgenommen. Das Heim besteht weiter unter der Trägerschaft einer kirchlichen Organisation. *Gisela Brauer*



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Heimatbote

Der Heimatbote der Kreisgemeinschaft sollte jetzt alle Mitglieder, wenn auch mit Verspätung, erreicht haben. Über 4000 Exemplare wurden weltweit versendet. Um auch im Jahr 2023 einen informativen und interessanten Heimatboten erstellen zu können, bittet der Schriftleiter Arndt Bialobrzeski um das Zusenden Ihrer Beiträge. Bitte senden Sie die Zuschriften an heimatbote@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de oder per Post an: Arndt Bialobrzeski, Bonner Talweg 235 in 53129 Bonn.

PAZ wirkt!

Wirken Sie mit an der Stiftung.

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE56 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBRDE33



Hoher Besuch in Wetzlar: Der ehemalige Kanzleramtsminister und heutige Bundestagsabgeordnete Helge Braun (2. v.r.) besuchte die Kreisgruppe anlässlich des Tags der Heimat

Foto: privat

ODER

Ein Fluss im Strom der Zeit

Kristina Jaath hat einen Reiseführer veröffentlicht, der mehr ist – Umfangreiches Wissen über eine faszinierende Landschaft

VON KARLHEINZ LAU

Die Reiseschriftstellerin Kristina Jaath, Jahrgang 1962, Germanistin in Berlin, stellt in ihrem Buch „Oder. Von der Neißemündung bis zur Ostsee“ den heutigen Grenzfluss zur Republik Polen vor. Bis 1945 war die Oder in ihrer ganzen Länge einer der drei großen Ströme in Deutschland, die in Nord- und Ostsee münden: Rhein, Weser und eben die Oder.

In einem umfangreichen Beitrag werden zu Beginn des Buches Landschaft und Natur von der Quelle bis zur Mündung sowie die „Oder im Strom der Zeit“ beschrieben, wobei Hinweise auf wichtige Sehenswürdigkeiten wie das Schiffshebewerk Niederfinow oder der Nationalpark Unteres Odertal und auf polnischer Seite die Frankfurter Schwesterstadt Slubice oder Stettin nicht fehlen. Wo notwendig, werden die polnischen Bezeichnungen oder Namen angeführt.

Sehenswürdigkeiten beidseits der Grenze

Der gesamte Verlauf des deutsch-polnischen Grenzflusses wird in einzelnen Abschnitten behandelt, die jeweils nicht nur für Touristen und Bewohner auf beiden Seiten sehenswerte Orte und Landschaften zeigen. Im Kapitel „Zwischen der Neißemündung und Frankfurt/Oder“ werden unter anderem Kloster Neuzelle, Eisenhüttenstadt oder Frankfurt-Slubice vorgestellt. Der Abschnitt von „Lebus nach Küstrin“ zeigt das südliche Oderbruch mit Seelow oder Gollzow sowie die wechselvolle Geschichte von Stadt und Festung Küstrin.

So wandert man weiter durch das Untere Odertal über Schwedt mit der Erdölraffinerie, dem Zehdener Landschaftspark auf polnischer Seite bis vor die Tore Stettins. Der Großraum Stettin bietet eine Fülle an Sehenswürdigkeiten, reizvollen Landschaften und einer wechselvollen



Wunderschöne Städte und Naturlandschaften: Die Oder fließt durch Breslau

Foto: pa

Geschichte. Usedom, Wollin, Stettiner Haff, Swinemünde sind Namen, die Menschen anziehen.

Der Autorin muss man bestätigen, dass sie gründlich und genau recherchiert hat, die wichtigste Literatur – unter anderem Theodor Fontane, Uwe Rada oder Jörg Lüderitz – wurde eingesetzt. Leider fehlt der in der Region bekannte polnische Heimatforscher Zbigniew Czarnuch aus Tamsel.

Reichlich passendes Bildmaterial, 300 Farbfotos, wurde zugeordnet und jedes Hauptkapitel mit einer Übersichtskarte eingeleitet. Karten über den gesamten Raum befinden sich in den Innendeckeln des Buches. Hinzu kommen wichtige Tipps für Besucher: Verkehrsverbindungen, Hotels und Pensionen, Freizeitangebote wie Museen, Theater, Freizeitparks, Restaurants, Gaststätten und grenzüberschreitende Veranstaltungen.

Durchaus populär für Sportler ist der Oder-Neiße-Radweg. Gerade für Frankfurt muss die deutsch-polnische Europauniversität VIADRINA genannt werden. Hilfreich ist der im Anhang angebotene deutsch-polnische und polnisch-deutsche Sprachführer. Seit die Oder Grenzfluss zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen ist, müssen Anwohner und Besucher sich klarmachen, dass nur ein gutes und friedliches Verhältnis zwischen

beiden Ländern Voraussetzung für Wanderungen, touristische Unternehmen und schließlich gutes nachbarschaftliches Zusammenleben ist. Das bedeutet aber auch, dass beide Länder gemeinsame und auch unterschiedliche Interessen haben.

Die verheerenden Oderfluten 1997 und 2010 zeigten bei der Bekämpfung die Solidarität der drei Anrainer Polen, Tschechien und Deutschland. Das inzwischen in den Griff bekommenen Fischsterben im Sommer 2022 – es konnte nicht mehr redaktionell bearbeitet werden – zeigte unterschiedliche Angaben über die Verantwortlichen. Es gab zum Teil herbe Vorwürfe aus Polen – Angriff auf die polnische Landwirtschaft und andere antideutsche Klischees –, die selbst bekannte polnische Journalisten wie Adam Krzeminski zurückwies.

Probleme wurden nicht verschwiegen

Nach wie vor aktuell ist der Dissens um den Ausbau der Oder; Polen strebt eine Wasserstraße für seetüchtige Frachtschiffe an, deutsche und polnische Naturschutzverbände fürchten um den Verlust des Naturraumes Unteres Odertal.

Es ist hoch anzuerkennen, dass die Autorin diese Problematik auf der Grundlage sachlicher Informationen anspricht. Diese Sachlichkeit, verbunden mit dem Engagement der Autorin für das Thema, kennzeichnet den Reiseführer, der durchaus den Charakter einer Landeskunde und damit eines Standardwerkes über das Odertal hat und so eine wichtige Lücke in der bestehenden Reiseliteratur schließt.



Kristina Jaath: „Oder. Von der Neißemündung bis zur Ostsee“, Trescher Verlag Berlin 2022, Taschenbuch, 422 Seiten, 18,95 Euro

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Hedwig muss das Wort „Aussiedlung“ schlucken

Nach elf Jahren hat die Deutsche Minderheit ihre versprochene wissenschaftliche Einrichtung erhalten

Was lange währt, wird endlich gut – das passt auch zum „Dokumentations- und Ausstellungszentrum der Deutschen in Polen“ (DAZ) in Oppeln. Seit 2011 stand das Anliegen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen auf der Agenda.

Nach elf Jahren Hin und Her wird nun auch von polnischer Seite eine Einrichtung mitgetragen, die die Geschichte der Deutschen auf dem Gebiet der heutigen Republik Polen dokumentieren soll. „Die ursprüngliche Idee war, dass in den Regionen mit einer starken deutschen Minderheit die Regionalmuseen um die Geschichte der Deutschen erweitert werden sollten. Aber nur die Woiwodschaft Oppeln mit ihrer regionalen Regierungsbeteiligung mit der deutschen Deutschen Minderheit hatte sich bereit erklärt, die Maßnahme zu verwirklichen“, sagt Veronika Wiese, Leiterin des DAZ.

Die landesweite neue Einrichtung ist dennoch nur eine Filiale der Woiwodschaftsbibliothek Oppeln geworden. „Die Zuwendungen für die Sanierungsarbeiten des Standortes sowie für die Dauerausstellung kommen aus deutschen Mitteln. Die Arbeit der Einrichtung wird von der Woiwodschaft Oppeln finanziert, aus Geldern

für Kulturarbeit“, so die Mittdreißigerin aus Gleiwitz, die selbst der deutschen Volksgruppe angehört.

Die Ausstellung beginnt mit der Geschichte der Heiligen Hedwig von Schlesien und der Zeit der Ostkolonisation. In die neue Zeit führt Johannes Gutenberg und seine Erfindung des Buchdrucks. In diesem Raum riecht es angenehm nach frischem Holz, zum Beispiel durch die nachgebaute Gutenberg'sche Bibelpresse und einen Holzschaukasten mit beschrifteten Plättchen, die man wenden kann. Auf einer Seite lesen wir beispielsweise das Wort „Ring“ und rückseitig die polnische Entsprechung: rynek.

Diese Idee stammte von Dawid Smolorz: „Es gibt etwa 3000 Worte, die aus dem Deutschen in die polnische Sprache aufgenommen wurden“, sagt der Germanist und Autor. Viele solcher Worte wurden akustisch und graphisch polonisiert und kaum jemand wisse heute, dass burmistrz von Bürgermeister oder warsztat von Werkstatt abgeleitet wurde. Smolorz' Steckenpferd ist das Thema der Grenzen in Oberschlesien nach dem Volksentscheid und den polnischen Aufständen. Sein Anliegen war, die Besonderheit dieser Grenze zu zeigen, „den Umstand, dass sie völlig



Austausch vor Ort: Veronika Wiese, Dawid Smolorz (l.) und Dekan Marek Dziony

künstlich gezogen wurde und auf beiden Seiten der Grenze deutsch- und slawischsprachige Menschen lebten. Kurios war, dass sie teilweise ein dicht bebautes Gebiet zerschnitt, ohne die sprachliche und kulturelle Situation widerzuspiegeln.

Smolorz weist auf einen Vorkriegsschreibtisch mit einem schwarzem Bakelitefon. Wenn man den Hörer abnimmt, spricht ein Lektor einen Text über Eduard Pant (1887–1938), den führenden Politiker

der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen und Vorsitzenden der Deutschen Katholischen Volkspartei in der Zwischenkriegszeit. Einen großen Teil der Ausstellung nimmt die Zeit des Nationalsozialismus und der deutschen Besetzung Polens ein. „Die Verbrechen an polnischen Staatsbürgern, Konzentrationslager und Holocaust – das ist ein tragischer Teil der Geschichte und es war uns klar, wir „müssen“ dies hier auch zeigen“, so Wiese.

Gänsehaut erzeugt eine Wand, auf der Schatten von Flüchtlingen vorbeiziehen. Daneben steht ein Bollerwagen: „Ein authentischer Fluchtwagen, mit dem die Familie Baron aus Gleiwitz 1945 geflüchtet war“, so die Leiterin, die betont, welches Dilemma die Macher bei der Wahl der Begriffe bei der Erzählung der Nachkriegsgeschichte hatten: „Wir feilten stundenlang an jedem Satz, wie es später ausgelegt werden könnte“, erinnert sie sich. „Besonders schwer war es beim Begriff Vertreibung oder Aussiedlung. Schließlich wurden wir uns einig: wir sprechen von wilder Vertreibung vor dem Potsdamer Vertrag und danach von Aussiedlungen“, sagt sie.

Wiese führt nun zum letzten Teil der Ausstellung: „Hier erzählen wir in thematischen Inseln die Geschichte der deutschen Minderheit nach der Wende und beginnen mit der Parole: Die Deutschen müssen weg! Wir zeigen die Entdeutschungspolitik nach dem Krieg, später die Gründung der ersten Organisationen der Minderheit“, sagt sie. Mit der Versöhnungsmesse 1989 in Kreisau in Anwesenheit von Kohl und Mazowiecki schließt die Ausstellung, womit die Heilige Hedwig als Klammer bis in die Neuzeit dient

Chris W. Wagner

BERÜHMTE NAMEN

Persönlichkeiten im Kurpark von Misdroy

Friedrich III., Frédéric Chopin und Erich von Zedtwitz – Denkmäler im historischen Kurpark

VON ERWIN ROSENTHAL

Das Bild des wunderschönen Kurparks von Misdroy bestimmen Eichen, Platanen und Lebensbäume, gepflegte Wege und Blumenrabatten sowie zum Verweilen einladende Bänke. Durch den Park führt für viele Gäste und Einwohner der Weg vom Ort zur Promenade und zum Strand.

Zwei Denkmäler erinnern im Park an bekannte Persönlichkeiten. In seinem Zentrum prangt auf einem Sockel die Büste des berühmten polnischen Komponisten, Pianisten und Klavierpädagogen Fryderyk Franciszek Chopin. Er war einer der führenden Musiker seiner Zeit und ist der Namensgeber für den Park.

Weniger bekannt dürfte dagegen der deutsche Kunstmaler Erich von Zedtwitz sein, für den ein Gedenkstein am Rande des Parks aufgestellt wurde. In Böhmen geboren, zog er 1926 nach Misdroy, wo er vielfältige Motive für sein künstlerisches Schaffen fand. Er musste nach dem Zweiten Weltkrieg Misdroy nicht verlassen.

Die Inschrift auf der Tafel lautet: „Eryk von Zedtwitz, 18.06.1887 – 05.03.1965. Zur Ehrung der Verdienste des Künstlers, der



Einst Privatbesitz und Domizil hoher Gäste, dann Kur- und Gesellschaftshaus mit wunderbar umgestaltetem Kurpark, heute „Haus der Kultur“: Der Kurpark in Misdroy [Międzyzdroje] mit dem früheren Lejeunsschen Schloss
Fotos (2): Rosenthal



An der Frontseite (links) prangt die polnische Tafel: Der Gedenkstein für Erich von Zedtwitz, die Tafel in deutscher Sprache ist an der Seite angebracht

in seinem Lebenswerk Kunstbilder der Naturgewalt des Meeres schaffte. Im Jahre 2010 verlieh ihm der Stadtrat von Misdroy die Ehrung mit dem Titel ‚Ehrenbürger für Misdroy‘. Im Atelier und in seinem Herzen hat das Misdroyer Meer seinen Platz gefunden.“

Bekanntlich durften nach dem Krieg in den unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Ostgebieten nur die „Autochthonen“, also die Eingeborenen oder Alteingesessenen wohnen bleiben. Paradoxerweise wurden als Autochthonen

nur jene Deutschen anerkannt, die eine polnische oder eine slawische Herkunft nachweisen konnten.

Friedrich III. fand keinen Platz mehr

Die im Jahre 1946 für Swinemünde und die Insel Wollin berufene Kommission zur Prüfung der Anträge auf Einbürgerung ließ jedoch Ausnahmen zu. Deutsche, die man brauchte, etwa Ärzte, Krankenschwestern, Hebammen, Fischer und Facharbeiter der Swinemünder Fischereiwirtschaft, erhielten unbürokratisch die polni-

sche Staatsangehörigkeit. Auch bei Zedtwitz verlief die Prozedur problemlos ab. Als Mitglied des Verbandes der Polnischen Bildenden Künstler (ZPAP) wurde er mit seinem neuen polnischen Namen Eryk Cetwic einer der bekanntesten Marinemaler im Kreis Stettin. Beerdigt wurde er auf dem Friedhof von Misdroy.

Bis zum Jahr 1945 befand sich im Kurpark ein drittes Denkmal: Eine vom Bildhauer Felix Georg Pfeifer aus Leipzig gestaltete Büste des Kaisers Friedrich. Sie war 1903 aufgestellt worden. Friedrich III.

hatte zu Pommern und vor allem zu Misdroy eine besondere Beziehung. Als preußischer Kronprinz und Statthalter von Pommern hatte er im Lejeunsschen Schloss im Jahre 1867 mit seiner Familie einen mehrwöchigen Urlaub verlebt.

Und der Kronprinz Friedrich Wilhelm zeigte sich entgegenkommend: Durch seine Fürsprache entstand zwei Kilometer südlich von Misdroy am Kleinen Vietziger See der Binnenhafen Laatziger Ablage, an dessen Kai im Jahre 1869 erstmals der Dampfer „Dievenow“ festmachte. Die Erreichbarkeit Misdroys hatte sich auf diese Weise erheblich verbessert. Die dankbaren Misdroyer gaben später ihrer Seebrücke den Namen Kaiser-Friedrich-Brücke.

Das Schloss war eine Villa

Das „Schloss“, eine Villa im italienischen Stil, hatte im Jahr 1857 der Berliner Arnold Lejeune, ein geborener Belgier, errichtet. 1887 erwarb die Gemeinde Misdroy das Gebäude für die stolze Summe von 140.000 Mark und nutzte es fortin als Kurhaus. Im Erdgeschoss des neu geschaffenen Anbaus befanden sich zwei Säle, von denen der eine als Speisesaal, der andere als Konzert-, Tanz- und Gesellschaftssaal genutzt wurde. Weiterhin gab es unter anderem ein Musikzimmer, einen Damensalon sowie ein Lesezimmer. Die Hotelzimmer befanden sich im ersten Stock. Das sieben Morgen große Grundstück wurde zu einem wunderschönen Kurpark umgestaltet.

Heute dient das frühere Kurhaus als Haus der Kultur. Der attraktive Saal des Hauses mit seinen 350 Sitzplätzen ist Veranstaltungsort für Film-, Musik- und Theaterfestivals, Bälle, Konferenzen und Ausstellungen. Im Erdgeschoss des Anbaus, der im Jahre 2009 ein drittes Stockwerk erhielt, betreibt die Gesellschaft „Heureka“ ein Wachsfigurenkabinett.

KRIEGSGERÄT

Vor 80 Jahren begann hier das Raketenzeitalter

Das größte technische Denkmal in Mecklenburg-Vorpommern befindet sich in Peenemünde

Zwischen 1936 und 1945 war die Heeresversuchsanstalt in Peenemünde in Vorpommern eines der führenden Technologiezentren weltweit. Hier wurde unter der Leitung von Wernher von Braun an der Entwicklung der Raketentechnologie gearbeitet. Nach mehreren Fehlversuchen gelang am 3. Oktober 1942 in Peenemünde der erste erfolgreiche Probeflug einer Rakete ins All. Das war vor 80 Jahren. Damit begann das Raketenzeitalter, das bis heute anhält und für stetig wachsende Möglichkeiten zur Erforschung des Weltalls sorgt.

Doch zunächst sollte diese Hochtechnologie der deutschen Wehrmacht und später den USA sowie der UdSSR eine militärische Überlegenheit sichern. Die teilweise erhaltenen Anlagen in Peenemünde mit dem ehemaligen Kraftwerk werden jetzt als museale Bildungs- und Kulturstätte mit zahlreichen Sonderausstellungen genutzt und gelten als das „größte technische Denkmal in Mecklenburg-Vorpommern“, das Besucherströme aus aller Welt anzieht.

Peenemünde liegt am Übergang des Peenestroms in die Ostsee im Nordteil der Insel Usedom in Vorpommern, wurde 1282 erstmals in einer Urkunde des Pommerherzogs Bogislaw IV. als Schenkung an die Stadt Wolgast erwähnt und gehörte nach längerer schwedischer Inbesitznahme ab 1720 zu Preußen. Die deutsche

Wehrmacht erwarb 1936 den Nordteil von Usedom mit Peenemünde, verlagerte die einheimische Bevölkerung und errichtete hier eine Heeresversuchsanstalt.

Die Palette der Bauten, die weitgehend von KZ-Insassen errichtet wurden, reichte vom Bahnhof mit Verladerrampe und Funktionsgebäuden über Bunkeranlagen sowie Luftschutzbauten bis zum gewaltigen Kraftwerk und zu Einrichtungen zur Herstellung des Raketentreibstoffs. Als Forschungschef für die Raketenentwicklung fungierte in der „geheimen Stadt“ mit 15.000 Mitarbeitern Wernher von Braun, der seit Fritz Langs Film „Frau im Mond“, diversen utopischen Romanen über die Eroberung des Weltraums und eigenen diesbezüglichen Studien von einer deutschen Fernrakete träumte.

Dazu gesellten sich andere hochqualifizierte Ingenieure für die verschiedenen Entwicklungsbereiche. Sie bildeten eine sprichwörtliche „Wissenschaftskolonie“, die allerdings im wachsenden Maße unter Erfolgsdruck geriet.

Nach einigen Fehlversuchen der ersten Raketentests wuchs der Druck auf die Raketenforscher um Wernher von Braun in Peenemünde. Am 3. Oktober 1942 gelang dann endlich der erste erfolgreiche Raketenstart ins All. Das Aggregat 4, das als Vergeltungswaffe 2 (V2) Bekanntheit erlangte, schaffte mit 25 Tonnen Schub

und einem Gewicht von 14 Tonnen die fünffache Schallgeschwindigkeit, rund 90 Kilometer Höhe und etwa 300 Kilometer Weite. Dieser spektakuläre technische Durchbruch hatte eine Serienproduktion zur Folge und bald erste Raketenangriffe auf England.

Die Nationalsozialisten deklarierten die Rakete als Wunderwaffe und hofften damit auf eine Wende im für sie immer ungünstigeren Kriegsverlauf. Doch dann bombardierten die Alliierten Peenemünde. Der Raketenbau wurde deshalb in den

Harz bei Nordhausen in unterirdische Fertigungsräume verlagert, wo KZ-Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen ihren Blutzoll zum Gelingen der Raketenräume leisten mussten. Aus heutiger Sicht kamen bei der „Wunderwaffen“-Entwicklung und -produktion etwa 15.000 Häftlinge ums Leben, ein Umstand, von dem später von Braun und seine Ingenieure nichts gewusst haben wollten.

Am Ende des Krieges stellte sich der V-Waffenentwickler in Bayern mit einigen seiner Mitarbeiter und einer Fülle von

Konstruktionsunterlagen den Amerikanern, um in den USA eine neue Karriere zu beginnen, die bis zur Mondlandung 1969 reichte. Damit erfüllte sich von Braun seinen Jugendtraum. Die vom Krieg verschonten Teile von Peenemünde wurden später nach sowjetischer Nutzung ein NVA-Standort, blieben weiter geheim und nahmen nach der Wende eine museale Entwicklung.

Die 25 Hektar des Gebietes der früheren Heeresversuchsanstalt wurden schrittweise, bis hin zur Erschließung des Kraftwerkes, erforscht und mündeten ein in die Einrichtung eines Historisch-Technischen Museums. Das entwickelte sich zu einem schwierigen Prozess, denn es galt, fortschrittliche Pionierleistungen im technischen Bereich mit dem damit verbundenen Vernichtungswillen der Nationalsozialisten und den KZ-Opfern in ein angemessenes Verhältnis zu setzen.

Das ist offenbar gelungen. 2013 erhielt das Historisch-Technische Museum in Peenemünde den „Europa Nostra Award“. Das ist die höchste europäische Denkmal-Auszeichnung. *Martin Stolzenau*



Hier finden auch Konzerte und weitere Veranstaltungen statt: Im ehemaligen Kraftwerk ist das interessante Technische Museum Peenemünde untergebracht

● Historisch-Technisches Museum Peenemünde, Im Kraftwerk, 17449 Peenemünde. Geöffnet: April bis September 10 bis 18 Uhr, Oktober bis März 10 bis 16 Uhr www.peenemuende.de

„Duckmäuser lassen sich allemal leichter regieren“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Die PAZ überzeugt uns mit ihren aktuellen zeitkritischen Artikeln. Insbesondere die historischen Beiträge sind exzellent!“

Reinhard Kruhl, Ladbergen



Ausgabe Nr. 41

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

NICHT MEHR ZU HELFEN ZU: RÜCKBESINNUNG AUF DAS BARGELD (NR. 41)

Der auf Österreich gemünzte Artikel über Bargeldzahlung hat eine Berechtigung auch für Deutschland: So sehr es auch in Ordnung ist, wenn die Abwicklung von Großbeträgen für Immobilien oder teure Autos aus Gründen der Vermeidung von Geldwäsche verboten sein sollte, so wenig ist es der Normalfall.

Zur Diskussion über die Abschaffung des Bargeldes gehört auch die von Lobbyisten inszenierte Kampagne. Es ist leider nur zu naheliegend, dass die Profiteure der Abschaffung des Bargeldes auch die sind, die die Kampagne pushen (womit aber keineswegs jemandem konkret eine Urheberschaft zugeordnet werden soll).

Zu den Nutznießern einer Abschaffung gehören unser sogenannter Sozialstaat, weil Barvermögen dann nicht mehr vor seinem Zugriff versteckt werden kann, Geldinstitute, die sich damit für die Höhe von Gebühren und Zinsen Gestaltungsflexibilität verschaffen, Handelsunternehmen, deren Kunden die Übersicht über ihre finanzielle Situation verlieren und mehr Geld ausgeben als ihrem Kontostand guttut, sowie Ganoven, die ohne Überfälle oder Einbrüche – und somit risikoloser – an das Geld anderer Leute kommen können.

Und ganz nebenbei ermöglichen Analysen von Kartenzahlungen umfassende Charakterstudien der Bürger. Darin ähneln wir dann den Chinesen, die zugunsten eines ihnen aufgeschwätzten höheren Sicherheitsgefühls ihre Totalüberwachung hinnehmen.

Wir sollten den Lobbyisten die Abschaffung des Bargeldes nicht zu leicht machen, weil deren und die der Normalbürger Nutzungsinteressen – Bequemlichkeitsvorteile hin oder her – konträrer nicht sein können.

Übrigens: Wer nach dem Lesen von Brett Scotts Buch „Cloudmoney. Cash, Karte oder Krypto“ mit dem Untertitel „Warum die Abschaffung des Bargeldes unsere Freiheit gefährdet“ immer noch

glaubt, Bargeld für entbehrlich zu halten, dem ist nicht mehr zu helfen.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

ZUM DUCKMÄUSER DEGRADIERT ZU: DER VERFASSUNGSSCHUTZ RÜCKT AUF IMMER DÜNNERES EIS VOR (PAZ NR. 40)

Der Artikel hat uns dankenswerterweise bewusst gemacht, dass der Verfassungsschutz längst zum Machtinstrument der Politik mutiert ist, genauer gesagt: zum Instrument der jeweils machthabenden Politiker. Man muss es ihm lassen: Mit Akribie und Phantasie erschließt sich der Verfassungsschutz neue „Phänomenbereiche“ zum Beobachten, Verdächtigen und damit auch zum Einschüchtern derer, die es wagen, anderer Meinung zu sein als die Obrigkeit und die ihr verbundenen Medien. Der selbstbewusste, kritische und eigenständig denkende Staatsbürger soll zum Duckmäuser degradiert werden. Duckmäuser lassen sich allemal leichter regieren. Edelbert Breu, Sulzbach-Rosenberg

AN DEN PRANGER GESTELLT ZU: DER VERFASSUNGSSCHUTZ RÜCKT AUF IMMER DÜNNERES EIS VOR (NR. 40)

Der Name Verfassungsschutz ist meiner Ansicht nach falsch. Die Verfassung wird vom Bundesverfassungsgericht geschützt. Da braucht es nicht noch zusätzlich eine Schutzbehörde. Wenn man dem Verfassungsschutz wohlwollend gegenübersteht, könnte man der Meinung sein, der Name für diese Behörde wäre besser Demokratieschutz. Ich stehe dieser Behörde aber nicht wohlwollend gegenüber, da sie sich richterliche Befugnisse anmaßt.

Wer im Verfassungsschutzbericht genannt ist, steht praktisch am Pranger und hat berufliche und gesellschaftliche Nachteile zu erleiden, besonders wenn er oder sie Beamter ist. Wenn ich den Namen Verfassungsschutz höre, wird mir übel.

Gerhard Wagner, Ratingen

VON ALTEN SÜNDEN EINGEHOLT ZU: DEUTSCHLAND STEHT AM BEGINN EINER HISTORISCHEN REZESSION (NR. 39)

Mit dem Sommer geht auch die gute Laune der Bundesbürger. Und mit den Temperaturen sinkt auch die Zuversicht der Bürger, dass die Energiekrise im kommenden Winter einigermaßen schadlos überstanden werden kann.

Die Unternehmen schlagen Alarm. Viele wissen nicht, ob sie in einem Jahr noch existieren. Wir stehen vor der schlimmsten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg und niemand kann derzeit vorhersagen, ob die Demokratie sie überleben wird. Schwere gesellschaftliche Verwerfungen sind vorprogrammiert.

Die Bundesregierung hat ihre Mehrheit aktuellen Umfragen zufolge bereits verloren. Das Vertrauen der Bürger, dass diese Bundesregierung die Krise in den Griff bekommt, sinkt. Ein irrlichernder Wirtschaftsminister Robert Habeck, Philosoph und Kinderbuchautor, stiftet mit seinen teilweise hanebüchernen Maßnahmen wie dem Rohrkrepierer Gasumlage mehr Unsicherheit als Zuversicht.

Habeck sollte die Konsequenzen ziehen und von seinem Amt zurücktreten. Der Rückhalt in seiner eigenen Partei, aber auch in der Koalition und bei der Bevölkerung, schwindet zusehends. Seine Intimfeindin Annalena Baerbock hält es nicht für nötig, ihm öffentlich beizustehen. Habeck ist zum perfekten Angriffsziel für die Oppositionsparteien geworden. Sein politischer Stern ist verblasst.

Objektiv betrachtet ist Habeck für sein politisches Amt nicht ausreichend qualifiziert. Aber dieser Umstand ist, im Gegensatz zu früheren Zeiten, ein grundsätzliches Problem in der heutigen Spitzenpolitik. Trotz alledem sollte man nicht außer Acht lassen, dass diese Krise nicht vom Himmel gefallen ist und die Wurzeln in den vorhergehenden Legislaturperioden gelegt worden sind.

Die wirtschaftspolitischen Sünden der Vergangenheit holen uns nun mit voller Wucht ein. Alfred Kastner, Weiden

WEG AUS DER DUNKELFLAUTE ZUM WOCHENRÜCKBLICK: NICHTS ZU BEFÜRCHTEN (NR. 37)

Es ist schon wahr, dass die „Erneuerbaren“ sich versechzehnfachen müssten, um den Gesamt-Primärenergiebedarf zu decken. Zur Verspargelung Deutschlands kommt es dennoch nicht, wenigstens nicht in dem Maße wie es der Artikel ausmalt. Zirka 50 Prozent beträgt der Windkraftanteil an den „Erneuerbaren“. Das würde den Abstand der Rotoren gemäß der Berechnung verdoppeln.

Atomkraft ist kein Freund der Windkraft, wohl aber der Photovoltaik, die auf jedem Dach oder in der Wüste Energie erzeugen kann. Wasserstoff zu erzeugen ist auch keine schlechte Idee. Die neuen billigen und sicheren Batterien, die im Kommen sind, werden die Dunkelflaute überwinden. Albert Kutschelis, Unna

AMPELIGE WEITER-SO-POLITIK ZU: BERLIN RINGT MIT DEN FOLGEN SEINER EIGENEN POLITIK (NR. 34)

Wer bestimmt denn überhaupt noch hier im Lande die Richtlinien der deutschen Politik? Geht es nach dem Grundgesetz Artikel 65 zur Richtlinienkompetenz, dann bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.

Aber was ist nun, wenn sich der Bundeskanzler immer öfters an rein gar nichts mehr erinnert, also auch daran nicht, dass es ein Grundgesetz gibt, geschweige denn, dass dieses eine Arbeitsplatzbeschreibung für seinen Arbeitsplatz enthält? Gut, notfalls könnte auch die Bundesregierung, vielleicht sogar ganz ohne diesen Bundeskanzler ohne Erinnerung, eine Entscheidung treffen, aber bei solchen Akteuren, die momentan in dieser ampeligen Bundesregierung sitzen, hätte ich da so meine gravierenden Zweifel. Was sollte da wohl anderes als ein „Weiter so“ wie bisher im Dauermarkts herauskommen? Klaus P. Jaworek, Büchenbach

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Die Insider-Geschichte des Laptops, der das schmutzigste Geheimnis des US-Präsidenten enthüllt

■ Als der drogensüchtige Hunter Biden im Frühjahr 2019, nur 6 Tage vor der Bekanntgabe der Präsidentschaftskandidatur seines Vaters, seinen mit Wasser vollgesogenen Computer in einer Mac-Reparaturwerkstatt in Delaware zurückließ, wurde dieser zur tickenden Zeitbombe im Schatten von Joe Bidens Kampagne.

Die schmutzigen Geheimnisse auf Hunters Laptop hätten beinahe die Präsidentschaftskampagne seines Vaters zum Scheitern gebracht und haben einen der größten Propagandafeldzüge in der amerikanischen Geschichte ausgelöst.

Dies ist die ungeschminkte Wahrheit darüber, was sich wirklich auf dem Laptop befindet und was China über die Bidens weiß – geschrieben von der Journalistin der New York Post, die alles ans Licht brachte.

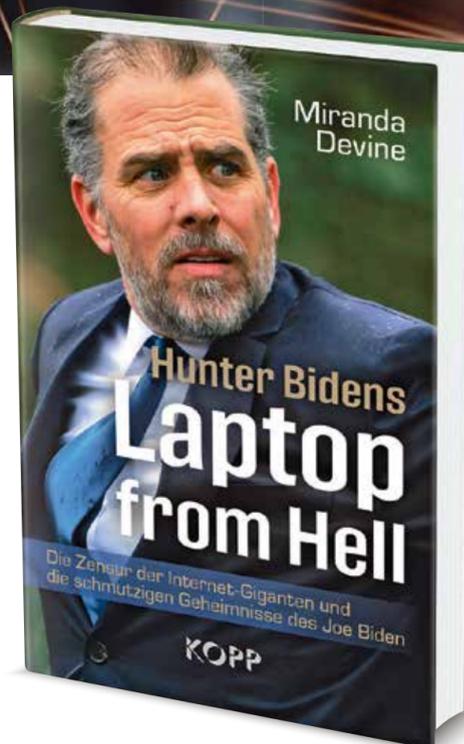
Sie enthüllt die koordinierte Zensurkampagne der Internet-Giganten, des Medien-Establishments und ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter, welche zum Ziel hatte, die Berichterstattung über den »Laptop aus der Hölle« zu unterdrücken. Eine abschreckende und unverholene Demonstration politischer Macht 3 Wochen vor den Wahlen 2020.

Der Laptop ist eine wahre Fundgrube an Unternehmensdokumenten, E-Mails, Textnachrichten, Fotos

und Sprachaufnahmen aus einem ganzen Jahrzehnt. Er liefert den Beweis dafür, dass Präsident Joe Biden trotz seiner wiederholten Dementis in die dubiosen Geschäfte seines Sohnes in China, der Ukraine und darüber hinaus verwickelt war.

Dieser intime Einblick in Hunters ausschweifenden Lebensstil zeigt, dass er nicht in der Lage gewesen wäre, einen Job zu behalten, ganz zu schweigen davon, zig Millionen Dollar für seine Tätigkeit von ausländischen Interessengruppen zu bekommen, wenn er nicht etwas Wertvolles zu bieten gehabt hätte – was er natürlich hatte. Er war der Sohn des Vizepräsidenten, der später einmal der »Führer der freien Welt« werden sollte.

Lesen Sie hier die unglaubliche Geschichte von Korruption, Skandalen und Vertuschung an höchster Stelle der USA. Dies ist das Buch, das möglicherweise eine US-Regierung zu Fall bringen wird.



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Miranda Devine: Hunter Bidens Laptop from Hell • gebunden • 280 Seiten • Best.-Nr. 986 300 • 22,99 €

PLASTIKMÜLL

Die tierischen Entsorgungshelfer

Wie die Natur uns bei der „Retting der Welt“ auf die Sprünge hilft – Raupen, die Styropor fressen, und Bakterien, die Plastik vernichten

VON STEPHANIE SIECKMANN

Tag für Tag sind weltweit Forscher damit beschäftigt herauszufinden, wie die großen Probleme der heutigen Zeit in den Griff zu bekommen sind. Dazu gehören unter anderem Vermüllung der Meere, globale Erderwärmung, steigende CO₂-Emissionen und zunehmende UV-Strahlung. Studien und Forschung liefern dabei immer wieder überraschende Ergebnisse: Für so manches Problem bieten die Natur und Tiere Lösungsansätze an.

Wenn es um die Vermeidung und Reduzierung von Plastikmüll geht, ist weniger mehr. Ein ambitioniertes britisches Unternehmen hat errechnet, dass durch den Einsatz seines Mehrwegkonzepts für Körperpflegeprodukte, das vollständig auf Kunststoff verzichtet, jährlich rund 61 Tonnen Plastik eingespart werden können. Während in der Küche die Mülltrennung und -vermeidung bereits etabliert ist, wird im Badezimmer noch größtenteils mit Einwegverpackungen hantiert. Nachfüllpackungen werden in diesem Bereich bislang ebenfalls in Plastikform angeboten.

Die Müllberge wachsen. Jahr für Jahr. Allein in Deutschland ist im Jahr 2018 eine Menge von 18,9 Millionen Tonnen Plastikmüll produziert worden. Sogar in der Landwirtschaft kommt Plastik zum Einsatz. Getreide, Saat, Ernte, Tierhaltung, Weideflächen. Wer denkt, dass dieser Wirtschaftszweig Natur pur ist und ohne Plastik auskommt, täuscht sich. Allein in diesem Bereich werden weltweit jährlich etwa 6,5 Millionen Tonnen Plastik verwendet.

Die existierenden Mengen an Plastikmüll – die Verrottungszeit kann 400 bis 500 Jahre betragen – müssen bewältigt werden. Recyclingfirmen verwerten bislang nur geringe Anteile des Plastikmülls. In der Regel sind es Bruchteile der durch Mülltrennung angelieferten Wertstoffe. Der Rest wird weiterhin nach Südostasien verbracht. Es handelt sich dabei um eine Maßnahme, die nicht wirklich zielführend ist, da der Plastikmüll auch in Asien nur zu einem geringen Teil verwertet wird.



Heißhunger auf Styropor: Raupen des Großen Schwarzkäfers sind in der Lage, Polystyrol enzymatisch zu verdauen Foto: mauritius

Der Rest wird verbrannt oder ins Meer gekippt. Und vergrößert damit das Problem der Vermüllung in den Ozeanen.

Unterstützung im Kampf gegen Mikroplastik im Wasser kann nach Forschungsergebnissen die Natur leisten. So haben Forschungen gezeigt, dass bestimmte Bakterien Plastik auflösen können. Wissenschaftler in Kyoto (Japan) haben im Jahr 2016 entdeckt, dass sich das Bakterium *Ideonella sakaiensis* ganz besonders gerne an PET ansiedelt und diesen Kunststoff aufzulösen vermag.

Inzwischen wird mit Hochdruck daran gearbeitet, eine schneller fressende Bakterie zu züchten, damit die vorhandenen Berge an Plastikabfall abgebaut werden können. Sorge bereitet den Forschern bei ihrer Arbeit jedoch der Gedanke, dass Bakterien den Unterschied zwischen „gutem“ und „schlechtem“ Kunststoff eventuell nicht erkennen können und sich mit

der gleichen Fresslust auf Kabelisierungen oder andere Plastik-Komponenten stürzen könnten.

Doch es gibt Alternativen zu den Bakterien, wenn es um die Bekämpfung von Mikroplastik im Wasser geht: die Okraschote, ein Gemüse, das in der kreolischen, asiatischen und afrikanischen Küche gerne verwendet wird. Bei Untersuchungen von Wissenschaftlern der Tarleton State University im US-Bundesstaat Texas ist herausgekommen, dass die Pflanze offensichtlich in der Lage ist, Mikroplastik aus Wasser zu filtern.

Mehr Kot von Walen wäre hilfreich

Die Schleimstoffe der Pflanze sind es, die bei dem Filtervorgang zum Einsatz kommen und ein ähnliches Wirkprinzip zeigen wie die bislang eingesetzten Chemikalien. Die Okra-Nutzung ist sogar so einfach und unkompliziert, dass der kom-

merzielle Einsatz in industriellem Umfang denkbar zu sein scheint.

Ein anderes Tier, das Unterstützung im Kampf gegen den Müll bietet, ist die Larve des Großen Schwarzkäfers. Sie hat großen Appetit auf Styropor und kann dank ihrer Enzyme aus diesem Material Energie gewinnen. Wissenschaftler der University of Queensland (Australien) haben den Wurm unter die Lupe genommen und herausgefunden, dass der Einsatz der Larven in der Styroporbeseitigung möglich ist. Eine große Farm mit Schwarzkäferzucht ist trotz der Erkenntnisse keine Option. Vielmehr geht es darum, die Enzyme der Larve zu identifizieren und nachzubauen, um mit diesen Enzymen dem Müll zu Leibe zu rücken.

Ein ganz anderer Bereich, der Nachhaltigkeit möglich macht, sind Exkremente. In Südkorea setzt die Universität Ulsan eine Toilette zur Stromerzeugung ein.

Jedem Studenten, der das besondere WC aufsucht, werden pro Aufenthalt Einheiten einer digitalen Währung gutgeschrieben, die in der Mensa in Form von Obst, Kaffee und so weiter eingelöst werden kann. Das Prinzip Essen gegen Toilettennutzung sorgt hier für einen natürlichen Energie-Kreislauf.

In Indien stellt eine Firma Papier aus verschiedenen Abfallprodukten her, unter anderem aus Bananenrinde, Reisstroh und Zuckerrohrresten. Ursprünglich ein Betrieb mit dem Schwerpunkt Altpapierverwertung, stellt die Firma Maximus in Sri Lanka seit inzwischen 20 Jahren Papier aus Elefantendung her. Die Exkremente werden getrocknet, gereinigt, mit Altpapier vermischt, gekocht und wieder aufbereitet. Die daraus hergestellten Produkte wie Notizbücher und Grußkarten werden inzwischen in mehr als 30 Länder weltweit exportiert.

Die Exkremente eines weiteren Tieres stehen bei anderen Forschungen hoch im Kurs. Wale nehmen in kalten, nährstoffreichen Gewässern große Mengen an Futter auf, wandern dann zu ihren Brutplätzen, die in warmen, nährstoffarmen Gewässern liegen und geben dort eine beeindruckende Menge an Exkrementen ab. Mit Eisen und Stickstoff angereichert, liefert der Walkot eine perfekte Grundlage für das Wachstum von Plankton.

Diese kleinen Wasser-Lebewesen haben erstaunliche Fähigkeiten. Sie erzeugen Fotosynthese in einem enorm großen Umfang. Das Copenhagen Institute for Future Studies (Dänemark) hat in einem Beitrag der Zeitschrift *Farsight* eine interessante Rechnung dazu aufgemacht. Der Anstieg der Phytoplanktonanzahl um ein Prozent könnte die CO₂-Bindung so drastisch erhöhen wie ein Plus von zwei Milliarden ausgewachsener Bäume. Um die Menge an Phytoplankton zu erhöhen, wäre mehr Walkot hilfreich. Die Vergrößerung der Walpopulationen in den Weltmeeren wäre entsprechend der erste Schritt. Der Versauerung der Meere könnte auf diese Weise entgegengewirkt werden. Das zeigt: Bei der Aufarbeitung unserer Plastik- und Technologiesünden kann die Natur der beste Helfer sein.

GERTRUDENBERGER HÖHLEN

Kalk, Bier und Unter-den-Teppich-Gekehrtes

Wo Klosterbrüder, Brauer und Maurer unter Tage aktiv waren – Mit Wilfried Kley in der Osnabrücker Unterwelt

Wenn Wilfried Kley sich etwas wünschen dürfte, dann wäre das die Nutzung der Höhlen als Museum, denn: „Diese Höhlen haben schon einiges erlebt“, sagt der 1. Vorsitzende des Vereins Gertrudenberger Höhlen Osnabrück e.V. Er selbst hat in diesen Höhlen auch schon einiges erlebt, zum Beispiel einen Großteil seiner Kindheit. „Nach dem Krieg durften wir hier oben“, und zeigt auf die Höhlendecke, „nicht Fußball spielen. Als dann die Engländer ein Loch mit Stacheldraht umzäunten, bekamen wir große Augen und schlichen uns bei der erstbesten Gelegenheit hinein. Eine Kerze zwischen den Knien, eine in der einen Hand, die andere musste zum Abstützen freibleiben.“

Seine Schwester hat die Höhlen weniger abenteuerlustig erlebt. Im Zweiten Weltkrieg wurden die Kavernen als Bunker genutzt. Phosphoreszierende Farbfelder an den Wänden, feste Zementschleime unter den Füßen, spärliches Licht, Temperaturen um die neun Grad Celsius,

enge Räume und bis zu 6000 Schutzsuchende. Erlebnisberichte über diese Zeit hat Kley von vielen Menschen gesammelt, die in den Höhlen während der Luftangriffe Schutz suchten. Ihre Geschichten sollen ausgestellt werden, erzählt werden sie schon jetzt. Der gelernte Tischler führt die behelmten Besucher über 20 Meter unter den Gertrudenberg, auf dem heute ein Landeskrankenhaus im ehemaligen Benediktinerinnenkloster St. Gertrud inmitten von Villen und Bürgerpark steht.

Die Befahrung zu Fuß dauert etwa zwei Stunden. Wer arachnophob ist, muss sich hier nicht fürchten, denn die Höhlen sind arsen- und kadmiumhaltig, weshalb dort weder Fledermäuse, Ratten, Insekten noch Spinnen zu finden sind.

Denkmalschutz für neue Mauer

Lange vor der ersten urkundlichen Erwähnung im Jahr 1333 wurde in den Höhlen Trochitenkalk abgebaut. Die Nonnen ließen einen Brunnen bohren und stießen



Osnabrücker Endlager für den Bauschutt des ehemaligen Caféhauses Friedenshöhe: Wilfried Kley leuchtet hinter die denkmalgeschützte Mauer Foto: Rinser-Schrut

auf die Höhlen, die der Bierbrauer Martin Richter um das Jahr 1866 für ganz andere Geistlichkeiten nutzte. Der Brunnen-schacht wurde 1920 verfüllt.

Und verfüllt wurde in diesen Höhlen noch viel mehr. Eine recht neu aussehende Mauer wurde unter Denkmalschutz gestellt. Die Farbfelder an der Mauer machten den Höhlenverein stutzig, da es sich lediglich um Binderfarbe, also nicht-leuchtende Farbe handelte. Mit behördlicher Genehmigung wurde, so Kley, eine Öffnung in die Mauer geschlagen, hinter der Bauschutt eines ehemaligen Caféhauses der Friedenshöhe zutage kam, das erst 2002 abgerissen worden ist.

Christiane Rinser-Schrut

● Höhlenbefahrungen vorab buchen: Telefon (049541) 187527 oder E-Mail: info@gertrudenberger-hoehlen-osnabrueck.de, belegte Termine können direkt auf der Internetseite eingesehen werden. Eintritt: 15 Euro.

● FÜR SIE GELESEN

Physisches Gold als Anlage

„Legen Sie Ihr Geld in Gold an, denn das ist das einzig wahre Geld“, lautet das Credo des früheren Hollywood-Drehbuchschreibers Adam Baratta, der zu den Eigentümern von Advantage Gold zählt, einer auf Edelmetalle spezialisierten Anlageberatungsfirma. Warum er diesen Rat für klug hält, erklärt der ehemalige Finanz-Außenseiter und jetzige Insider in dem „Wall Street Journal“-Bestseller „Die große Geldentwertung“.

Die Politik der Notenbanken habe seit 2008 zur Explosion der Staatsverschuldung geführt und das Weltfinanzsystem systematisch untergraben. Die Folge werde eine massive Inflation sein. Und genau die haben wir jetzt – womit Barattas Prognose eingetroffen ist. Angesichts dessen lohnt es sich, darauf zu hören, was der Autor denjenigen empfiehlt, die finanziell ungeschoren durch die Krise kommen wollen. Wobei das Kind inzwischen schon ein ganzes Stück weit in den Brunnen gefallen ist. Aber es besteht trotzdem Hoffnung: Laut Baratta liegt der wahre Wert des physischen Goldes nach wie vor sehr deutlich über dem, was man derzeit für das Edelmetall zahlen muss. Deshalb, so der Autor, lohne Einsteigen noch immer. Seine persönliche Prognose lautet dabei, dass der Goldpreis in den nächsten 40 Jahren bis auf etwa das Zwanzigfache des heutigen Niveaus steigen werde. *Wolfgang Kaufmann*

Adam Baratta: „Die große Geldentwertung. Wie Sie sich darauf vorbereiten und sogar davon profitieren können“, Wiley-VCH, Weinheim 2021, gebunden, 309 Seiten, 24,99 Euro

Ehrlichkeit statt Doppelmoral

Der Journalist und TV-Moderator Peter Hahne hat sich in den vergangenen Jahren in mehreren Büchern zu den eklatanten Fehlentwicklungen in Politik und Gesellschaft geäußert.

In seinem neuesten Titel „Das Maß ist voll“ macht der bekennende Christ sich vollends Luft. Darin prangert er die Unverhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen ebenso an wie das von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnte Gendern, die zunehmende Clan-Kriminalität sowie die um sich greifende Moralisierung und Stigmatisierung Andersdenkender, die einer demokratischen Gesellschaft und einem offenen Diskurs entgegenstehe.

Hahne zeigt anhand vieler Beispiele, wie das Volk von unserer Führungselite verdrummt wird. Er greift Themen auf, die schnell in Vergessenheit geraten. Die Doppelmoral der Politik entlarvt er in pointierten, teils recht polemischen Texten. Er fordert mehr Ehrlichkeit ein. *Manuela Rosenthal-Kappi*



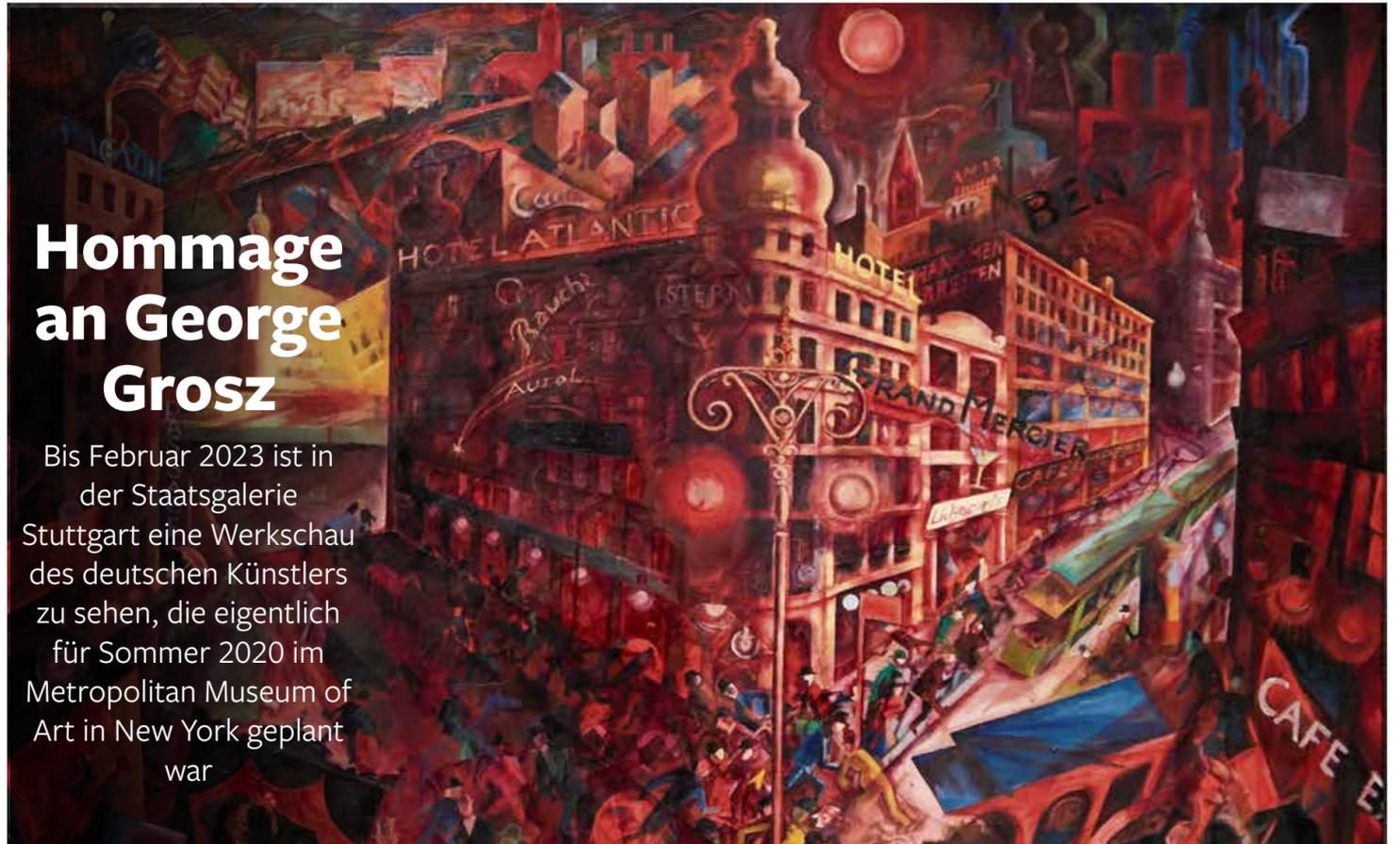
Peter Hahne: „Das Maß ist voll. In Krisenzeiten hilft keine Volksverdummung“, Quadriga Verlag, Köln 2022, gebunden, 143 Seiten, 12 Euro

AUSSTELLUNGSKATALOG

Hommage an George Grosz

Bis Februar 2023 ist in der Staatsgalerie Stuttgart eine Werkschau des deutschen Künstlers zu sehen, die eigentlich für Sommer 2020 im Metropolitan Museum of Art in New York geplant war

FOTO: IMAGO/AGEFOTOSTOCK



Drastisch und provokativ waren viele Werke des gebürtigen Berliner Malers, Grafikers und Karikaturisten George Grosz. Eine in New York geplante Ausstellung, die wegen der Corona-Pandemie nicht stattfinden

konnte, wird jetzt als Werkschau in Stuttgart gezeigt. „George Grosz in Berlin“ zeigt Straßenszenen wie „Metropolis“ (oben) von 1917, Innenansichten aus Bars und Restaurant sowie satirische Zeichnungen. MRK

Sabine Rewald: „Goerge Grosz in Berlin. Das unerbittliche Auge“, Hirmer Verlag, München 2022, gebunden, 38 Euro

KRIMI

Eine grandiose Neuentdeckung

Der fesselnd geschriebene Roman von Dorothy B. Hughes „Ein einsamer Ort“ aus dem Jahr 1947 wurde neu aufgelegt – und hat von seiner Aktualität nichts eingebüßt

VON ANSGAR LANGE

Ein Frauenmörder aus Angst vor Frauen – Dorothy B. Hughes Kriminalroman „Ein einsamer Ort“ ist eine grandiose Neuentdeckung. Mit Superlativen sollte man vorsichtig sein. Doch Hughes' Roman ist sicher eine der wichtigsten Neuentdeckungen des Krimi-Jahres 2022. Dabei ist das Buch erstmals bereits vor 75 Jahren erschienen.

Hält Vergleich mit großen Autoren stand

Es ist ein fantastisches, zeitloses Buch, das den Vergleich mit den Meisterwerken Raymond Chandlers, Dashiell Hammetts und Ross MacDonalds nicht scheuen muss. Die elegante Sprache wirkt auch heute noch so frisch wie im Jahr 1947. Die Handlung wird ohne inzwischen übliche lästige Rückblenden und Nebenhandlungen vorangetrieben. Der Protagonist, ein Jagdflieger, findet nach dem Krieg keinen Platz im Leben und mordet Frauen aus Angst vor Frauen. Ein echter Noir (düsterer und pessimistischer Inhalt) mit einem frühen Serienkiller, wobei es die Autorin nicht nötig hat, Gewalt explizit zu schildern. Spannung entsteht aus der Schilderung der psychischen Labilität des nicht unsympathischen schwachen Helden.

Leider hat der Verlag das Meisterwerk sehr lieblos gestaltet. Doch die misslungene Optik des Buches sollte nicht vom Kauf abhalten, da es der Inhalt in sich hat.

Nach außen verkörpert der ehemalige Jagdflieger Dix Steele all das, was einen jungen Mann im Los Angeles der Nachkriegszeit attraktiv erscheinen lässt. Er sieht gut aus, ist charmant, lebt in einem schicken Apartment und fährt einen netten Flitzer. Doch dies ist nur die Fassade, die im Laufe der Handlung immer mehr bröckelt, weil ihn vor allen Dingen zwei starke Frauen durchschauen.

Dix lebt in der Wohnung eines vermögenden „Freundes“, für den er in der Vergangenheit den Handlanger gespielt hat. Er ist auf die Schecks seines reichen, aber geizigen Onkels dringend angewiesen. Beschäftigungslos verbringt er sein Leben in Restaurants, bei einem befreundeten Ehepaar, am Strand oder mit nächtlichen Autofahrten. Um die Fassade aufrechtzuerhalten, gibt er vor, einen Kriminalroman zu schreiben. Aktiv ist er nur, wenn er auf Frauenjagd geht. Diese plant er so minutiös wie einst seine Flugmanöver.

Im Laufe des Buches gelingt es Dix immer weniger, den harten Mann zu mimen. Er, der immer noch unter einer früheren unglücklichen Liebe leidet, verhält sich gegenüber seiner schönen, sexuell unabhängigen Geliebten Laurel Gray teilweise wie ein wimmernder Teenager. Neben Drinks und Zigaretten – wir leben noch in frühmodernen, nicht so gesundheitsfixierten Zeiten – braucht er abends sein Beruhigungsmittel. „Es sei denn, er war so erschöpft, dass er von ganz allein wegdämmerte. Was nur selten der Fall war.“

Dix' Frauenbild ist infantil. Laurel, die verführerische Femme fatale, betrachtet er entweder als Heilige, die ihn von allen Übeln erlöst, oder als Hure, die ihn betrügt und verlassen wird, weil er ihr kein Leben in Saus und Braus bieten kann. Auch seine Zukunftsträume sind unrealistisch und kindlich. Von ehrlicher Arbeit hält er nichts, seit er die Armee verlassen hat. Er lebt von der Hand in den Mund und auf Pump und hofft, dass irgendein großer Coup seine finanzielle Misere auf einen Schlag beenden wird. Leidenschaftlich und aktiv wird er nur, wenn sich sein grenzenloser Frauenhass Bahn bricht: „Keine Frau war es wert, sich so aufzureiben! Sie waren alle gleich. Betrügerinnen, Lügnerinnen, Huren. Selbst die Frommen warteten nur auf die Gelegenheit, zu betrügen, zu lügen, herumzuhuren.“

Überraschungen zum Schluss

Diese Geschichte kann nicht gut ausgehen, so viel steht von Anfang an fest. Und auch wenn Dix als Serienmörder von Beginn an feststeht, bleibt das Buch durchgehend spannend und hält am Ende noch einige Überraschungen bereit.



Dorothy B. Hughes: „Ein einsamer Ort“, Atrium Verlag, Zürich 2022, gebunden, 256 Seiten, 22 Euro

● FÜR SIE GELESEN

Ein spannender Thriller

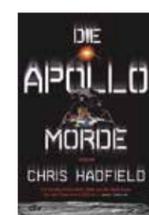
Im Januar 1973 laufen in Houston Vorbereitungen für den Start der Apollo 18 zum Mond. Der Auftrag der Astronauten ist streng geheim und heikel, sollen sie sich doch dem russischen Raumschiff Almaz im All nähern.

Die Mission läuft aus dem Ruder, und bald befindet sich eine russische Kosmonautin mit an Bord. Ein Astronaut und die Kosmonautin reisen zum Mond, ein Amerikaner bleibt im Raumschiff zurück. Der Auftrag des Astronauten auf dem Mond lautet, dass er sich um die Sonde der Russen „kümmern“ soll, die seit Längerem Aufnahmen nach Russland sendet. Die Kosmonautin versucht das mit aller Macht zu verhindern.

Es ist ein Rennen zwischen der NASA-Führung und der sowjetischen Raumfahrtbehörde, die ihrem weit entfernten Personal Anweisungen erteilt, die kaum gefahrlos umzusetzen sind. Unter lebensbedrohlichen Situationen schafft es die Crew zur Erde zurück, wobei der eine oder andere bei dieser Mission nicht schadlos davonkommt.

Ein äußerst spannender Thriller, der mit viel technischem Know-how besonders Raumfahrtinteressierte begeistern wird. Chris Hadfield weiß, wovon er spricht. Er war selbst lange Zeit Astronaut und Verantwortlicher bei der NASA. Durch seine atemberaubenden Fotografien aus dem All hat er großen Ruhm erlangt. „Die Apollo Morde“ ist sein erster Roman.

Angela Selke



Chris Hadfield: „Die Apollo Morde“, dtv Verlag, München 2022, Taschenbuch, 637 Seiten, 12,95 Euro

KREIS LABIAU AM KURISCHEN HAFF

„Kartoffelkes, scheene blanke Kartoffelkes“

So war es damals – Kartoffelanbau sehr speziell im einst größten Hochmoor Ostpreußens

VON BRIGITTE STRAMM

Die „Blaue Blanke“ aus dem Moosbruch war eine begehrte Kartoffel, sowohl auf den Märkten in Königsberg, Tilsit, Insterburg usw., als auch auf den Hapag-Lloyd-Schiffen, weil sie sehr wohlschmeckend und auch sehr gut lagerbar war. Der Anbau war jedoch sehr aufwendig. Die Original-Aufzeichnungen meiner Mutter Hildegard Paske geborene Gaidies aus Sussemilken/Friedrichsrode im Kreis Labiau zeigen uns auf, auf welche Weise damals gearbeitet wurde. Undenkbare und vergessene Ausdrücke lesen, die an eine längst vergangene Zeit erinnern.

Fortsetzung aus PAZ 19/12. Mai 2022



Kartoffelernte in Schenkendorf im Großen Moosbruch

Der Sommer stellte die Kartoffelbauern vor vielfältige Herausforderungen. Die Männer leisteten dabei die schwerere Arbeit des Furchenstechens. Die Kanten der Kartoffelrücken waren voller Unkraut, das aussah, als wäre es gesät. Für das Abstechen der Kanten und Unterkippen des Unkrauts wurden in den meisten Fällen aus alten Sensen hergestellte Kantenstecher benutzt, die an Stielen befestigt waren. Damit fuhr man an den Kanten entlang und kippte den Boden gleichzeitig um. Es war zwar eine mühselige Arbeit, doch ging sie schnell.

Blüten so weit das Auge reicht

Nun konnte die Kartoffel blühen. War das eine Pracht, über die Felder zu schauen. Die weißen Blüten in dem dunklen Grün der Blätter, die am Morgen, wenn die Sonne erwachte und sich einen Weg durch die Nebelschwaden bahnte, wie Silber schimmerten, um dann in ein Jadegrün überzugehen. Die Frühkartoffel, die Blaublanke, hatte rosarote Blüten. Der Duft zog durch das ganze Dorf. Beschreiben kann man ihn nicht, aber ich glaube, wir Moosbrüchler haben noch alle den herben würzigen Duft in Erinnerung. Nun wurde noch einmal durch die Furchen gegangen, um das allzu hohe Unkraut zu entfernen, und man wartete dann, bis die Kartoffel reif zur Ernte war.

Es hört sich alles sehr aufwendig an, weil die meiste Arbeit von Hand gemacht wurde, auch das „beruscheln“ wie beschrieben. Aber der Boden war bei uns als mehr oder weniger Torfboden so locker, dass man alles mit bloßen Händen machen konnte. Die Arbeit wurde zumeist knieend durchgeführt.

Frühkartoffelernte

Nun war es auch schon soweit, dass die ersten Frühkartoffeln aus dem Boden wollten. Die Kirschen waren zum Teil auch schon reif. Dann gab es Kartoffelflinsen von den neuen Kartoffeln und Kirschsuppe. Doch nun zur Kartoffelrese. Zwei Frauen, drei Körbe. Einer vorne, zwei hinterhergezogen. Auf jede Seite der Rücke eine Frau und nun die großen Kartoffeln in den einen der hinteren Körbe, die kleinen Schweinskartoffel in den anderen und die mittleren in den vorderen. Zum Graben wurde ein „Ment“ benutzt. Das war ein aus Holz gefertigter flacher Art Löffel, damit stach man hinter die Staude und holte die Kartoffeln aus dem Boden. Die vollen Körbe wurden vom Bauern mit einer „Ped“ zusammengetragen und in einen Kastenwagen geschüttet. Der Wagen war schon für den Kartoffelverkauf vorbereitet, der dann in Insterburg oder Labiau stattfand. Die anderen Dörfer brachten ihre Kartoffeln mit dem Kahn nach Königsberg. Diese Reise, die mehrere Tage in Anspruch nahm, bedeutete schon ein großes Erlebnis für die Beteiligten. Denn viel-

fach mussten lange Strecken mit Rudern und Treideln überbrückt werden, bevor man sich bei einem Schlepper anhängen konnte. Es handelte sich im übrigen um einen Kahn, der mit einem „Denne“ abgedeckt war (Lukendeckel) und bis zu 100 Zentner Kartoffeln fasste. Vorne war die Kajüte, wo auch geschlafen wurde und hinten die kleine für die Verpflegung usw. Die Kartoffeln wurden in Königsberg und natürlich auch anderweitig vorwiegend nach „Fiefler“ und „Haltschepel“ oder „Schepel“ verkauft. Die Rückfahrt war dann einfacher, weil der Kahn auch leichter zu manövrieren war. Ein gerne gesehener Mitbringsel waren dann „de Hutzels“ auf vornehm „Kooke“ (Kuchen). Es tönte durch das Dorf aus Kindermund „se koame, se koame“, wenn der Kahn dann am Bollwerk anlegte. Die Verkaufsfahrt mit dem Pferdewagen – die ich nach Insterburg auch mitgemacht habe – war einfacher. Jeder Wagen hatte in der Stadt seinen Stammplatz und meistens auch schon Stammkunden. Man hörte an jeder Ecke den Ruf: „Kartoffelkes, scheene blanke Kartoffelkes“. In kurzer Zeit war dann der Wagen leer. In den späteren Jahren hörte dann diese „Romantik“ auf, weil die Kartoffeln dann schon vom Händler in großen Mengen aufgekauft wurden und nur zum Bollwerk gebracht werden mussten.

Das abgeerntete Feld war dann für uns Kinder der Sportplatz. Es nahte ja das große Schul-Turnfest und wir übten auf den Rücken dann Weitsprung. Aber die Freude währte nicht lange, weil jetzt das Land mit „Runkel“ und „Bruke“ bepflanzt wurde. Das war dann auch das letzte, was das Land in einem Jahr aufnehmen musste. Derweil wuchsen die Spätkartoffeln auf ihren Feldern heran.

Ernte – mit Ment und Kebesch

Mitte August hatten wir schon den Herbstnebel und somit dann auch Bodennässe. Das Kartoffelkraut war zwar trocken, aber zum Leidwesen aller Beteiligten das liebe Unkraut nicht. Das war nicht nur besonders nass, sondern saß auch noch am Ende der Rücken sehr fest und musste mit dem Kebesch gerissen werden.

Bei der Ackerbesichtigung stellte man fest, dass die Spätkartoffel nun soweit war, dass sie geerntet werden konnte. Man zog an abgetrocknetem Kartoffelkraut. Blieb die Kartoffel im Boden, war sie erntereif. Das Herbstwetter war gut, das Kartoffelkraut schon abgetrocknet, die große Ernte konnte beginnen. Es wurden also wieder Frauen zusammengerufen, nach Möglichkeit so viele, dass fünf Rücken besetzt werden konnten. Mit Ment und Kebesch, Männerhosen und dickem Gummi-Knieschutz aus Gummireifen gebastelt, so erschienen sie dann am frühen Morgen schon in bester Stimmung. Meistens waren es sechs bis acht Frauen, also für drei bis vier Rücken. Je mehr, des-

to besser, es wurde dann auch was geschafft. Zum Schutz der Finger trugen sie meistens handgenähte Fingerlinge aus Nessel oder Leder übergezogen. Der große Moorwagen mit seinen Walzenrädern, „Puffwagen“ genannt, wurde mit vielen Körben beladen und die Arbeit konnte beginnen. Nach dem Motto: „Met dem Ment en de Hand kreppt du eawer dat ganze Land“ ging es wieder auf Knien an die Ernte. Es wurde wiederum gleich in drei Körbe sortiert, jetzt große, kleine und Saatkartoffeln.

Ein Teil der Kartoffeln und die Saatkartoffeln wurden gleich eingemietet. Der Bauer bereitete die „Rußstell“ vor, indem er von zwei Rücken den Boden zur Mitte schaufelte und festtrampelte. Dieses erfolgte einmal für die großen Esskartoffeln und einmal für die Saatkartoffeln.

Es wurden dann die Kartoffelkörbe zusammengetragen und zu einer langen Miete aufgeschüttet. Die war etwa 1,20 Meter breit, 70 Zentimeter hoch und bis zu 20 bis 30 Meter lang. Die Länge richtete sich nach dem Winterbedarf der Familie. Jeden Abend wurde die Kartoffelmiete mit Stroh oder Streu abgedeckt und mit Erde beworfen und zum Spätherbst winterfest gemacht. Also mit sehr viel Moorerde beworfen, meistens bis zu einem Meter dick. Die kleinen Schweinskartoffeln und die Kartoffeln zum Verkauf usw. wurden mittags oder abends mit nach Hause gefahren und dort zusammengesüttet.

Rapetschkes und Feldmäuse

Die Frauen waren im vollen Einsatz. Eine schlimme Zeit für die vielen Feldmäuse, deren Nester zerstört wurden. Aber auch eine willkommene Unterbrechung für die Frauen, konnten sie doch aufstehen und weglauen. Nicht weil sie Angst hatten, aber die müden Knie wollte man ja auch mal strecken. Auch Rapetschkes (Kröten) gab es nicht wenige, die in ihrer Tarnung wie schorfige Kartoffel aussahen. Angst durfte man nicht zeigen, sonst war man ja bei den anderen Frauen arm dran, die dann keine Hemmungen hatten, einem mit diesen lieben Tierchen einen Schabernack zu spielen. Diese Tiere gab es in großen Mengen. Ich habe noch nirgendwo so viele Kröten gesehen wie bei uns auf dem Moosbruch.

Endlich Pabentuwis!

So ging es dann eine Rücke rauf und die andere runter, wobei erzählt, gelacht und gescherzt wurde. Anpassung war aber alles, so war es in der Dorfgemeinschaft. Die erste Pause am Kleinmitten wurde begrüßt und das Mitgebrachte verzehrt. Wenn die Sonne schien, war es ja gut, aber bei Regenwetter hat man mit Sehnsucht die Mittagspause oder den Abend erwartet. Bis zum Mittag war aber schon sehr viel geschafft, das Essen redlich ver-

dient und auch die Mittagsstunde, wo jeder sein müdes Haupt irgendwo hinlegte und die Ruhe genoss. Sogar der Hofhund bellte nicht. Mit neuem Mut und frischer Kraft ging es dann wieder weiter, Rückauf – Rückab, unterbrochen von der Vesperzeit, wobei es dann Fladen und viel Malzkaffee gab. Spaß hatten die Frauen auch, wenn sie in der Mittagspause einer anderen Person, die in der Hitze des Tages – die Herbsttage konnten bei uns noch sehr heiß sein – eingeschlafen war, mit einem Eimer Wasser „bepukschen“ konnten, meistens war es dann der Freund oder die Freundin. Diese Schlacht artete einmal so aus, dass mich meine Brüder in die volle Regentonne gesteckt haben. Es wurde dabei nichts krumm genommen.

Endlich Pabentuwis

Das Kartoffelgraben ging über mehrere Tage, bis der letzte Rest abgeerntet war. Tagein, tagaus, war das eine Freude, wenn dann der Bauer am letzten Tag meinte „Na Frukes, wat meent ju, jefst dat hiede Pabentuwis?“ Das war das Zeichen, sich noch mal besonders anzustrengen damit man am Abend fertig war. Man sagte dann auch: „de Fruens riete ober doll!“

„Pabentuwis“. Das war dann der Abschluss aller Feldarbeiten und ein Dankeschön an alle Helfer mit „Meschkinnes“, „Glühwürmchen“, Fladen usw. Zur Ein-

nen Kartoffeln. Diese durften sie dann verkaufen und das Geld für sich behalten. Na, war das ein Anreiz, 6 bis 8 Reichsmark für einen Zentner? Manchmal kebeschten sie auch, wenn niemand es sah, an der noch nicht abgedeckten Ruß, aber nur aus Versehen. Etwa absichtlich? I wo, natürlich nicht!

Erntefest op dem Palnus

An den darauf folgenden Tagen wurden das Kartoffelkraut und das Unkraut, das mittlerweile auch vertrocknet war, zusammengeharkt und verbrannt. Kartoffelfeuer – das war ein Ereignis, besonders für die Kinder. Ein großer Spaß war dabei, alles mögliche über der offenen Flamme zu rösten.

Der Herbst ging langsam in den Winter über. Die Kartoffeln wurden aus den Behelfsrößen geholt und in die Nähe der Häuser gebracht, um dort winterfest eingegrüßt zu werden oder um sie für die Ablieferung zum Verkauf vorzubereiten. Die Kartoffelhügel, bedeckt mit dem schwarzen oder roten Moor, bildeten dann einen romantischen Kontrast zu dem Weiß der Birkenstämme, deren Laub schon den Weg des Vergänglichen angetreten hatte. Der einsetzende Regen versetzte die Landstraßen in reine Modderlandschaften und die Fuhrwerke mit den abzufahrenden Kartoffeln taten ein Übriges, um



Es wird die „Rußstell“ (Miete) von dem Bauern am Feld geschaffen

stimmung machte dann die Flasche Meschkinnes – selbst gebraut versteht sich – die Runde „über den Daumen“, so ein oder zwei Mal wurden die letzten Lebensgeister geweckt. Mit Juhu und viel Lärm wurden die letzten Meter Erde umgegraben, um die letzten Kartoffeln ans Tageslicht zu bringen, und singend und lachend ging es nach Hause, wo schon der Abendbrotisch fertig und die Flasche Danziger Goldwasser, Meschkinnes oder ein anderer Likör, je nachdem was es für Extrakte in der Drogerie in Laukn gab, bereit stand. Im Krieg gab es bei uns diese geistigen Getränke aus der eigenen (Schwarz-)Brennerei. War das eine fröhliche Runde, einer wusste mehr Wippchens als der andere. Es gab auch ein altes Trichtergrammophon, unzählige Male wurde die Schellackplatte „Male, Male“ abgespielt, oder es wurde auch auf dem Kamm geblasen und getanzt „dat de Pogge quarre“. So manch eine oder einer hatte dann „de Schlorre voll“.

Kebschen – Kinderspaß

Nach dem „Pabentuwis“ begann für die Kinder das „Kebschen“. Nach der Schule bewaffneten sie sich mit der Karre, Korb, Sack und dem „Kebsch“, einer Art „Misthaken“ mit breiten Zinken und langem Stiel. Nun buddelten sie das ganze Land noch einmal durch nach übersehe-

die Wege fast unpassierbar zu machen. Wir dachten mit Schrecken daran, wie wir wohl mit dem Fahrrad zu Schipporeit nach Schenkendorf ins Kino kommen sollten. Die Fuhrwerke fuhren entweder nach Schargillen zur Bahn oder zur Anlegestelle nach Eversdorf mit ihrer schweren Last. Die Kartoffelsäcke wurden dort Sack auf Sack gestapelt, um den langen Weg zum Verbraucher anzutreten. Die lange mühsame Arbeit des ganzen Jahres soll nun ihren Lohn bringen. Würde es reichen, mit dem Erlös gut bis zur nächsten Ernte durchzukommen?

Mit dem ersten Frost wurden die Rußen noch einmal beschmissen, also noch einmal Erde drauf, damit die Saat dem kommenden Frühjahr entgegen ruhen konnte und der Kreislauf wieder beginnt. Teilweise wurden die Saatkartoffeln auch unter den Böden im Haus eingelagert.

Als meine Mutter vor vielen Jahren diese Aufzeichnungen anfertigte schrieb sie: „Das Rad dreht sich wie die vier Jahreszeiten. Nun ist seit 1945 der Kreislauf beendet. Wirklich beendet oder nur unterbrochen? Für uns, für unsere Kinder, für unsere Enkelkinder? Oder welche Generation wird den Kreislauf wieder aufnehmen?“ – Sie ist dann ab 1991 häufig in ihrer Heimat gewesen und musste realisieren, dass von dem geliebten Heimatort außer Natur nichts blieb.

● AUFGESCHNAPPT

Einige Politiker, die noch bis vor Kurzem einen infantil-naiven Pazifismus vertraten, rufen gegenwärtig besonders lautstark nach der Belieferung der Ukraine mit Waffen, vorzugsweise mit „schweren Waffen“. Dagegen scheint der Gedanke einer schnellen Beendigung der blutigen Auseinandersetzungen weit in den Hintergrund gerückt zu sein. Wen dies noch nicht genug irritiert, der sei auf eine Stellungnahme von Petteri Taalas verwiesen. Der finnische Meteorologe, der seit 2016 als Generalsekretär der Weltwetterorganisation (WMO) fungiert, ließ wissen: „Aus Klimasicht darf der Krieg gegen die Ukraine als Segen betrachtet werden.“ Wie „n-tv.de“ berichtete, beschleunigte sich laut Taalas „die Umstellung auf klimafreundlichere Energieerzeugung“ durch den Konflikt. Die Energiekrise, für die der Generalsekretär den Krieg verantwortlich macht, werde zwar zunächst „in Europa den Einsatz klimaschädlicher fossiler Brennstoffe“ erhöhen, dies sehe jedoch „über fünf bis zehn Jahre“ schon anders aus. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Sahra Wagenknecht schreibt im neuen Vorwort zur Taschenbuchausgabe ihres Buches „Die Selbstgerechten“ zum verlogenen Toleranzbegriff:

„Zwar ist in linksliberalen Debatten ständig von Minderheiten die Rede, deren Befindlichkeiten und Gefühle vor allen Zumutungen des Lebens geschützt werden sollen. Aber wehe eine Minderheit wagt es, nicht nur Gefühle, sondern auch eine Meinung zu haben, die sich von der des linksliberalen Mainstreams unterscheidet. Dann ist es vorbei mit der viel beschworenen Toleranz.“

Der muslimische Publizist Ahmad Mansour hält die Erlaubnis für die Erdogan-hörige Kölner Moschee, den Muezzin-Ruf über die Domstadt erschallen zu lassen, für einen schweren Fehler. Im „Focus“ (15. Oktober) warnt er vor den Motiven von Religionsgesellschaften wie der „Ditib“, welche die Moschee betreibt:

„Sie sehnen sich nach Sichtbarkeit und Macht, um Einfluss zu nehmen auf die hier lebenden Muslime und überdies auf die Politik in unserer Gesellschaft. Sie sprechen von Freiheit und Toleranz, wollen aber ein Islamverständnis etablieren, das Freiheit verachtet und unsere Demokratie nur instrumentalisiert. Schaut man sich die Länder an, in denen der politische Islam herrscht, fällt ins Auge, dass in diesen Ländern Freiheit und Demokratie niemals existiert haben.“

Auf „Ansa.org“ (16. Oktober) rechnet Max Erdinger mit der Partei von Robert Habeck ab:

„Das ist der wahre Grund für die Existenz der Grünen: Dass es in Deutschland allzu viele gibt, die dem Wahn verfallen sind, Integrität und Kompetenz seien gleichwertig durch eine dick aufgetragene Hypemoral zu ersetzen, die bei näherem Hinsehen noch nicht einmal im Entferntesten etwas mit Moral zu tun hat.“

Hans-Georg Maaßen beschreibt im Gespräch mit Alexander Wallasch auf dessen Blog (17. Oktober), wie sich die Wahrnehmung von Politikern, den meisten Medien und anderen Tonangebern durch die „normalen Bürger“ gerade zu ändern beginnt:

„Man hält sich an die Spielregeln, man tut das, was man in der Schule und zu Hause gelernt hat. Man hält sich an Anstand, an Recht und Gesetz, man hält sich an seinen Arbeitsvertrag. Und man glaubt, auch die anderen tun es. Aber die anderen tun es nicht immer. Die tun es nur dann, wenn es politisch opportun ist. Und das fällt jetzt immer mehr Menschen auf.“

● WORT DER WOCHE

„Die Mutter aller Probleme in Deutschland ist der Fachkräftemangel. In der Produktion, im Handwerk, in der Krankenpflege, im Dienstleistungssektor – und in der Politik.“

Henryk M. Broder auf der „Achse des Guten“ am 16. Oktober

DER WOCHENRÜCKBLICK

Still ruht die Ostsee

Warum wir die Nord-Stream-Attentäter immer noch nicht kennen, und wer wo rein darf

VON HANS HECKEL

Verflucht, wer war es denn nun? Sie erinnern sich vielleicht: Gleich nach dem Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines meinte Ex-BND-Chef August Hanning, dass man die Sache gewiss rasch aufklären werde. Seine Begründung für den Optimismus leuchtete ein: Die Ostsee sei seit dem Kalten Krieg das am besten überwachte Gewässer der Welt. Entsprechend zügig erwartete der Mann, der unseren Auslandsgeheimdienst von 1998 bis 2005 geleitet hat, dass man den Übeltäter beim Wickel kriege.

Also bin ich jeden Morgen zum Fernseher gehastet und habe parallel das Internet angeworfen in der Hoffnung, den Bombenleger präsentiert zu bekommen. Da kam aber nichts, irgendwann wurde es langweilig. Und auch die meisten anderen Deutschen scheinen den Vorfall beinahe vergessen zu haben.

Sahra Wagenknecht aber wurde es nun zu bunt. Die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei stellte eine schriftliche Anfrage ans Bundeswirtschaftsministerium. Immerhin: Die Bundesanwaltschaft ermittelt, heißt es in der Antwort. Aber auf welcher Grundlage? Denn wie das Habeck-Ministerium Wagenknecht mitteilte, hatte es auch knapp drei Wochen nach dem Anschlag noch keinerlei Untersuchungen vor Ort gegeben. Weder Deutschland allein noch die NATO, die EU oder andere Regierungen haben demnach Maßnahmen eingeleitet, um am Anschlagort festzustellen, wer die Leitungen beschädigt hat. Wieso nicht? Das sei „bisher nicht möglich“.

Ach, und warum nicht? „Weitere Auskünfte“, so das Ministerium im Auftrag der Bundesregierung, könnten „aus Gründen des Staatswohls nicht erteilt werden“. Grund dafür sei die „Third-Party-Rule“, in der sich international zusammenarbeitende Geheimdienste gegenseitig zu größter Verschwiegenheit verpflichten. Man weiß also doch etwas, will es aber nicht sagen, um Verbündete nicht zu verärgern? Interessant.

Während die zuständigen Dienste und die Bundesregierung düster-neblig dahinwabern und labern, mühen sich andere Stimmen unverdrossen, den Vorfall auf Putins Konto zu buchen. Anfangs recht forsch, mittlerweile bestechend subtil. Mein absoluter Favorit beim subtilen Russland-in-den-Senkel-stellen heißt Roderich Kiesewetter. Bei „Welt

TV“ mahnte der CDU-Politiker am 12. Oktober, wir müssten „unserer Bevölkerung klarmachen, dass Russland nicht nur Terrorangriffe auf die ukrainische Bevölkerung setzt, sondern auch Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur vorbereitet – Stichwort Pipelines“.

Ist das nicht sagenhaft? Kiesewetter hat mit keinem Wort „behauptet“, dass es Russland war. Er schwurbelt bloß von „vorbereitet“ und setzt listig eine Fährte zu Nord Stream, ohne dass er einen Grund für die willkürliche Herstellung dieses Zusammenhangs nennt. Erstens kann er somit später, wenn sich doch ein ganz anderer Täter herausstellen sollte, wahrheitsgemäß aussagen, er habe Moskau ja niemals direkt für den Anschlag verantwortlich gemacht. Andererseits kann er aber fest darauf bauen, dass die Allermeisten sein „Stichwort“ als genau das, nämlich die Nennung Russlands als Urheber des Anschlags, verstehen werden.

Das nenne ich „Framing“ vom Feinsten! Der Mann ist wirklich gut. Und seine Botschaft kommt an: Wenn Sie heute jemanden nach der Schuld an dem Pipeline-Anschlag fragen, bekommen Sie fast immer die Antwort: die Russen wahrscheinlich. Und mancher wird vielleicht sogar anfügen: „Habe ich neulich auch so im Fernsehen gehört.“

„Opposition?“ „Kontrolle?“ „Kritik?“

So kann die Ostsee gern weiter still ruhen. Wer benötigt Untersuchungsergebnisse, wenn er solche Framing-Füchse aufbieten kann? Nur Sahra Wagenknecht will davon nicht satt werden. Der „Berliner Zeitung“ gegenüber äußerte sie ihren Zorn: „De facto sagt uns die Bundesregierung, dass sie zwar etwas weiß, es aber ‚aus Gründen des Staatswohls‘ den Abgeordneten noch nicht einmal in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestags zur Kenntnis geben kann ... Auf jeden Fall bedeutet dieser Umgang, dass jegliche Kontrolle und Kritik an der Bundesregierung durch die Opposition unmöglich gemacht wird.“

Wie bitte? „Opposition“? „Kontrolle“? Gar „Kritik“? Darf die das, oder riecht es hier nicht schon ziemlich streng nach „Delegitimierung des Staates und seiner Repräsentanten“? Die Frau sollte sich versehen.

Denn Regierungen, denen die Muffe geht, neigen zu heftigen Reaktionen, wenn sie es mit Widerspruch zu tun bekommen. Noch dazu, wenn ihre verbalen Drohgebärden zunehmend verpuffen. In den neuen Bundes-

—
Wer muss den Fall denn wirklich untersuchen, wenn er solche Framing-Füchse wie Roderich Kiesewetter hat?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

ländern füllen sich die Straßen mit Demonstranten, die offensichtlich nicht einsehen wollen, dass ruinöse Energiepreise und eine galoppierende Geldentwertung entweder a) ihr gerechter Beitrag zur Welt- und Klimaretung sind oder b) allein Putins Schuld – wobei die Argumente a) oder b) je nach Opportunität ins Spiel gebracht werden.

Doch diese Demos, das hat Innenministerin Nancy Faeser von der SPD ja schon vor Wochen in Stein gemeißelt, die gehen gar nicht, weil da ja auch „Rechte“ mitmarschieren könnten. Was so viel heißen sollte, wie: Demonstriert gefälligst gar nicht, basta!

Jedenfalls nicht so. Hier wird genau unterschieden. Erinnern Sie sich an den „Sturm auf den Reichstag“ im August 2021? Da waren ein paar aufgekratzte Bürger auf die Treppe des Parlamentsgebäudes gelaufen, um dort Fahnen zu schwenken und Selfies zu schießen. Mehr nicht. Niemand ist beispielsweise ins Gebäude eingedrungen. Und es reichten läppische drei Polizisten, um die Menge von der Treppe wieder wegzuschubsen.

Himmel, was war da los in Politik und Medien! Als hätten wir kurz vor einem Staatsstreich gestanden, der gerade noch so abgewehrt werden konnte.

Nun sind tatsächlich Demonstranten in ein Regierungsgebäude eingedrungen, das Finanzministerium nämlich, haben dort Räume blockiert und ein Transparent vom Balkon wehen lassen. Und was geschieht? So gut wie nichts, von einer Aufregung wie nach der Treppenszene ist nichts zu spüren.

Auch die „Aktivisten“, die sich als normale Besucher getarnt in den Reichstag gestohlen haben, um dort einen falschen Feueralarm auszulösen, haben kaum größere Wellen geschlagen. Warum nicht? Weil es sich um „Klimaaktivisten“ handelt, welche die mitregierenden Grünen immer noch als Teil ihres Lagers betrachten. Da nimmt man eben Rücksicht.

Und ist dann aber anschließend ehrlich entrüstet, wenn man lesen muss, dass immer mehr Deutsche meinen, unsere Demokratie funktioniere nicht mehr richtig. Weil sie den Eindruck haben, es werde mit zweierlei Maß gemessen, wobei die Interessen des Volkes denen bestimmter Interessengruppen hintangestellt werden.

Denn ginge es um die Interessen des Volkes, müsste ja auch die Frage, wer Nord Stream attackiert hat, brennend interessieren. Tut sie aber nicht. Aufschlussreich.



PAZ-SPEZIAL

Literaturherbst 2022

Sonderveröffentlichung
Preußische Allgemeine Zeitung
Freitag, 21. Oktober 2022 – 1,00 €

Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses als Humboldt-Forum ist das größte kulturpolitische Projekt Deutschlands der letzten Jahre. Treibende Kraft dahinter war Wilhelm v. Boddien. Nun erscheinen seine Erinnerungen. **Seiten 4–5**

Preußen im Buch

Von alter Geschichte und unvergessenen Landschaften. Von großen Geistern der Kultur und Pionieren des Industriezeitalters. Und von einem Feld, auf dem man Preußen lange nicht vermutet hätte. Lesestoff für die kalte Jahreszeit

Literaturherbst 2022

IN DIESER BEILAGE

Wissenschaft
und Belletristik

René Nehring über die Rolle Preußens in der Publizistik und aktuelle Neuerscheinungen
Seite 2

Als Preußen in
die Moderne trat

Eberhard Straub über ein altes Missverständnis und den eigenständigen Weg des Kaiserreichs in die neue Zeit
Seite 3

„... ins Herz
der Menschen
getroffen“

Im Gespräch mit
Wilhelm v. Boddien
Seite 4

Am Ende der
deutschen Welt

Hermann Pölkling über das Land an der Memel, wo die Spuren der Vergangenheit noch zeitlos präsent sind
Seite 6

Lebensbilder aus
großer Zeit

Erik Lommatzsch stellt drei Neuerscheinungen aus dem Berliner Eulenspiegel-Verlag vor
Seite 7



PAZ-SPEZIAL

Eine Sonderveröffentlichung der
Preussischen Allgemeinen Zeitung

IMPRESSUM

Redaktion: René Nehring (Chefredakteur und V.i.S.d.P.) **Bildredaktion:** Manuela Rosenthal-Kappi, Harald Tews
Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Geschäftsführer: Dr. Sebastian Husen
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.
Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf.
Die *Preussische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.
Internet: www.paz.de
E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PUBLIZISTIK

Wo Preußen weiterlebt

RENÉ NEHRING

Als die alliierten Siegermächte am 25. Februar 1947 die Auflösung des Staates Preußen verkündeten, blieb dieses Ereignis in Deutschland weitgehend ohne Widerhall. Die geschlagenen Deutschen hatten mit sich und ihren alltäglichen Nöten genug zu tun und keine Zeit, sich mit einem Staat zu befassen, der faktisch schon vom vorherigen „Dritten Reich“ abgeräumt worden war.

Als die Deutschen dann nach und nach wieder auf die Beine kamen und gelehrige Geister die Zeit fanden, über die verschiedensten Wege und Irrwege der Nation in den Jahrzehnten zuvor nachzudenken, rührte sich bis auf ganz wenige Angehörige alter preußischer Familien kaum jemand, der noch für eine Neubegründung Preußens – das immerhin den modernen deutschen Nationalstaat begründet hatte – plädierte. Preußen war und blieb Vergangenheit, und wo man noch darüber nachdachte, ging es allenfalls um die Frage, wann genau der Staat in ebendiese Vergangenheit entschwinden war: mit der Gründung des Kaiserreichs 1871, als Preußen in Deutschland aufging, oder mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Abdankung Wilhelms II. oder mit dem „Preußenschlag“ in der Weimarer Republik oder mit der Gleichschaltung der deutschen Länder durch die Nationalsozialisten und der Ersetzung durch Gaustrukturen – oder nicht doch erst mit dem formellen Auflösungsbeschluss der Alliierten?

Und doch entwickelte sich im Laufe der Zeit ein nicht unerheblicher Bereich des öffentlichen Lebens, in dem Preußen fortbestand, als hätte es seine Auflösung nie gegeben – die Publizistik. Egal, ob Herrscherbiographie oder persönliches Erinnerungsbuch über die verlorene Heimat, egal ob kunsthistorische Abhandlung über ein Schloss oder Bildband über eine Region: Der Berg an Literatur über Preußen wuchs und wuchs, so dass er heute nicht mehr überschaubar ist. Offenkundig waren die – im Vergleich zu anderen Großmächten – wenigen Jahre Geschichte des preußischen Gesamtstaats von ungefähr 1640 bis 1945 ausreichend, um noch *post mortem* künftigen Generationen Stoff für eine vertiefte Befassung zu hinterlassen.

Ein Quell unendlicher Geschichten

Besonders stark ist das Interesse an Preußen auf dem Gebiet der Wissenschaft. Noch immer bieten die zahlreichen Aspekte der Geschichte des Landes zwischen Rhein und Memel genügend Themen für immer neue Dissertations- und Habilitations- sowie Ausstellungsprojekte. So ist die auf den kulturellen Hinterlassenschaften des alten Preußen gegründete Stiftung Preussischer Kulturbesitz noch immer die größte Kultureinrichtung der Bundesrepublik Deutschland. Allein deren Sammlungen und Ausstellungen bieten ein schier unerschöpfliches Reservoir für die Beschäftigung mit Preußen. Dass ein Teil dieser Sammlungen in das neu errichtete Humboldt-Forum eingeflossen ist (siehe zu dessen Baugeschichte auch die Seiten 4–5), hat offenkundig Horizonte dafür geöffnet, dass Preußen und das von ihm gegründete Kaiserreich bereits globale Tendenzen verfolgten, lange bevor es das Wort „Globali-

sierung“ überhaupt gab. So lockte vor einigen Jahren schon die Ausstellung über die Ausgrabungen des Tell Halaf in Syrien durch Max von Oppenheim rund 780.000 Besucher auf die Berliner Museumsinsel.

Im ebenfalls dort gelegenen Ägyptischen Museum startete dieser Tage die Ausstellung „Abenteuer am Nil. Preußen und die Ägyptologie 1842–45“. Die dazu im Kulturverlag Kadmos erschienenen Begleitbücher – zum einen der Katalog (siehe Seite 8), zum anderen das erst 2003 in Australien wiederentdeckte Expeditionstagebuch des Zeichners und Malers Max Weidenbach – gehören zu den inhaltlich spannendsten und optisch schönsten Neuerscheinungen dieses Bücherherbstes.

Einen gänzlich anderen, klassischen Blick auf Preußen wirft die Studie „Ein Lehrer auch an der kleinsten Schule“ von Dietmar Roglitz, die am Beispiel des Schulaufsichtsbezirkes Penkun die Elementarschulreform in der preußischen Provinz Pommern von 1763 bis 1872 untersucht. Die Arbeit, deren Titel auf den ersten Blick vielleicht etwas dröge klingen mag, untersucht auf lokaler Ebene das preußische Bildungswesen und belegt so exemplarisch den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsstand des Hohenzollernstaates im 19. Jahrhundert, als wirklich bis in die entlegensten Winkel des Landes hinein jedes Kind lesen und schreiben konnte (was selbst in vermeintlich höher entwickelten Kulturstaaten jener Zeit längst nicht der Fall war).

Einen zentralen Aspekt preußischer Geschichte untersucht die von Manfred Kittel, Gabriele Schneider und Thomas Simon herausgegebene Arbeit über Preußens Osten in der Weimarer Republik. Mit zunehmender Distanz zu den historischen Ereignissen hat – leider bis in höchste Kreise der historischen Wissenschaft hinein – in den vergangenen Jahrzehnten die Legende Verbreitung gefunden, dass Preußen ein Hort der Reaktion und fast so etwas wie ein direkter Vorgängerstaat des „Dritten Reichs“ gewesen sei. Kittel et al. zeigen nun, dass der größte Gliedstaat der Weimarer Republik ein weitaus konsequenteres parlamentarisches Regierungssystem etabliert hatte als das Reich, womit sich Preußen nach 1918 zu einem wichtigen Bollwerk der Republik entwickelte. Die Gründe für „Weimars“ letzliches Scheitern lagen nicht in Preußen. Selbst der ostelbische „rechte preußische Lungenflügel“ hielt dem Ansturm der braunen Demokratiefeinde weitaus länger stand als andernorts. Neben Blicken auf Verfassung, Identität und Baukultur des

preußischen Gesamtstaates bis zum „Preußenschlag“ 1932 werden hier die bunten politischen Verhältnisse von den teils gutsherrschaftlich und meist „national-protestantisch“ geprägten Gebieten Ostpreußens und Hinterpommerns bis hinein in die katholische Industrieregion Schlesiens beleuchtet.

Preußische Kommissare

Eine gänzlich andere Perspektive auf die preußische Geschichte hat sich in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der Belletristik etabliert. Seit Tom Wolf vor über zwanzig Jahren mit „Königsblau. Mord nach jeder Fassung“ im Be.bra-Verlag seinen ersten „Preußen-Krimi“ vorlegte, erfreuen sich diese besonderen Geschichtserzählungen einer anhaltend hohen Beliebtheit. Die vermutlich bekanntesten sind, obwohl die wenigsten Leser sie als Preußen-Geschichten wahrnehmen dürften, die Fälle rund um den aus Köln stammenden, im Berlin der späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre ermittelnden Kommissar Gereon Rath. Hauptthema dieser von Volker Kutscher verfassten Romane ist der schrittweise Niedergang der Weimarer Republik und das Aufkommen des Nationalsozialismus. Doch dahinter gibt es – etwa in den Äußerungen der als bekennende Preußin und Sozialdemokratin geschilderten Ehefrau Charlotte („Charly“) des Kommissars – immer wieder klare Bekenntnisse zum demokratischen Charakter Preußens, das regelmäßig als Gegenentwurf zur braunen Diktatur gezeigt wird. Teil 9 der Reihe erscheint unter dem Titel „Transatlantik“ am 27. Oktober.

Ein paar Jahre vorher angelegt ist die Geschichte um den Weg des Gauners Felix Blom vom Moabiter Häftling zum Meisterdetektiv. 1878 wird dieser nach drei Jahren Haft aus dem Gefängnis entlassen. Als „Ex-Knacki“ kennt er alle Tricks seiner vormaligen Berufskollegen und bringt nun Berlins Verbrecher ins Schwitzen. Ob Blom ähnlich lange ermitteln wird wie der Kölner Rath, wird man sehen. Wenn es nach Bestseller-Autorin Alex Beer geht, ist der erste Fall Bloms nicht sein letzter.

Zeitlich noch weiter zurück gehen die Fälle um den Berliner Kommissar Wilhelm von der Heyden. Der von Autor Ralph Knobelsdorf entwickelte Ermittler führt die Leser zu den Anfängen der preußischen Kriminalpolizei im Berlin des 19. Jahrhunderts. Nach dem ersten, im vergangenen Jahr erschienenen Fall „Des Kummers Nacht“ erscheint nun schon der zweite Band „Ein Fremder hier zu Lande“, in dem ein Serienmörder im Rotlichtmilieu umgeht und den Bürgern der damals noch beschaulichen Residenzstadt Angst und Schrecken einjagt.

Zugegeben: Ambitionierte Bildungsbürger werden vermutlich den zuletzt genannten Titeln kaum etwas abgewinnen können, manche mögen sogar darüber schmunzeln oder gar die Nase rümpfen. Und doch zeigen gerade diese Bücher, dass die Geschichte Preußens noch lange nicht zu Ende erzählt ist. Und die Resonanz der Leser zeigt, dass auch das Interesse an Preußen beim Publikum noch lange nicht erloschen ist.

Susanne Binder (Hrsg.)

Auf ins Land am Nil. Das Expeditionstagebuch des Max Weidenbach 1842–1845
Kulturverlag Kadmos 2022

Dietmar Roglitz

Ein Lehrer auch an der kleinsten Schule. Elementarschulreform in der preußischen Provinz Pommern am Beispiel des Schulaufsichtsbezirkes Penkun 1763–1872
Böhlau 2022

Manfred Kittel / Gabriele Schneider / Thomas Simon
Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik
Duncker & Humblot 2022

Volker Kutscher

Transatlantik. Der neunte Rath-Roman
Piper 2022

Alex Beer

Felix Blom. Der Häftling aus Moabit
Limes Verlag 2022

Ralph Knobelsdorf

Ein Fremder hier zu Lande. Ein neuer Fall für Wilhelm von der Heyden
Bastei Lübbe 2022

Offenkundig bieten
die zahlreichen Aspekte
der Geschichte des
Landes zwischen Rhein
und Memel genügend
Stoff für immer neue
Projekte



Fast vergessene Mission: „Hissen der preußischen Flagge auf der Pyramide des Cheops am 15. Oktober 1842“
(Zeichnung von Johann Jakob Frey 1842) Foto: bpk images

Literaturherbst 2022

VON EBERHARD STRAUB

Während des sogenannten wilhelminischen Zeitalters erlebten die Deutschen ihr erstes umfassendes Wirtschaftswunder. Unter dem Eindruck der monarchischen Repräsentation mit ihrer Pracht und den historistisch verspielten Fassaden öffentlicher wie privater Gebäude wird oft vergessen, dass Schöngeister um 1900 sich vor der stürmischen „Amerikanisierung“ Deutschlands fürchteten, die das lärmende Berlin mit seinem Stolz auf den Verkehr und das Tempo als neues Lebensgefühl für sie veranschaulichte. Amerikanisierung meinte für sie das Aufgehen in einer Massenzivilisation, die nur noch an Komfort, Wachstumsraten, Gewinnmaximierung, Export und Konsum dachte. Zusammen mit den USA war das Deutsche Reich die dynamischste Wirtschaftsmacht, weltweit verflochten, ohne Furcht vor Globalisierung und internationaler Zusammenarbeit in Europa.

Epoche eines rasanten Aufstiegs und Wohlstandsgewinns

Die Grundlagen für diese rasante Entwicklung wurden indes schon lange vorher gelegt. Am Anfang des 19. Jahrhunderts wurden die deutschen Staaten von 1792 bis 1815 dauernd von Franzosen – erst von Republikanern, dann vom Soldatenkaiser Napoleon – in Kriege verwickelt, besetzt und ausgeplündert. Sie waren arm, und es dauerte lange, bis sie sich wieder erholt hatten. Sie mussten aus ihrer Armut, aus der Not eine Tugend machen, nämlich die vor allem in Preußen ostentativ gepflegte Bescheidenheit. Gegen Ende des Jahrhunderts waren sie jedoch reich geworden, „neureich“ wie die Amerikaner, und genossen es, den anderen zeigen zu können, nicht mehr knauserig sein zu müssen, sondern Geschmack an luxuriöser Verschwendung gefunden zu haben.

Dieser Epoche, der Geschichte der zunächst allmählichen und dann stürmischen Industrialisierung, widmen sich am Beispiel Preußens, das wegen des Zollvereins die übrigen deutschen Staaten ab der Mitte des 19. Jahrhunderts dynamisierte, Andreas Bödecker und Helga Tödt in ihrem Buch „Spione – Erfinder – Unternehmer. Preußens Industrialisierung in Lebensbildern“.

Mit Lebensbildern veranschaulichen sie diese Entwicklung. Geschichte und Wirtschaftsgeschichte hängen mit überpersönlichen Strukturen zusammen. Aber es sind immer Menschen, die sich in ihnen bewegen, sich ihrer Möglichkeiten bedienen und sie darüber verändern. Der technisch-wissenschaftliche Geist durchdrang in dieser Zeit alle Gebiete produktiver Tätigkeiten. Insofern vermitteln die konkreten Beispiele der kombinierenden Phantasie und des unternehmerischen Ehrgeizes in Preußen einen Eindruck von der schöpferischen Wechselbeziehung zwischen individueller Energie und kollektiver Bedingtheit.

Die Skepsis des alten Goethe

So entsteht ein Epochenbild vom gesamten Leben – von der Ernährung bis zur Beschleunigung sämtlicher Lebensrhythmen aufgrund neuer Verkehrs- und Produktionsmittel wegen der Motorisierung und Elektrifizierung, die in alle Lebensgewohnheiten eingriffen. Der späte Goethe beobachtete schon um 1826 „das größte Unheil unserer Zeit“, was spätere Generationen Amerikanisierung nannten: nichts mehr reif werden zu lassen unter dem Druck der nicht zu dämpfenden Dampfmaschinen, der Lebhaftigkeit des Handels, des Durchrauschens des Papiergeldes, des Anschwellens der Schulden, des Zeitmangels, weil alles immer schneller gehen soll und endlich nervös von Weltteil zu Weltteil springt.

Goethe nannte das „velociferisch“, eine dämonische Bewegung, die „velocitas“, die Geschwindigkeit, und Lucifer verbindet, der sich gegen Gott und eine wohl proportionierte Ordnung empörte. Julius Langbehn erweiterte 1890 solches Unbehagen in seinem



Künstlerische Momentaufnahme einer Zeit, in der auf ostelbischen Brachen plötzlich Industrielandschaften entstanden: Adolph von Menzels Gemälde „Das Eisenwalzwerk“ (1872–1875, Öl auf Leinwand) Foto: akg images

Als Deutschland und Preußen **modern** wurden

Dem Deutschen Kaiserreich wird von Kritikern mitunter vorgehalten, ein Staat der Reaktion gewesen zu sein. Ein opulenter Band zeigt dagegen mit eindrucksvollen Bildern, **dass Preußen und Deutschland in jener Zeit lediglich ihren eigenen Weg in die neue Zeit gingen**

Buch „Rembrandt als Erzieher“ zu einer ausschweifenden Zeit- und Kulturkritik, die zur Umkehr mahnte, um sich aus der die Natur, den Menschen und seine Umwelt zerstörende Zwängen des sich überstürzenden Zeitverschlingens zu lösen. Der Berliner um 1900 rief allerdings begeistert, mit der Uhr in der Hand: Keine Zeit! Keine Zeit! Keine Zeit!

Der Inbegriff des raschen, stets neugierigen Berliners war der Kaiser. Er schwärmte für schnelle Schiffe, für Luftschiffe und Automobile und verstand das anbrechende 20. Jahrhundert als Jahrhundert des Ver-

kehrts. Er konnte mit Ingenieuren wie ein Kollege reden. Das neue Jahrhundert werde nicht durch den Geist, sondern durch die Wissenschaft und Technik bestimmt. Darin ist der Deutsche groß, wie er 1902 feststellte, groß aber auch in seiner Organisations- und Disziplinfähigkeit. Disziplin, also technisch-maschinelle Funktionstüchtigkeit, ist die Voraussetzung dafür, dass sich Deutsche einen Platz an der Sonne im globalen Wettbewerb sichern und ihn behaupten konnten.

Technische Hochschule der Welt

War Deutschland im 19. Jahrhundert die Universität der Welt, so wurde es zu Beginn des 20. Jahrhunderts nun zu deren Technischer Hochschule, zu deren Werkbank und überhaupt zum Laboratorium für eine neue Welt und eine schönere Zukunft. Die enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Industrie, von praktischer Weltvernunft und geistiger Feinmechanik sowie der unruhigen Tüftelei gab den Deutschen auf allen Gebieten einen Schwung, der es ihnen erlaubte, ihre internationalen Konkurrenten zu deren Verdruss zu überfliegen. Werner von Siemens oder Friedrich Bayer, der Chemiker in Leverkusen, oder Heinrich von Stephan, der das Postwesen revolutionierte und im Weltpostverein global organisierte, diese Persönlichkeiten, an die das Buch von Bödecker und Tödt erinnert, waren ja keine geistlosen Techniker oder schlaue Unternehmer, sondern philosophisch geschulte Humanisten, die an eine praktische Verbesserung der Lebensumstände dachten,

um Zeit und Muße jedem zu verschaffen, seinen inneren Menschen auszubilden.

Ein eigener Weg in die Moderne

Ganz ohne Idealismus ging es eben nicht bei der Absicht, mit Hilfe der Technik und des Fortschritts dem Menschen am Beginn der Moderne neue Freiheiten und Entfaltungsräume zu ermöglichen. Das Deutsche Reich und sein führender Staat Preußen standen nicht abseits von der Moderne, sondern ganz im Gegenteil, war hier alles „veloziferisch“ geworden, selbst die Philosophen und Soziologen durften nicht rasten, dazu genötigt, diese schnelllebige Zeit zu begreifen und deren Zukunft zu deuten.

Andreas Bödecker und Helga Tödt vertrauen in ihrem opulenten Band auch auf die Kraft der Bilder. Diese dokumentieren in großer Wahl, wie Wissenschaft und Technik den Alltag umgestalteten, bequemer machten und zugleich mit dem Ethos der Leistung und Verantwortung von jedem Einzelnen viel verlangten, ihn von sich abzulenken und auf das Wohl des Vaterlandes oder der Nation verpflichteten, auf ein gemeinsames Wollen, das jedem einzelnen Willen die Richtung wies.

● **Dr. Eberhard Straub** ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören „Kaiser Wilhelm II. Die Erfindung des Reiches aus dem Geist der Moderne“ (Landt Verlag 2012) sowie „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (Klett-Cotta 2014). www.eberhard-straub.de

Bilder einer Epoche



Andreas Bödecker und Helga Tödt **Spione – Erfinder – Unternehmer. Preußens Industrialisierung in Lebensbildern** be.bra verlag 2022, gebunden, 640 Seiten mit 466 Abbildungen, ISBN 978-3-89809-211-1, 28 Euro

So entsteht ein Epochenbild vom gesamten Leben – von der Ernährung bis zur Beschleunigung sämtlicher Lebensrhythmen aufgrund neuer Verkehrs- und Produktionsmittel wegen der Motorisierung und Elektrifizierung, die in alle Lebensgewohnheiten eingriffen

Literaturherbst 2022

„... ins Herz der Menschen getroffen“

Im Gespräch mit Wilhelm v. Boddien

Seit dem Sommer 2020 strahlt das wiederaufgebaute Berliner Schloss inmitten der deutschen Hauptstadt. Von den ersten Ideen bis zur Umsetzung als Humboldt-Forum war es ein weiter Weg. Treibende Kraft hinter dem Projekt war der Hamburger Kaufmann Wilhelm v. Boddien. Im Februar wurde er 80 Jahre alt und hat nun ein Buch vorgelegt, in dem er auf sein „Abenteuer Berliner Schloss“ zurückblickt. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* sprach mit ihm an einem sonnigen Herbsttag im Schlüterhof des Schlosses über die Leidenschaften eines Träumers, die Attacken seiner Gegner und einen kleinen Wunsch zur Gestaltung der Schlossumgebung.

Herr v. Boddien, was erwartet die Leser, wenn sie Ihr Buch in die Hand nehmen? Es ist eine Erzählung, ein Bericht über Begegnungen, die ich überwiegend in den vergangenen dreißig Jahren hatte: Begegnungen mit Freunden, mit Unterstützern, mit Politikern – und mit Gegnern. Es sind also keine „Memoiren“ im klassischen Sinne, sondern vielmehr Schilderungen von Zuständen und Umständen, von Gesprächen und Maßnahmen, die letztlich zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses als Humboldt-Forum geführt haben.

Sie sind in Stargard, in Hinterpommern, geboren, stammen jedoch väterlicherseits aus Mecklenburg und mütterlicherseits aus der Hamburger Juristen- und Bürgermeisterfamilie Sieveking. Was hat Sie bewogen, sich für den zentralen Bau der preußischen Monarchie einzusetzen?

Meine Begeisterung für das Berliner Schloss begann bereits in meinen Schülertagen. 1961 kam ich als Abiturient mit 19 Jahren wegen des Mauerbaus nach Berlin. Dabei wollte ich auch einen Abstecher in den Osten der Stadt machen und fuhr mit der S-Bahn zur Friedrichstraße. Am Ende der Straße Unter den Linden wunderte ich mich plötzlich über einen riesigen, zugigen und öden Platz. Da erfuhr ich, dass an diesem Ort einst das Schloss gestanden hatte. Der Anblick der Öde des alten Zentrums und das Bewusstsein, dass sich dort einmal die Residenz der preußischen Könige befand, hat mich betroffen gemacht und zugleich ein Feuer in mir entfacht.

Das Schloss war dann 28 Jahre lang ein Hobby für mich. Ich befasste mich mit allen Facetten seiner Geschichte und wusste doch, dass es keine Chance für eine Wiederherstellung gab, solange die DDR existierte. Allerdings habe ich in dieser Zeit wichtige Leute kennengelernt wie zum Beispiel den Kunsthistoriker Otto von Simson, die mich in dem Glauben gestärkt haben, wenn es zu einer Wiedervereinigung käme, sei das zu schaffen.

Ein wichtiger Meilenstein war der Aufbau der sogenannten Schlossattrappe 1993. Doch was ist in der Zeit davor pas-

siert, vom Mauerfall 1989 bis zu jenem Ereignis?

Ich stützte mich schon zum Zeitpunkt der Deutschen Einheit bereits auf einen Freundeskreis von Bürgern, die sich für die Idee des Wiederaufbaus begeisterten. Dazu gehörten unter anderem Bernd Schultz vom Auktionshaus Villa Grisebach, der Verleger Wolf Jobst Siedler und der „FAZ“-Herausgeber Joachim Fest. Dieser Kreis versuchte zu Beginn der 90er Jahre, unsere Idee in die Öffentlichkeit zu tragen. Eine Aktion war, dass wir uns auf den damaligen Marx-Engels-Platz stellten, um den Passanten Bilder vom historischen Schloss zu zeigen. Dazu luden wir auch Journalisten verschiedener Zeitungen ein. Diese zeigten uns jedoch einen Vogel, weil kaum jemand das Abstraktionsvermögen hatte, sich in dieser Einöde den auf einem Pressefoto von 20 mal 30 Zentimetern dargestellten Bau von fast 200 Metern Länge, 120 Metern Breite und einer Höhe von 74 Metern bis zur Kuppelspitze vorzustellen.

Gleichzeitig brachten die damalige Bundesregierung und der Berliner Senat einen Masterplan-Wettbewerb über die Neugestaltung der Spreeinsel auf den Weg. 1000 Architekten aus aller Welt nahmen daran teil. Es war der Wettbewerb, der die Grundstrukturen der Insel für die Zukunft definieren sollte, ohne architektonische Festlegungen. Doch wir wussten, dass wenn es uns nicht gelingen würde, in diesen Wettbewerb mit Fakten einzudringen, das Schloss nicht zu schaffen wäre. Denn ein solcher Plan hat später Gesetzescharakter, jedes nachfolgende Bauprojekt richtet sich an dessen Bestimmungen aus.

Doch zu Recht stellte Bernd Schultz fest, dass uns mit unserem bisherigen Auftreten niemand ernst nahm, und er sagte: „Wer nicht hören will, muss sehen.“ Auf meine verdutzte Frage, was er damit meinte, sagte er: „Wir stellen das Schloss einfach hin.“ Und als ich ihn auslachte, sagte er: „Wir stellen es als Kulisse hin.“ Das war die Geburtsidee dessen, was wir 1993 machten. Diese Simulation stand dann vom Juni '93 an fast anderthalb Jahre auf den Fundamenten des gesprengten Schlosses. Im Mai 1994 wurde der Spreeinsel-Wettbewerb entschieden. Und zu unserem Glück enthielten die Siegerentwürfe den Originalgrundriss des Schlosses. Das war ein erster Erfolg, aber noch lange keine Garantie dafür, dass auf diesem Grundriss tatsächlich auch das Schloss wiedererstehen würde.

War die Schlosssimulation entscheidend für die Überzeugung der Öffentlichkeit?

Absolut. Am vorletzten Tag unserer Attrappen-Installation, im September 1994, besuchte Richard von Weizsäcker mit seiner Gemahlin unsere Ausstellung. Da sagte sie zu mir: „Herr v. Boddien, Sie sind ein Filou.“ Und auf meine Frage, wie sie dies als Dame wohl meinte, sagte sie: „Sie stellen uns dies Ding hier hin. Und zwar so

lange, bis wir uns daran gewöhnt haben. Nun wirkt es so, als ob hier nie etwas Anderes gewesen wäre. Und jetzt nehmen Sie es weg und das alte Loch ist wieder da. Wir werden Entzugserscheinungen haben.“ Von diesem Moment an wusste ich: Wenn wir dranbleiben, schaffen wir das. Aber wir durften eben niemals nachlassen.

Sie sehen daran aber auch, dass wir überhaupt keinen festen Plan hatten, sondern mehr oder weniger immer improvisierten. Wir betraten absolutes Neuland und waren nur ein kleiner Kreis von sechs, sieben Leuten, der sich anmaßte, den wichtigsten Platz in der Mitte der Hauptstadt der neuen Bundesrepublik Deutschland mit eigenen Ideen zu bebauen.

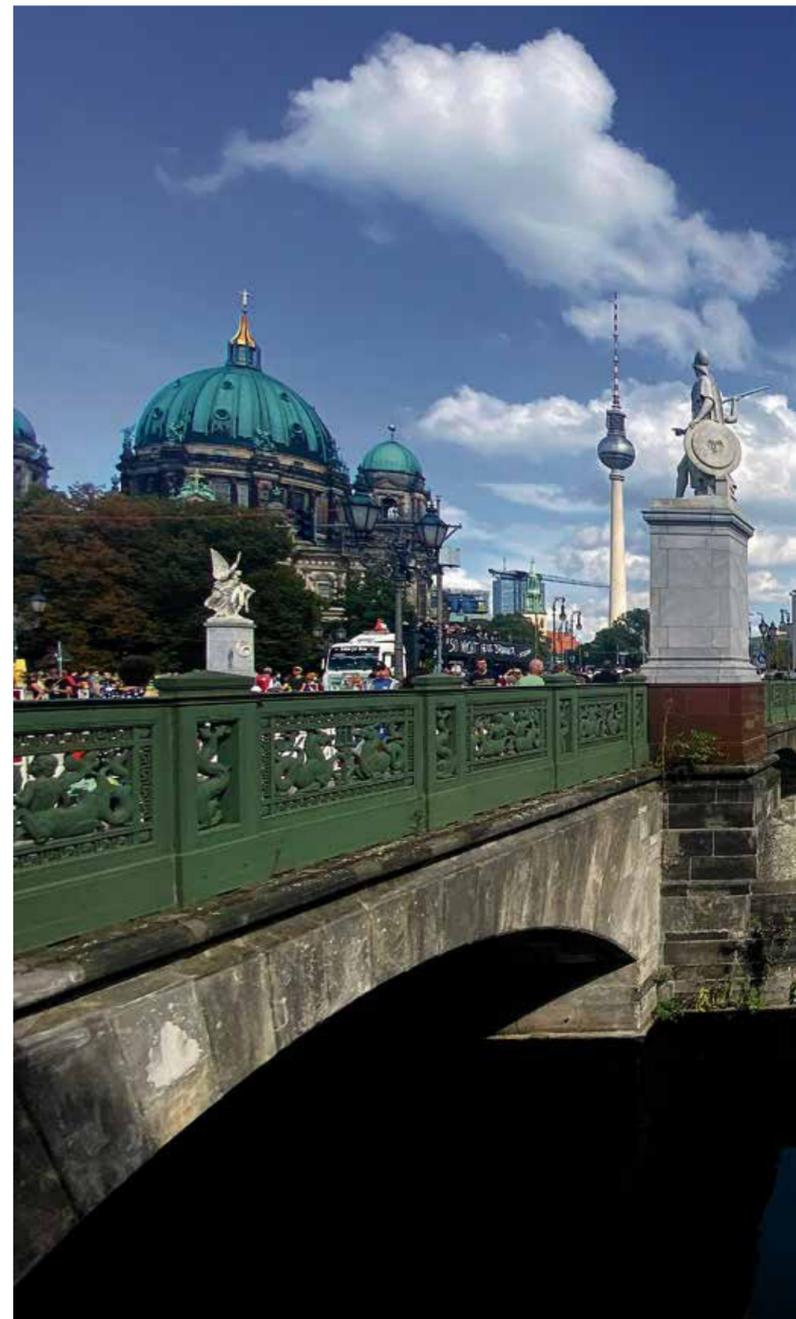
Sie haben in all den Jahren immer wieder mit ideologischen Angriffen gegen das Schloss, aber auch mit Verleumdungen gegen Sie persönlich zu tun gehabt. Wie sehr hat Sie das getroffen? Und wie sind Sie damit umgegangen? Wenn Sie sich anmaßen, den zentralen Ort der Republik gestalten zu wollen, müssen Sie von Beginn an mit Widerständen rechnen. Alles andere wäre naiv.

Ein wichtiger Grundsatz war, dass wir unsere Kritiker stets freundlich behandelten oder sie einfach ignorierten. Uns war klar, dass wenn wir uns auf deren Niveau begeben hätten, eine Schlammschlacht entstanden wäre, die uns und unserem Projekt geschadet hätte, nicht den Gegnern. Wer etwas verhindern will, braucht keine konstruktiven Argumente, wer etwas schaffen will, sehr wohl. Letztlich wurden die Schlossgegner zu unseren besten Spendensammlern, denn jedes Mal, wenn sie wieder loslegten, um den Verein anzugreifen, stieg das Spendenaufkommen gewaltig.

Viel wichtiger als die Abwehr der Kritiker war jedoch das positive Überzeugen der Öffentlichkeit. Da wir wussten, dass am Ende der Bundestag über den Wiederaufbau zu entscheiden hatte, sind wir gleich über die Bundestagsspitze gegangen, weil wir dort wohlwollende Schlossfreunde gefunden hatten und schnell auf ein positives Echo stießen. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, zum Beispiel, war einer der wichtigsten Helfer. Und Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte 1999 nach dem Regierungsumzug in seinem provisorischen Amtssitz im Staatsratsgebäude der DDR gegenüber der „Zeit“ mit Blick auf den Palast der Republik, ihm sei ein Schloss lieber als der „Palast“. Denn das Schloss wäre etwas für die Seele der Menschen.

Solche Befürwortung war natürlich sehr hilfreich, denn wir mussten auch die Bevölkerung überzeugen. Viele Leute sagten anfangs: Ein Schloss? Was soll der Quatsch? Wir brauchen Kitas, wir brauchen Straßen, wir brauchen Wohnungen und, und, und.

Was gab den Ausschlag dafür, dass das Schloss am Ende der Debatten tatsächlich gebaut wurde?



„Ich glaube, entscheidend war, dass die Diskussion von uns emotional geführt wurde – und von den Gegnern verstandesorientiert. Wir hatten ganz einfach mit der Attrappe und den späteren ersten Fassadenmodellen ins Herz der Leute getroffen und ihre Sehnsucht nach einer intakten Mitte Berlins geweckt“

Ausschlaggebend war ironischerweise die Moderne, die sich bei ihren Entwürfen nie um die Zustimmung der Bevölkerung bemühte, sondern, wie wenn der Papst *ex cathedra* Grundsätze zum Katholizismus verkündet, sich erhaben über jede Kritik fühlt, sie als nicht sachverständig abtut. Da ist die Moderne geradezu schmerzfrei, regt sich aber auf, wenn mal etwas ohne ihre Weihen durchgesetzt wird. Als der Bundestag über die Zukunft des Schlossplatzes entschied, war der Wiederaufbau des Potsdamer Platzes bereits voll in Gange. Und sein bauliches Ergebnis war im Ganzen ziemlich banal, obwohl dort weltweit bedeutende sogenannte Stararchitekten mitgewirkt hatten.

Als der Bundestag 2002 entschied, die originale Schlossfassade zu errichten und einen Wettbewerb mit moderner Architektur gar nicht erst zuzulassen, zischte Peter Conradi, der damalige Präsident der Bundesarchitektenkammer, es sei eine Unverschämtheit, dass die Moderne hier nicht die Chance bekommen hätte, mit genialen Gegenentwürfen zu zeigen, dass sie besser sei als das Schloss. Ich habe darauf mit dem Verweis auf den Potsdamer Platz entgegnet, dass die dort schon bis 2002 verbaute Fläche das Vierzigfache der Grundfläche des Schlosses betrage und die modernen Architekten demnach offensichtlich vierzigmal die Chance vergeben hatten, etwas Großes zu bauen. Auf einen groben Klotz gehört eben manchmal auch ein grober Keil.

Ich glaube, entscheidend in der ganzen Debatte war, dass die Diskussion von uns emotional geführt wurde – und von den Gegnern verstandesorientiert. Wir hatten ganz einfach mit der Attrappe und den späteren ersten Fassadenmodellen ins Herz der Leute getroffen und ihre Sehnsucht nach einer intakten Mitte Berlins geweckt.

Literaturherbst 2022



Alter und neuer Mittelpunkt der Hauptstadt: Das als Humboldt-Forum wiederaufgebaute Berliner Schloss *Foto: nehring*

Haben aber nicht auch die Kritiker Emotionen geschürt, zum Beispiel bei der Verteidigung des Palastes der Republik, an dem angeblich so viele Erin-nerungen der DDR-Bürger hingen?

Das ist richtig. Deshalb habe ich auch immer wieder bevorzugt Vorträge in Ost-Berlin gehalten. Dahin kamen dann ge- ballt auch die Gegner. Bei einem Vortrag stand einer auf und sagte: „Herr von Bod- dien, ich finde es eine Unverschämtheit. Der Palast der Republik wurde von der Bevölkerung der DDR gebaut und be- zahlt, und er ist ein Stück ihrer Identität.“ In einem solchen Moment ist man als „Wessi“ zunächst hilflos. Doch dann stand ein anderer Zuhörer auf und sagte: „Ich muss meinem Vorredner Recht ge- ben. Der Palast ist ein Stück unserer Identität und *müsste*“, da sprach er im Kon- junktiv, „deswegen erhalten bleiben.“ Doch, so der Mann weiter, „der Prenz- lauer Berg ist auch ein Teil der Janusköp- figkeit der DDR-Identität, und deshalb müsste auch er bewahrt werden wie in der DDR – mit all der stinkenden Braun- kohle, den lecken Dächern, den vorsint- flutlichen Sanitäranlagen und den brö- ckelnden Fassaden.“

Solche Aussagen sind natürlich ein Geschenk, die wie so viele Situationen in dem ganzen Prozess nicht planbar waren.

Was Sie sicher auch nicht planen konn- ten, waren die Angriffe gegen Ihre Per- son. Was davon war der härteste Fall?

Das war zweifellos die Strafanzeige des Architekten Philipp Oswald im Jahr 2007, der mich damals beschuldigte, Geldwä- sche betrieben und Spenden in Millio- nenhöhe veruntreut zu haben. Schlimm war, dass eine Zeitung wie die „FAZ“ gar nicht erst nachfragte, was an den Vorwür- fen dran sei, sondern gleich titelte: „Bod- dien unter Untreueverdacht. Wo sind die

Millionen geblieben?“ Das ist alles andere als erfreulich. Die Reaktionen in der Öf- fentlichkeit darauf waren geteilt: Es gab die einen, die uns fortan mieden, und die anderen, die empört riefen, das kann der Boddien doch gar nicht, der ist doch viel zu blöd dafür.

Das Verfahren wurde damals wegen Fehlens eines Anfangsverdachts von der Staatsanwaltschaft Berlin eingestellt.

Heute legt Oswald wieder los. Einer seiner Vorwürfe ist nun, verkürzt gesagt, dass ich die Namen von Spendern nicht herausgeben würde, die anonym bleiben wollten. Dabei ist mir dies aus Daten- schutzgründen schlichtweg nicht mög- lich, das wäre ein klarer, strafbarer Geset- zesbruch – und ist im Übrigen auch bei anderen gemeinnützigen Organisationen nicht üblich. Oswald konstruierte daraus jedoch, dass es hinter dem Schlossprojekt rechtslastige Geldgeber gäbe, die ich schützen würde. Erst unlängst wieder sagte die Linke Gesine Löttsch, immer- hin stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses und seit 1991 Bun- destagsabgeordnete für die Linke, dass sie es als eine Unverschämtheit empfin- de, dass der Förderverein sich weigere, die Namen der Spender zu nennen, und das dies für sie nach schwarzen Kassen- röße. Und das von einer Frau, deren Par- tei uns bis heute weitgehend im Unklaren gelassen hat, wo das Vermögen der SED geblieben ist!

Hatten Sie bei all den Angriffen jemals einen Punkt erreicht, an dem Sie genug hatten und aufgeben wollten?

Nein. Das liegt daran, dass ich mir den jugendlichen Elan, den ich 1961 empfunden hatte, und die damit verbundene Naivität eines kleinen Jungen immer be- wahrt habe. Geholfen hat sicherlich auch, dass es für mich und die Freunde des

Schlusses trotz aller Angriffe stets vor- wärtsging, während unsere Gegner letzt- lich nichts außer Klamauk erreichten. Und geholfen haben sicherlich auch die unzähligen Unterstützer und Förderer, die nicht nur gependet, sondern in Krisen- zeiten auch immer wieder Mut zuge- sprochen haben. Schon allein ihre Weg- gen kam ein Aufgeben nie infrage.

Die Skepsis der Schlosskritiker galt stets auch der technischen Machbar- keit. So wurde mit Blick auf die histo- rischen Fassaden gefragt, ob man aus zweidimensionalen historischen Plä- nen und Fotografien, die es ja gab, überhaupt originalgetreue dreidimen- sionale Skulpturen und Fassaden schaffen könne.

Richtig. Was die Wiederherstellung der historischen Fassaden am Ende ermög- lichte, waren die technischen Fortschrit- te durch die Digitalisierung. Die Architek- ten Rupert und York Stuhlemmer, die die Pläne für die Fassaden rekonstruierten, hatten zusammen mit der Technischen Universität eine Software entwickelt, die in der Lage ist, von historischen Fotos an- hand bestimmter Eingabedaten konkrete Maße zu ermitteln. Wenn Sie zum Bei- spiel ein Bild hochladen, das am 3. Juni 1903 um 15.00 Uhr aufgenommen wur- de, ist dieses Programm in der Lage, an- hand von Sonnenstand, Aufnahmewinkel und Schattenlängen, die zum Beispiel von den Fensterüberdachungen gewor- fen werden, die Tiefe der sichtbaren Ob- jekte zu berechnen. Damit waren wir in der Lage, von sämtlichen Skulpturen und Ornamenten die historische Dreidimen- sionalität zu ermitteln.

Die Digitalisierung hat uns auch an anderer Stelle geholfen. Die Kritiker hat- ten prognostiziert, dass die Wiederher- stellung der historischen Elemente mit



Seit Jahrzehnten treibende Kraft hinter dem Wiederaufbau des Berliner Schlosses: Der Hamburger Kaufmann Wilhelm v. Boddien *Foto: Ullstein*

den Händen selbst der fleißigsten Bild- hauer Jahrzehnte dauern würde. An die- sem Vorwurf war durchaus etwas dran, weil die Arbeit kräftezehrend ist und nicht wie am Fließband verrichtet wer- den kann. Es gibt seit Kurzem jedoch auch auf diesem Gebiet Techniken, die die Arbeit erheblich erleichtern. So „be- schäftigten“ die beauftragten Naturstein- betriebe mehrere Roboter. Nachdem zu- erst das Modell eines Fassadenelements so wie ein menschlicher Körper beim MRT abgescannt und dessen Maße damit im Computer erfasst wurden, stellte der daraufhin entsprechend programmierte Roboter anschließend das Rohelement in der erforderlichen Stückzahl her, befreite dieses maschinell in seinen noch nicht detaillierten Umrissen aus dem Stein- block. Und zwar zu etwa 80 Prozent. Das war im Grunde die Arbeit, die früher von Lehrlingskolonnen verrichtet wurde. Den „Rest“ leisteten dann unsere exzel- lenten Bildhauer mit der Hand und sorg- ten so für die Individualität der Kunst- werke und Bauteile.

So haben uns digitale Techniken aus dem 21. Jahrhundert geholfen, Barock- fassaden aus der Zeit um 1700 ganz ori- ginalgetreu und fristgerecht wiederher- zustellen.

Allerdings ist das Schloss nicht voll- ständig originalgetreu wiedererstan- den, sondern als ein Kompromiss aus historischen Außenfassaden mitsamt der Kuppel und einer überwiegend mo- dernen Innengestaltung. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?

Durchaus. Zum einen, weil das Haus, so wie es steht, das Optimum dessen ist, was politisch durchsetzbar war. Zum anderen, weil mit Franco Stella ein Architekt den Wiederaufbauwettbewerb gewonnen hat- te, der eine unglaubliche Sensibilität für das historische Schloss hat. Stella hat den Bau so hingestellt, dass künftige Genera- tionen von den rund sechzig historischen Prunkräumen des Schlosses fünfzig ohne Probleme am originalen Ort in den ori- ginalen Maßen wiederherstellen können. Selbst die historische Gigantentreppe am Schlüterhof, die ja über mehrere Etagen und Räume ging, könnte mit geringem Aufwand nachträglich am originalen Ort eingebaut werden, falls künftige Genera- tionen den Willen dazu haben sollten.

In der jetzigen Situation, in Zeiten von Corona und Krieg, ist dafür sicher- lich nicht der richtige Augenblick. Doch wer weiß? Wir haben seit der Sprengung über siebzig Jahre auf den Wiederaufbau gewartet, niemand weiß, was in den nächsten siebzig Jahren geschieht. Letzt- endlich müssen Sie, wenn Sie ein solches Projekt erfolgreich gestalten wollen, immer mit dem Möglichen und Durchführ- baren umgehen können. Und für diesen Kompromiss aus etwa drei Vierteln histo- rischen Fassaden, einer überwiegend mo- dernen Innengestaltung und nicht zu- letzt für die Konzeption des Humboldt- Forums als einen Ort, der verschiedene

Kulturen der Welt zusammenführt, ha- ben wir sowohl eine politische Mehrheit als auch einen gesellschaftlichen Kon- sens erzielen können.

Haben Sie in Bezug auf das Schloss noch einen Wunsch, von dem Sie den- ken, dass er verwirklicht werden sollte?

Wünsche habe ich viele. Pragmatisch möglich wäre es, das historische Umfeld des Schlosses anzugehen, vor allem die Rückkehr des Neptunbrunnens vom Alex- anderplatz an seinen historischen Ort auf dem Schlossplatz. Der Neptunbrunnen ist ja nicht nur einfach ein hübsches Kunst- werk, sondern in seiner ganzen Gestal- tung auf seinen originalen Standort, den Omphalos (Nabel) Berlins hin ausgerich- tet. Ein im 19. Jahrhundert von Schinkel dort aufgestellter, achtarmiger Kandelab- er zeigte wie eine Windrose in die vier Haupt- und die Nebenhimmelsrichtun- gen. Später trat an seine Stelle der Schloss- oder Neptunbrunnen als geogra- phischer Mittelpunkt Berlins, von hier aus wurde die preußische Meile vermessen. Er ist somit nicht nur der Nabel der Stadt, sondern der Nabel Preußens, was auch an den am Rand sitzenden Frauengestalten sichtbar wird, die für die vier damals preußischen Ströme Rhein, Elbe, Oder und Weichsel stehen.

Sind Sie in Bezug auf das Schloss ein glücklicher Mann?

Ja. Wir haben mehr erreicht als wir uns am Anfang erträumt haben. „Mehr“ des- halb, weil das Schloss am Ende sogar mit der historischen Kuppel wiederaufgebaut wurde, die in unserer Simulation von 1993 gar nicht enthalten war. Nun ist es an künftigen Generationen, den Bau mit Le- ben zu füllen und ihn behutsam weiterzu- entwickeln.

Das Interview führte René Nehring.

● **Wilhelm v. Boddien** ist Gründer und langjähriger Geschäftsführer des Fördervereins Berliner Schloss e.V. www.berliner-schloss.de

Zeitzeugnis



Wilhelm v. Boddien
Abenteuer Berliner Schloss. Erinnerungen eines Idealisten
Wasmuth & Zohlen, 223 Seiten,
Leinen in Schutzumschlag
ISBN: 978 3 8030 2370 4
24,80 Euro

Literaturherbst 2022

VON HERMANN PÖLKING

Ostpreußen ist in die Geschichte entschwunden. In seinem heutigen russischen Teil südlich der Memel ist wenig bäuerliches Kulturland erhalten geblieben. Der Besucher muss sich hier in einem anderen Landschaftsbild die deutsche Vergangenheit imaginieren. Im polnischen Teil überlagern oft acht Jahrzehnte polnischen Lebens die Spuren. Im litauischen Teil, dem schmalen Streifen Memelland längs der Memel und seinen Mündungsarmen, verströmt die Landschaft Zeitlosigkeit.

Bis 1919 hieß der nördlichste Punkt des Deutschen Reichs *Nimmersatt*. Zu diesem direkt am Strand der Ostseeküste gelegenen 399-Einwohner-Dorf, in dem Bauern, Fischer, Gastronomen und Zöllner lebten und in dem es lange Zeit eine „Immersatt“ genannte Gaststätte gab, gelangte man durch eine sandige Wald- und Heidelandschaft mit kargen Äckern und endlosen Dünengebirgen. „Nimmersatt und Immersatt, wo das Deutsche Reich ein Ende hat“, war ein Merksatz im Geografieunterricht des deutschen Kaiserreichs. In den 1930er Jahren verirrtten sich nur wenige Urlauber hierher.

Noch 1936 stellte der Schriftsteller Ernst Wiechert fest: „Hier ist das Ende der deutschen Welt.“ Aus Sand also bestand diese – so Wiechert – „östlichste deutsche Erde“. Hier war Wiechert geografisch nicht ganz korrekt. Es war die nördlichste. Denn östlicher lagen im Deutschen Reich noch die Grenzdörfer des ostpreußischen Kreises Pillkallen. Wenn nicht mit Geografie, so doch mit Sand kannte sich der Masure Wiechert aus. Seiner ostpreußischen Heimatprovinz war der Zipfel Memelland aber seit 1920 nicht mehr zugehörig.

„Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ – das war das Programm einer deutschen Nationalbewegung. Anders als Maas und Etsch war die Memel ab 1871 auf 112 Kilometer Teil eines geeinten Deutschlands. Von 1871 bis 1920 reichte dieses Deutschland sogar noch ein gutes Stück über die Memel hinaus in das weite flache Land bis an die russische Grenze – weitere 2.416 Quadratkilometer! Von der benachbarten litauischen Provinz des Zarenreichs trennte das deutsche Ostpreußen eine „grüne“ Grenze, nur markiert von Grenzsteinen. Erst durch Beschluss der Konferenz von Versailles wurde die Memel 1920 tatsächlich ein deutscher Grenzfluss.

Die „Entstehung“ des Memellandes

Das Land nördlich der Memel wurde für zwei Jahre als „Territoire de Memel“ ein Freistaat unter der Oberhoheit des Völkerbundes. Erst so entstand ein „Memelland“ – ein Begriff, den in Jahrzehnten zuvor niemand verwendet hatte. Das staatliche Konstrukt war ein 140 Kilometer langer Streifen, der an seiner breitesten Stelle – ohne Haff und Nehrung – nicht mehr als 20 Kilometer maß. Das „Memelgebiet“ war damit fünf Prozent kleiner als das heutige Saarland. Es hatte fast 142.000 Einwohner und damit in etwa so viel wie 1936 der Stadtstaat Freie und Hansestadt Lübeck. 1923 okkupierte die Republik Litauen das Memelgebiet; heute weiß man, wohl mit Zustimmung der demokratischen Regierung des Deutschen Reichs. Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges zwangen Litauen einen Autonomiestatus des Gebiets auf, der der zu 90 Prozent deutschgesinnten Bevölkerung mal mehr mal weniger kulturelle und Selbstverwaltungsrechte gewährte.

„Eine Reise vom Memelland nach Berlin war eine kleine Weltreise“, hielt der Schriftsteller, Kunstkritiker und Schauspieler Eugen Kalkschmidt 1947 in seinen Lebenserinnerungen fest, „sie dauerte im Personenzug volle vierund-



„Wo das Deutsche Reich ein Ende hat“: Diese Postkarte aus der Zeit um 1905 zeigt die alte Grenze Ostpreußens zu Litauen. Wobei viele Menschen im Alltag das Land nördlich der Memel „Großlitauen“ nannten und das Land südlich davon „Kleinlitauen“. Politisch war es damals die Grenze zwischen dem deutschen Kaiserreich und dem russischen Zarenreich
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Am Ende der deutschen Welt

Ein historischer Streifzug entlang der Memel, wo auch Jahrzehnte nach den großen Brüchen von Diktatur und Krieg, Flucht und Vertreibung die Spuren der Vergangenheit noch zeitlos präsent sind

zwanzig Stunden.“ Kalkschmidt absolvierte in den 1890er Jahren eine Buchhändlerlehre in Tilsit. „Ausflüge über Land, mit Kind und Kegel, waren nicht beliebt, die Landschaft als solche war von der einheimischen Bürgerschaft noch nicht entdeckt, sie kannte sie nicht, aber sie missbilligte sie, weil sie nicht ‚hervorragend‘ war.“

„Hervorragend“ war damals wie heute nur wenig im flachen Land beiderseits der Memel. Bis 1920 traf zu, was Meyers Konversationslexikon 1892 notierte: „Die Memel (...) entspringt in Russland, tritt als ein schiffbarer Fluss bei Schmalleningken ins preußische Gebiet.“ Eugen Kalkschmidt sah den Fluss hier preußisch exerziert: „Er hat eine weite Reise hinter sich von Minsk, Wilna und Kowno her, es ging so glatt und lustig durch die dunklen Wälder, an den Sandbänken und Untiefen in Litauen vorüber. Doch nun an der Grenze bei Schmalleningken wird die Reise schwieriger. Hier beginnt die preußische Zucht, die Erziehung zu geregelterm und anständigem Lebenslauf. Hier engen die bewaldeten Moränenhügel den Willen des Stromes ein.“

Die preußische Zucht begann bis 1920 gleich hinter Schmalleningken, heute Smalininkai, im äußersten Osten des Memellandes. Ab 1923 gehörte auch Schmalleningken zu Litauen: Die Grenze zwischen Litauen und dem Deutschen Reich verlief jetzt in der Mitte der Memel.

Die Schönheit „Preußisch Litauens“

Die Memel und einige ihrer Verästelungen grenzen das Memelland geografisch und topografisch vom nördlichen Ostpreußen ab. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nannte man das Gebiet beden-

kenlos „Preußisch Litauen“. Denn Preußen war zumindest bis zum Ende des Deutschen Bundes ein multinationaler Staat. „Litauische Heimat“ – noch 1922, im Erscheinungsjahr des Buches, verwendete Hermann Sudermann diese Formulierung als eine der ostpreußischen Geografie. Das heutige Litauen kennt kein „Memelland“ oder „Memelgebiet“. Für die Litauer ist das Gebiet heute noch „Kleinlitauen“, auch wenn in ihrem Verständnis „Kleinlitauen“ weit nach Süden über die Memel in den heutigen Oblast Kaliningrad greift.

Hermann Sudermann war um 1900 der meistgespielte deutsche Dramatiker und ein äußerst erfolgreicher Schriftsteller. Er stammte von dem beim Kreisort Heydekrug gelegenen Gut Matzicken. In

Landeskunde



Hermann Pölkling

Das Memelland.

Wo Deutschland einst zu Ende war. Geschichte eines Grenzlandes

Be.bra verlag 2022, gebunden, 352 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, ISBN: 978-3-89809-207-4 32 Euro

seiner Autobiografie „Bilderbuch meiner Jugend“ pries er die Schönheit seiner Heimat und verglich sie mit der Exotik Afrikas und Asiens. „Mein Auge hat manches von den Wundern der Welt geschaut. Ich habe die funkelnde Gletscherwelt zu meinen Füßen sich breiten sehen, ich bin auf schaukelndem Kamel und mit dem Kompaß als Führer in den sandigen, granitdurchstarrten Unendlichkeiten der Libyschen Wüste umhergeirrt, ich bin auf dem Indischen Ozean gefahren wie die seligen Götter, und die grüne, tiefende Dämmerung des tropischen Urwalds hat mir ihre Geheimnisse hergeben müssen. Aber das Schönste von allem hat mir meine arme litauische Heimat geboten.“

Ernst Wiechert empfahl seinen Lesern 1937, auf der Memel ein Holzfloß zu besteigen und so das Memelland zu bereisen. „Wer zu den Flößern hinabsteigt, kann hinausgleiten mit ihnen wie an den Rand der Welt. Gut ist es, still zu liegen auf dem duftenden Holz, die Hände unter dem Kopf verschränkt, und darüber zu treiben wie in den Bildern eines Traumes, an Wiesen und Haus, an Schilf und Moor, an Liedern und Schweigen. Sterne heben sich auf und sinken herab, der Sprosser schlägt aus dem Ufergebüsch und eine grundlose Schwermut hüllt dies alles ein, das Floß, den Strom, das Land.“

Schluchten am großen Bogen

Memelflöße aus den Tiefen Weißrusslands passierten nach 1920 kaum noch die Daubas, die bewaldeten Steilufer der Memel mit hügeligem Mischwald und Schluchten am großen Bogen zwischen dem Dorf Obereißeln und der Stadt Raginit. „Daubas“ bedeutet in der deutschen

Übersetzung „Schlucht“. Hier war und ist das Land an der Memel dank einer Endmoräne etwas „hervorragend“. Von diesem Landschaftserlebnis aus Kindheit und Jugend sind der Roman „Litauische Claviere“ und zahlreiche Gedichte des in Tilsit geborenen Autors Johannes Bobrowski geprägt. Nördlich der Memel, im damals teilautonomen litauischen „Memelgebiet“, verbrachte Bobrowski zwischen 1929 und 1939 seine Ferien. Noch zwei Jahrzehnte später gestand der Autor, jetzt im Ost-Berliner Stadtteil Friedrichshagen lebend: „Jeder meiner Träume hat diese Landschaft zum Schauplatz.“

Bei Kallwen, acht Kilometer unterhalb von Tilsit, teilt sich die Memel in ihre Hauptarme Gilge und Ruß und verliert damit ihren Namen. Sie mäandert in einem großen Delta dem Meer entgegen. Einer ihrer Arme, der Gilgestrom, nimmt hier seinen Weg nach Südwesten in die Elchniederung, während der Rußstrom in nordwestlicher Richtung dem Kurischen Haff zustrebt. Das Flusssystem der Niederung schaffte so ein reiches Bauernland mit satten Wiesen, geschlossenen Waldflächen und Mooren. „Es ist ein gar merkwürdiger Strich Landes“ schrieb der „Richter und Dichter“ Ernst Wichert über diese Landschaft in den 1860er Jahren. „Der Nemonien, die Gilge, die Ruß sind selbst breite Ströme, und durch das Flachland zwischen ihnen ziehen sich in großer Zahl andere Wasserläufe, teils ebenfalls in das Haff einmündend, teils jene miteinander verbindend, teils mit breitem Anlauf sich abzwiegend und plötzlich in einem Schilfsee stagnerend.“

Ein Hauptarm der Ruß teilt sich nach 35 Kilometern beim gleichnamigen Städtchen wiederum in zwei Arme, in die Atmath und die Skirwiet. Die Atmath erreicht erst nach über zwölf Kilometern das Haff. Inseln und Halbinseln säumen die Atmath bis zur Mole und dem Leuchtturm Kuwertshof, wo der Flussarm ins Haff mündet. Folgte man im Dorf Ruß nicht dem Lauf der Atmath, sondern dem Skirwietarm, stieß man nach vielen Windungen auf Inseln im mäandrenden Fluss.

Wo der Fluss die einzige Straße ist

„Hier ist die Einsamkeit zuhause.“ Die Schriftstellerin Charlotte Keyser nahm ihre Heimat als besetzt und schweigend redsam wahr. „Dieses ewig weite, sonnenüberflutete grüne Land hat eine eigene Sprache. Es redet von Unbegrenztheit und Freiheit und eine leise Ahnung streift unser Herz, dass das unendlich große Begriffe sein müssen, größer, als wir sie zu denken gewohnt sind.“ Keyser wurde 1890 in Ruß im Memeldelta geboren. Sie war zunächst Lehrerin in Tilsit. Ab 1939 veröffentlichte sie Romane. In „Eine vergessene Geschichte“ entführt sie ihre Leser in die Unendlichkeit der Felder und sattgrünen Weiden des Memeldeltas. „Fährt nur hinein in den breiten Atmathstrom und dann durch den gerade gezogenen Taggraben in die Minge, mitten durch das Fischerdorf Minge hindurch, dessen einzige Straße der Fluss ist. Man schaut hinein wie in ein Wunder.“

Fährt der Besucher heute auf geschotterten Pisten und Sandwegen längs der Memel und des Kurischen Haffs in Richtung Klaipėda/Memel, so reist er in Zeitlosigkeit in einer grünen Wunderwelt; vorbei an vielen Spuren deutscher Geschichte in einer Gegenwart, die „Preußisch Litauen“ nicht leugnet. Tröstlich: An der Memel ist alles noch da, solange wir uns erinnern können.

● **Hermann Pölkling** ist Autor diverser Bücher und Regisseur von filmischen Dokumentationen zur deutschen Geschichte allgemein und zur Geschichte Ostpreußens, darunter „Der Bruderkrieg 1870/71“ (Herder 2020) und die fünfständige DVD-Edition „Ostpreußen. Panorama einer Provinz“ (be.bra). www.helden-der-geschichte.de

Literaturherbst 2022

Lebensbilder aus großer Zeit

Klein, fein, fundiert und unterhaltsam – in Anekdoten und Episoden blickt der Eulenspiegel-Verlag auf das Wirken von E.T.A. Hoffmann, Rahel Varnhagen und Hermann von Pückler-Muskau

VON ERIK LOMMATZSCH

Preußische Kulturgeschichte geht auch leichtfüßig. Und zwar im besten Sinne, wie eine Reihe von kleinen biographischen Bänden des Eulenspiegel-Verlages zeigt, die zu meist mit dem Zusatz „Ein Lebensbild in Anekdoten“ erscheinen. Wer abseits von dickleibigen und fußnotenschweren, aber oft auch ebenso schwer verdaulichen Werken lieber ein wenig unterhalten werden will und dabei eine unaufdringliche Skizze von Persönlichkeit und Wirken vermittelt bekommen möchte, ist etwa mit dem Büchlein über E.T.A. Hoffmann von Bernd Hesse und Jörg Petzel bestens bedient. Für alle Bücher der Reihe sind sehr kurze, auch schon mal weniger als eine halbe Seite umfassende Kapitel charakteristisch. Streng genommen handelt es sich nicht immer um Anekdoten mit schlagfertiger Pointe, mitunter sind es einfach Episoden. Zwar bilden die Bücher jeweils eine chronologische Einheit, die Kapitel können in der Regel aber auch unabhängig voneinander gelesen werden.

Anekdoten um Hoffmann

E.T.A. Hoffmann, 1776 in Königsberg geboren, ist heute vor allem als einer der begnadeten Schriftsteller der Romantik ein Begriff, zuweilen ist er sogar Schullektüre. „Die Lebensansichten des Katers Murr“, „Der Goldene Topf“, die Kriminalgeschichte „Das Fräulein von Scuderi“ oder das Märchen „Nussknacker und Mausekönig“ erfreuen sich auch heute noch großer Beliebtheit. Die weitaus meisten literarischen Werke entstanden in seiner letzten Lebensphase in Berlin.

Allgemein weniger bekannt ist, dass Hoffmann lange versuchte, sich als Komponist und Kapellmeister zu etablieren und über großes zeichnerisches Talent verfügte. Seinen Lebensunterhalt bestritt er allerdings weitgehend mit der von ihm ungeliebten Juristerei, seinem Brotberuf. Dies alles kommt in den hier vorgelegten Anekdoten zum Tragen, nicht selten haben sie auch einen bitteren Beigeschmack. So bemerkte Hoffmann beim Tod seines Onkels, eines Obertribunalsrats in Berlin: „Wenig Freude hatte der alte Mann doch im Leben – er hat sich offenbar zu Tode referiert – das war die Belohnung für langjährige Dienste.“ 1802 wurde er von seiner Posener Stelle in die Provinz strafversetzt, weil er anlässlich eines Maskenballs Karikaturen der hochrangigen Gäste angefertigt hatte. Eine von Hoffmann gezeichnete

Karikatur verstimmte später auch den Dichter Jean Paul dauerhaft. Über die Geliebte des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II., die nach dessen Tod mehr oder weniger verbannte Gräfin Lichtenau, schrieb Hoffmann fasziniert: „Wie viel Bildung – wie viel Verstand – wie viel Ungezogenheit – das Weib ist eine wahre Ve-xierdose, wo ganz was anderes herauskommt, als man erwartete.“

Augen für vor allem junge Frauen hatte Hoffmann. Wegen seiner – wohl einseitigen – Zuneigung zu einer Bamberger Gesangsschülerin und des sich daraus entwickelnden Skandals musste er schließlich die Stadt verlassen. Unzufrieden und vor allem künstlerisch erfolglos fühlte er sich oft und suchte nach entsprechender Ablenkung. Gegenüber einem Freund resümierte er einmal einen derartigen Zustand: „Du weißt, dass Ausschweifungen allemal ihr höchstes Ziel erreichen, wenn man sie aus Grundsatz begeht, und das war denn bei mir der Fall.“ Alkohol floss reichlich, muss aber nicht immer verantwortlich gewesen sein, wenn der reichlich phantasiebegabte Hoffmann seinen Tischgenossen etwa plötzlich fragte, ob er nicht „dort in der Ecke rechter Hand den kleinen, ganz verfluchten Knirps“ bemerkt habe, „der sich unter den Dielen hervorhaspelt“.

Bedeutsam für die Musikgeschichte war Hoffmanns 1810 erschienene positive Rezension über Beethovens 5. Sinfonie, vom „Schmerz der unendlichen Sehnsucht“ – und damit dem großen Motiv der Romantik – ist die Rede. Hoffmanns Vornamen lauteten ursprünglich Ernst Theodor Wilhelm, meist werden nur die Initialen angegeben, allerdings E.T.A. und nicht E.T.W. Eine Erklärung für die Änderung lautet, Hoffmann habe dies aus Verehrung für Mozart getan und dessen zweiten Vornamen Amadeus an die Stelle von Wilhelm gesetzt. Das Anekdoten-Buch bietet noch eine nüchternere Variante an: Es habe sich um einen Schreibfehler auf einem der ersten Manuskripte gehandelt. Dann habe man es einfach dabei belassen.

„Größte Freiheit und Behaglichkeit“

Für ihr Buch über Rahel Varnhagen wählte die Autorin Dorothee Nolte nicht „Anekdoten“ als Untertitel, sondern „Lebensbild einer Salonière“, wobei hier zu erfahren ist, dass man in Berlin zur Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert eher weniger von „Salon“ sprach. Man traf sich „zum Tee“. Rahel Varnhagen war eine der großen Gastgeberinnen der Zeit, wer intellektuell Rang und Namen hatte, verkehrte bei ihr – die Humboldts, Tieck, Schleiermacher, Schlegel, de la Motte Fouqué, Prinz Louis



Lebensfreude eines großen preußischen Geistes: Der Dichter E.T.A. Hoffmann mit dem Schauspieler Ludwig Devrient im Berliner Weinhaus „Lutter & Wegner“ (Gemälde um 1832 von Karl Themann nach einer Skizze von Hoffmann um 1818) Foto: bpk images

Ferdinand und viele mehr. Für Heinrich Heine war sie „die geistreichste Frau des Universums“. Ihr späterer Mann, August Varnhagen, gab sich beeindruckt von einer Zusammenkunft: „Die Gesellschaft war ungemein belebt, in größter Freiheit und Behaglichkeit; jeder gab sich als das, was er sein konnte“ und „jeder zu herbe Ernst wurde von Witz und Scherz aufgefangen, die ihrerseits wieder, bevor sie ausarten konnten, von Wahrheit und Verstand ergriffen wurden“.

Kokettierend und nicht wenig von sich überzeugt, erklärte Varnhagen, sie habe „als einzige Gabe“, dass sie verstehe „was jeder fühlt, und was jedem fehlt“. Entsprechend äußerte sie über die französische Schriftstellerin Germaine de Staël: „Verstand hat sie genug, aber keine horchende Seele“. Von zwei Hypotheken fühlte sich Rahel Varnhagen – geborene Levin, später nahm die Familie den Namen Robert an – belastet: Sie meinte, es sei „Menschenkunde“, wenn man glaube, der Geist der Frau sei anders als der des Mannes. Aufgrund ihrer jüdischen Herkunft erfuhr sie Ablehnung, haderte allerdings auch selbst mit dieser Herkunft.

Etwa 6000 Briefe von ihr sind erhalten, um ihr Andenken machte sich insbesondere der deutlich jüngere, sie schwärmerisch verehrende August Varnhagen verdient, der ihr gegenüber Sätze äußerte wie: „Als Dein Apostel möchte ich leben“. Sehr modern klingen naiv-pazifistische Aussagen Rahel Varnhagens, sie habe „einen Plan im Herzen, alle europäischen Frauen aufzufordern, dass sie den Krieg niemals mitmachen wollen“.

Dass die Autorin Nolte ihrer Protagonistin Sympathien entgegenbringt, ist deutlich zu spüren. Häufig kommt diese selbst zu Wort, was ihr sicher gefallen hätte, immerhin verstand sie sich als „Eckmensch“ im „Gebilde der Menschheit“. Rahel Varnhagen konnte sich von einst geschätzten Freunden auch wieder entfernen, so etwa von Friedrich von Gentz, was Nolte vor allem mit dessen politischer Tätigkeit – er sei „immer konservativer geworden“ – erklärt. Liebschaften hatte Rahel Varnhagen reichlich, diesbezügliche Treue war für sie kein Thema.

Solch freizügige Ansichten teilte sie mit Hermann von Pückler-Muskau, der zu

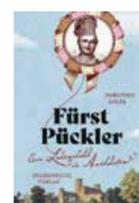
Lebensbilder



Dorothee Nolte
Ich liebe unendlich Gesellschaft. Rahel Varnhagen. Lebensbild einer Salonière
Eulenspiegel-Verlag 2021,
128 Seiten, mit Lesebändchen,
ISBN 978-3-359-03003-4
12 Euro



Bernd Hesse / Jörg Petzel
E.T.A. Hoffmann. Ein Lebensbild in Anekdoten
Eulenspiegel-Verlag 2021,
128 Seiten, mit Lesebändchen,
ISBN 978-3-359-03013-3
12 Euro



Dorothee Nolte
Fürst Pückler. Ein Lebensbild in Anekdoten
Eulenspiegel-Verlag 2020,
128 Seiten, mit Lesebändchen,
ISBN 978-3-359-01196-5, 12 Euro

Weitere Informationen von dieser Reihe: www.eulenspiegel.com

ihrer zahlreichen Gästen gehörte und der ihr und ihrem Mann seine Entdeckung als Schriftsteller verdankt. Über Pückler – Reisender, Landschaftsarchitekt, Schriftsteller und vor allem schillernde Figur der Epoche – hat Dorothee Nolte ebenfalls einen Band vorgelegt, hier wieder mit dem Untertitel „Anekdoten“.

„Grüner Fürst und Bestseller-Autor“

Ähnlich kurzweilig wie Rahel Varnhagen, aber mit etwas weniger Politikanklängen, wird der „grüne Fürst“ präsentiert – der sich etwa von seiner Frau Lucie formal scheiden ließ, um in England nach einer einträglichen Verbindung Ausschau zu halten. Man brauchte dringend Geld für den Unterhalt der Besitzungen. Das Ganze geschah im Einverständnis mit Lucie, mit der er verbunden blieb und intensiv korrespondierte, auch über diese Frage. So schrieb Pückler in die Heimat: „Der Himmel gebe nur endlich ein Wild, was der Mühe Wert ist, und ist es kein Edelhirsch, so müssen wir uns mit einem Häschchen begnügen – den Hunger zu stillen.“

„Was werden die Leute davon sagen?“ – das interessierte Pückler nicht. Wichtig war ihm allerdings die Frage: „Werden auch die Leute etwas davon sagen?“ Laut Nolte wurden Pücklers literarische Arbeiten von mehr Zeitgenossen gelesen als die Bücher „Goethes und Heines zusammen“. Pückler selbst war auch ein Leser – wie bei Hesse und Petzel zu erfahren ist, war er sehr erfreut, als E.T.A. Hoffmann ihm sein Buch „Klein Zaches genannt Zinnober“ übersandt hatte und antwortete, „Zinnober“ werde „zu den anderen Lieblingen der Phantasie und der Nacht in des Teufels Küche logiert“.

Eine Hausordnung für sein Schloss Branitz ist von Pückler überliefert. Der einzige Zwang war das „Diner“ um neun Uhr am Abend, nur „Krankheit, die der liebe Gott verhüte, dispensiert von dieser Pflicht“. Ansonsten finden sich Bestimmungen wie „Vollständige Freiheit für Wirt und Gäste“ oder „Jedermann steht auf, wann es ihm beliebt, und frühstückt, was er will und befiehlt“. Kleiner Wermutstropfen des Bandes: Das Pückler-Eis hat der Fürst nicht persönlich erfunden. Dafür ist das Buch über ihn von den drei hier vorgestellten das heiterste.



Einblick in Preußens große bürgerliche Epoche: „Geselligkeit bei Rahel Varnhagen“ (kolorierte Radierung von Erich M. Simon, o.J.) Foto: bpk images

Literaturherbst 2022

BÜCHER IN KÜRZE

Lesestoff für die kalte Jahreszeit

Preußen und seine Politik-, Kultur-, Geistes-, Wirtschafts- und Wissenschaftsgeschichte bewegen noch immer die Dichter und Denker. Eine kleine – keineswegs vollständige – Übersicht über aktuelle Neuerscheinungen



Der Fall Immanuel Kant

Kann es sein, dass ausgerechnet Immanuel Kant, Preußens bedeutendster Philosoph und Schlüsselfigur der europäischen Aufklärung, ein Rassist war? Und sind die großen kantianischen Werte – wissenschaftliche Objektivität, moralische Autonomie, vernunftbezogene Religiosität, Freiheit und pazifistischer Kosmopolitismus – nur Masken, hinter denen sich eine eurozentrisch reduzierte Weltanschauung verbirgt, die mit globalem Herrschaftsanspruch auftritt? So zumindest stellen es „woke“ Aktivisten in jüngster Zeit wiederholt dar. Da sich der Angeklagte nicht selbst verteidigen kann, untersucht der Kant-Biograph Manfred Geier, in dieser Studie den „Fall“ des Königsberger Philosophen. Dabei will Geier Kant und dessen Werk von der Anklage gar nicht pauschal freisprechen, allerdings versucht er, heute befremdlich erscheinende Äußerungen in ihren historischen Zusammenhang zu stellen. Zudem zeichnet Geier nach, warum es in den damaligen Debatten ging, was wir heute aus ihnen lernen können, was es zu kritisieren und was es zu verteidigen gilt.

Manfred Geier
Philosophie der Rassen. Der Fall Immanuel Kant
Matthes & Seitz Berlin 2022, kartoniert, Klappenbroschur, 117 Seiten
ISBN-13: 978-3-7518-0538-4,
14,- Euro



Ein Franzose in Preußen

Zugegeben: Die Zeit Voltaires am Hof von Sanssouci wehrte nicht lange und sie verlief weder für ihn noch für seinen Gastgeber Friedrich den Großen besonders glücklich. Dennoch gehört die Anwesenheit des französischen Philosophen in Berlin und Potsdam untrennbar zu jener Zeit, als Preußen allmählich zum Staunen der Welt wurde. Dass Voltaires „Traktat über die Toleranz“ nach den Anschlägen auf die Satirezeitung „Charlie Hebdo“ 2015 eines der meistverkauften Bücher Frankreichs war, zeigt seine bleibende Aktualität auch in der Gegenwart. Volker Reinhardt erzählt denn auch in seiner Biographie fesselnd von einem intellektuellen Literaten, der sich an einer staatlichen Lotterie bereicherte, über die Mächtigen und Etablierten spottete, die Hofgesellschaften in Versailles und Potsdam provozierte, sich virtuos zu tarnen verstand und schließlich in Ferney sein eigenes Reich schuf. Voltaires abenteuerliches Leben ist für Reinhardt, wie seine Werke, ein eindrucksvolles Manifest für die Freiheit in einer autoritätsgläubigen Welt.

Volker Reinhardt
Voltaire. Die Abenteuer der Freiheit
C.H. Beck 2022, Gebunden, 607 Seiten mit 52 Abbildungen, einem farbigen Frontispiz und zwei Karten
ISBN-13: 978-3-406-78133-9
32 Euro



Mord an einem großen Patrioten

Geistreich, geschäftlich erfolgreich und politisch gut vernetzt – so wurde Walther Rathenau zu einem der wichtigsten Repräsentanten des liberalen jüdischen Bürgertums im Kaiserreich. Am 24. Juni 1922 wurde er, inzwischen Reichsaußenminister der Weimarer Republik, auf offener Straße in Berlin erschossen. Zusammen mit anderen Attentaten erschütterte der Terror rechtsradikaler Gruppierungen den jungen Staat. Martin Sabrow geht der Frage nach: Waren die Attentate aufgehetzten Einzeltätern zuzuschreiben, oder steckte hinter ihnen das organisierte Mordkomplott eines Geheimbundes? Der schon von den Zeitgenossen verdächtigten Organisation „Consul“ konnte (oder wollte) die deutsche Justiz keine Schuld nachweisen. Und doch hatte sie laut Sabrow offensichtlich alle Fäden in der Hand. Der Autor deckt die Geschehnisse von damals auf und weist die bewusste Rechtsbeugung der konservativen Justiz nach und erklärt, warum das Ziel der Attentatsserie in der Öffentlichkeit lange im Verborgenen blieb: Sie sollte der Auftakt zur deutschen Gegenrevolution werden.

Martin Sabrow
Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution
Wallstein 2022, gebunden, 334 Seiten mit 17 Abbildungen
ISBN-13: 978-3-8353-5174-5,
30 Euro



Preußen und die Ägyptologie

Zu den großen Gelehrten Preußens, an die heute jenseits der Fachwelt kaum noch erinnert wird, gehört Richard Lepsius. Nach Studien in Leipzig, Göttingen und Berlin brachte er im Rahmen einer Übersetzung Ordnung in die Entschlüsselung der Hieroglyphen und „begründete damit die methodische Erforschung der ägyptischen Sprache“ (Wikipedia). 1842 übernahm er die Leitung einer im Auftrag von König Friedrich Wilhelm IV. aufbrechenden preußischen Expedition nach Ägypten. Dieser wegweisenden Reise widmet sich derzeit das Ägyptische Museum in Berlin in einer Sonderausstellung. Im Zentrum stehen die unterschiedlichen Objekte und Materialien, die von der Reise mitgebracht wurden, und deren Einfluss auf die Entwicklung der damals entstehenden Wissenschaft der Ägyptologie. Das Begleitbuch bietet einen umfassenden Einblick in den historischen Kontext der Forschungsreise und porträtiert deren Protagonisten. Es zeigt Tagebücher, Objekte, Skizzen und Zeichnungen der Expeditionsteilnehmer sowie deren anhaltende Bedeutung für die moderne Ägyptologie.

Silke Grallert / Jana Helmbold-Doyé
Abenteuer am Nil. Preußen und die Ägyptologie 1842-1845
Kulturverlag Kadmos 2022, kartoniert, Klappenbroschur, 480 Seiten, mit zahlreichen farbigen Abbildungen,
ISBN-13: 978-3-86599-534-6, 49,80 Euro



Historisches Basiswissen

Im Zuge des Verlustes des historischen deutschen Ostens liegt der Fokus in der Betrachtung preußischer Geschichte zunehmend auf Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Dabei gerät aus dem Blick, dass auch andere Regionen und Provinzen untrennbar mit der preußischen Geschichte verbunden sind. Das herausragende Beispiel dafür ist der Deutsche Orden, der ab 1231 das Land der heidnischen Pruzen eroberte und besiedelte – und damit jenes Land erschloss, das Preußen später seinen Namen gab. Jürgen Sarnowsky erzählt in einem schmalen Band, der nun in dritter Auflage erscheint, überblicksartig und zugleich fundiert die faszinierende Geschichte des geistlichen Ritterordens von den Anfängen im 12. Jahrhundert im Mittelmeerraum über die Gründung, Blütezeit und Auflösung der Ordensherrschaft im Land der Pruzen bis hin zur Gegenwart. Der Autor widmet sich dabei nicht nur der politischen Rolle des Ordens, sondern auch seiner Spiritualität sowie seiner kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung, die weit über Deutschland hinausweisen.

Jürgen Sarnowsky
Der Deutsche Orden
C.H. Beck Wissen 2022, kartoniert, 128 Seiten mit vier Abbildungen und drei Karten,
ISBN: 978-3-406-78196-4,
9,95 Euro

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de